

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **16./17. Parlamentssitzungen** des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2023/2024 vom 4. März 2024

von 16.15 – 18.30 Uhr und von 20.00 – 22.00 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: B. Huizinga (EVP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 16./17. Sitzung: N. Holderegger (GLP), S. Casutt (AL), S. Gonçalves (EDU), M. Nater (GLP), L. Jacot (SP)
17. Sitzung: Ph. Weber (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 14./15. Sitzungen	
2*	24.9	Wahl einer Ombudsperson für die Amtsdauer 2024/2028	R. Keller
3*	24.10	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen Burak Özhan (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4*	23.89 (DBM)	Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000 für den Neubau der Lichtsignalanlage Knoten Auwiesenstrasse / In der Au (Projekt-Nr. 11776)	K. Frei Glowatz
5*	23.90 (DTB)	Kehrichtverwertungsanlage (KVA); Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 293 Mio. für den Ersatz der Verbrennungslinie 2 sowie energetischer und ökologischer Verbesserungen (Projekt Nr. 20813)	N. Ernst
6*	23.53 (DTB)	Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), A. Würzer (EVP) und K. Vogel (Die Mitte) betr. Verwendung der CO2-Abscheidung aus der KVA Winterthur	
7*	22.13 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (Die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft	

8*	24.7 (DSS)	Begründung der Motion G. Stritt (SP), M. Lischer (Grüne/AL) und N. Holderegger (GLP) betr. Einführung einer Ernährungsberatung im schulärztlichen Dienst
9*	24.6 (DTB)	Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Würzer (EVP), K. Frei Glowatz (Grüne) und G. Stritt (SP) betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung
10*	24.5 (DBM)	Begründung des Postulats B. Oeschger (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Würzer (EVP) und U. Hofer (FDP) betr. Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt
11*	22.66 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion N. Wenger (Grüne), M. Gnesa (SP), B. Huizinga (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter
12*	21.75 (DSS)	Antrag und Bericht zum Postulat G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), M. Della Vedova (GLP), R. Hugentobler (AL/Grüne) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe
13	23.28 (DSS)	Beantwortung der Interpellation O. Staub (SP), T. Gschwind (SP), N. Wenger (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. gerechte Ressourcenverteilung in der Sportförderung
14	23.48 (DSS)	Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), P.A. Werner (SVP), N. Holderegger (GLP), A. Zuraikat (Die Mitte) und A. Würzer (EVP) betr. Sporthallen-Kapazitäten nach dem Brand der Turnhalle Tössfeld
15	23.49 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Bekämpfung von Lehrpersonenmangel an den Volksschulen der Stadt Winterthur
16	23.50 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom (Poldis) an den Volksschulen der Stadt Winterthur

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Ich begrüsse Sie herzlich zur 16. und 17. Sitzung des Amtsjahrs 2023/2024 und der 3. Sitzung hier im neuen Parlamentssaal – der 3. Sitzung mit Technik.

Besonders willkommen heissen möchte ich eine Delegation des Stadtparlaments St. Gallen: Anwesend ist die gesamte Parlamentsleitung inklusive dem Präsidium. In der Nachtessenspause werden die IFK und die gesamte PL von Winterthur mit ihnen zusammen essen gehen. Ebenfalls herzlich willkommen hier ist eine KV-Klasse im 3. Lehrjahr aus Winterthur: Schön, seid Ihr alle da. Wir lassen die eine Türe noch offen, damit man mithören kann, falls draussen noch Leute stehen.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Ich gebe zuerst das Wort an den Ersten Vizepräsidenten, der Euch informieren wird, wie es im nächsten Amtsjahr ablaufen wird mit dem Budgetfahrplan, dieser hat sich ein bisschen verändert. Ich gebe das Wort Felix Helg.

Vizepräsident F. Helg: Das Parlamentspräsidium legt bekanntlich den Sitzungsplan fest. Hinsichtlich Verteilung von Plenumsitzungen und Kommissionssitzungen für die kommende Budgetberatung bin ich vom Präsidenten der Aufsichtskommission, Christian Hartmann, kontaktiert worden. Als Erster Vizepräsident bin ich für den provisorischen Sitzungsplan für das kommende Amtsjahr 2024/25 zuständig.

Der AK liegt daran, mehr Zeit für die Budgetberatungen in den Kommissionen und in den Fraktionen und für Absprachen zwischen den Fraktionen zur Verfügung zu haben. Insbesondere soll auch dem Grundsatz nachgelebt werden, wonach parlamentarische Geschäfte grundsätzlich an zwei Kommissionslesungen beraten werden.

Die Aufsichtskommission hat nach Rücksprache mit mir am 26. Februar 2024 über den Budgetprozess Beschluss gefasst. Die neue zeitliche Abwicklung ist demnach politisch abgestützt. Ich habe den Stadtrat mit Schreiben vom 28. Februar 2024 entsprechend informiert.

Es geht um die Zeit nach den Herbstferien. Verwaltungsinterne budgetbezogene Abläufe sind nicht betroffen, weil diese mit der Verabschiedung des Budgetantrags durch den Stadtrat bereits vor den Herbstferien abgeschlossen sind.

Konkret gestaltet sich die Abfolge der Sitzungen gemäss der Tabelle auf dem Bildschirm; die ursprüngliche Planung ist in der Spalte ganz rechts eingetragen, also:

21.10.24, Kommissionen (Budget oder normale Kommissionssitzung)

28.10.24, Kommissionen (Budget, 1. Lesung)

04.11.24, Kommissionen (Budget, 1. Lesung)

11.11.24, Parlament

18.11.24, Kommissionen (Budget, 2. Lesung)

25.11.24, Kommissionen (AK: Schlussabstimmungen; andere Kommissionen: normale Kommissionssitzung)

02.12.24, Parlament (Budget)

09.12.24 Parlament (Budget)

16.12.24, Parlament (Reserve)

Das Ziel wäre, dass wir das Budget in zwei Parlamentssitzungen behandeln können und die Reserve-Sitzung nicht benötigen. Das wäre der Fahrplan, wie wir ihn sehen für das nächste Amtsjahr in Bezug auf das Budget. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Felix.

Abgemeldet für beide Sitzungen heute haben sich Nicole Holderegger, Markus Nater, Sarah Casutt, Simon Gonçalves. In der Abendsitzung werden wir auf Philippe Weber verzichten müssen. Verspätet eintreffen wird Daniel Oswald.

Es kam von verschiedener Seite (namentlich: SVP, GLP und FDP) die Frage, fotografieren zu dürfen oder zu filmen. Das ist somit genehmigt.

Erklärungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Es ist eine Fraktionserklärung angekündigt von der SVP zum Thema Tösstalstrasse. Gehalten wird sie von Philipp Angele, Du hast das Wort.

Ph. Angele (SVP): Es geht um die Tösstalstrasse. Heute ist für unsere Fraktion ein freudiger Tag. Aber auch für alle, die von ihrem demokratischen Mitwirkungsrecht Gebrauch machen. Unsere Forderung «Die Tösstalstrasse muss offen bleiben» ist auf grosse Akzeptanz gestossen. Mit der anschliessenden Übergabe der knapp 1'500 Unterschriften, die in kürzester Zeit

gesammelt wurden, zeigen wir deutlich unsere Bedenken gegen das vorliegende Bauprojekt. Das Projekt, das die Stadt Winterthur vom Deutweg bis Anfang Seen plant, verursacht nach unserer Auffassung statt einer Verbesserung eine massive Behinderung des täglichen Verkehrs. Elemente wie Fahrbahnhaltestreifen, Mischverkehrszonen und zusätzliche Verbauungen in der Strassenmitte sind nicht nur unpraktisch, sondern führen zu Verwirrung, Desorientierung und zu erheblichen Einschränkungen für alle Verkehrsteilnehmer.

Unsere Forderungen sind daher direkt und verständlich formuliert:

- Freie Fahrt statt Fahrbahnhaltestellen und Verbauungen
- Erhalt der Lichtsignalanlage
- Radikale Reduktion des Projekts
- Offene Hauptverkehrsachse

Lassen Sie mich bitte noch kurz auf die genannten Punkte eingehen.

6 neue Fahrbahnhaltestellen und Mitteverbauungen werden das Überholen unmöglich machen, wodurch Autos und Velos im Stau stehen. Die geplante Ersetzung durch einen Mischverkehrsstreifen verschärft das Problem der Verkehrsbehinderung. Wir fordern, dass die bewährte Lichtsignalanlage beibehalten wird, die nur bei Bedarf aktiviert und somit der Verkehrsfluss garantiert wird. Zwei Jahre Bauzeit und eine einspurige Verkehrsführung und Kosten von 20 Millionen Franken über 1,5 Kilometer ist zu lange und so nicht haltbar. Wir plädieren für eine Beschränkung auf das Wesentliche, nämlich die Sanierung der Strasse mit Kosten- und Zeitersparnis. Als zentrale Achse ist die Tösstalstrasse lebenswichtig auch für die Mobilität, die lokale Wirtschaft und das Gewerbe und die Einsatzkräfte. Wir fordern, dass Winterthur seine Verantwortung ernst nimmt und die Hauptverkehrsachse nicht unnötig behindert.

Mit der heutigen Übergabe dieser Unterschriften an die zuständige Stadträtin Christa Meier setzen wir ein Zeichen für eine sinnvolle und bürgernahe Stadtentwicklung. Es ist Zeit, die Planung zu überdenken und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger von Winterthur, aber auch im Interesse des Kantons zu handeln. Es ist ja eine Kantonsstrasse.

Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit.

Und jetzt gerne zur Übergabe der Unterschriften. Lieber Marc Wackerlin, darf ich Dich bitten, die gesammelten Unterschriften zu übergeben an Stadträtin Christa Meier.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Liebe Christa, ich nehme an, Du möchtest Dich dazu äussern – Du hast das Wort.

Stadträtin Ch. Meier: Ich äussere mich selbstverständlich nicht inhaltlich zu diesen Forderungen, ich werde das behandeln wie eine Petition. Bei einer Petition äussert man sich bei der Übergabe nicht inhaltlich.

Ich möchte einfach in Erinnerung rufen: Es läuft im Moment das öffentliche Mitwirkungsverfahren zu dieser Strasse. Das ist nach Strassengesetz der demokratische Prozess, bei dem sich die Bevölkerung zu einem Projekt äussern kann. Das wäre eigentlich der Weg, auf dem man sich zu Strassenprojekten äussert.

Aber wir beschäftigen die Verwaltung natürlich sehr gerne zusätzlich mit der Beantwortung einer Petition, bei der übrigens in der Regel angekündigt wird, wenn es eine Übergabe gibt.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Für eine persönliche Erklärung hat sich Christian Hartmann gemeldet. Du hast das Wort.

Ch. Hartmann (SVP): Es gibt ja manchmal Sachen, die müssen schnell gehen. Schnell muss es gehen, wenn man probiert, 1'500 Unterschriften (wir wären auch mit 500 zufrieden gewesen, aber es sind 1'500 gekommen) zusammenzubekommen und man das in schriftlicher Form macht wie bei einer Volksinitiative. Dort wären dann 1'000 nötig gewesen, für eine Volksinitiative in der Stadt Winterthur.

Du kannst es prozessual wie eine Petition übernehmen. Wenn Du dann das Geschenkpäckli öffnest: Dort drin sind Eingaben zum Mitwirkungsverfahren von 1'500 Leuten sowie von der SVP der Stadt Winterthur. Eine Tragtasche hätten wir noch.

Danke für Deine Flexibilität. Wir waren ja auch sehr flexibel beim auf die Beine stellen einer solchen Aktion. Wir haben die 1'500 Unterschriften in gut zwei Wochen gesammelt. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christian.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir kommen bereits zur Traktandenliste. Gibt es da noch Einwendungen oder Änderungsanträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit werden wir verfahren, wie sie eingereicht wurde.

1. Traktandum

Protokoll der 14./15. Sitzungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir kommen zur Abnahme des Protokolls der 14. Und 15. Sitzung. Gibt es da noch Anmerkungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit danke ich der Protokollführerin Andrea für das Verfassen. Die beiden Protokolle gelten als genehmigt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.9: Wahl einer Ombudsperson für die Amtsdauer 2024/2028

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wahl einer Ombudsperson für die Amtsdauer 2024/2028. Das Wort hat die Referentin Regula Keller.

R. Keller (AK): Wie es die Präsidentin bereits gesagt hat, geht es heute darum, dass wir die Ombudsfrau der Stadt Winterthur, die bis jetzt schon in diesem Amt ist, wieder wählen. Sabrina Gremli hat vor etwas weniger als vier Jahren ihre Tätigkeit als Ombudsfrau der Stadt Winterthur aufgenommen. Und wenn Ihr daran denkt, was vor ungefähr vier Jahren war, dann kommt uns allen das Gleiche in den Sinn: Corona und der Anfang einer wilden Zeit, in der wir alle nicht so richtig wussten, wie man zu Gange kommt mit diesen Herausforderungen, welche die Pandemie mit sich brachte. Sabrina Gremli hat dann zu arbeiten begonnen und das hat bedeutet, dass eine sinnvolle und strukturierte Einführung nicht wirklich möglich war. Es hat alles digital stattgefunden und Sabrina Gremli hat auch digital zu arbeiten begonnen und Leute, die Anliegen an sie herangetragen haben oder ihr Fragen gestellt haben, hat sie auch digital beraten.

Sabrina Gremli hat sich in dieser Zeit ausserordentlich flexibel und offen gezeigt und hat mit sehr viel Energie einen Weg gesucht, wie sie trotzdem der Bevölkerung der Stadt Winterthur und den städtischen Angestellten zur Verfügung stehen konnte, wie sie die Verwaltung kennenlernen konnte und wie sie die schwierigeren Fragen, die während der Pandemie an sie gelangt sind, sinnvoll beantworten konnte, ohne dass sie selbst Erfahrungen hatte mit der Pandemie.

Sabrina Gremli ist jetzt vier Jahre in der Stadt Winterthur und hat sich durch eine sehr hohe Fachkompetenz, lösungsorientiertes Arbeiten, Zugänglichkeit, neutrale und sehr offene Haltung ausgezeichnet und auch in der Stadt bekanntgemacht. Sie nimmt Anliegen von Menschen ernst, ohne sich sozusagen zu verbrüdern oder verschwestern mit diesen Menschen.

Ihr ist es ganz wichtig, dass Leute, die nicht juristisch ausgebildet sind, verständliche Antworten auf ihre Fragestellungen erhalten, die ihnen auch zeigen, dass sie vielleicht meinen, es sei anders – aber nicht selten muss sie den Leuten sagen, dass es trotzdem so ist, wie es vielleicht bei ihnen nicht so gut ankommt oder wie sie sich das gewünscht hätten, sondern das Recht sagt halt etwas anderes. Sie macht das auf eine sehr offene und einfühlsame Art, ohne abzuweichen von dem, was gemacht werden muss, um das Recht umzusetzen. Die Aufsichtskommission dankt Sabrina Gremli sehr für diese wertvolle Arbeit, für ihre Flexibilität und dass sie sich auch für eine weitere Amtszeit als Ombudsfrau der Stadt Winterthur zur Verfügung stellt. Die AK empfiehlt einstimmig die Wiederwahl von Sabrina Gremli.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Regula. Somit bleibt mir noch die Frage, ob es Vermehrungen gibt oder ob sich sonst jemand aus dem Parlament oder aus dem Stadtrat zu diesem Geschäft äussern möchte? – Dem ist nicht so.

Somit gilt Frau Gremli-Gafner als gewählt.

Sie haben das Wort gewünscht. Darf ich Sie bitten, vorne am Rednerpult kurz zum Parlament zu sprechen? Vielen Dank, Frau Gremli.

S. Gremli-Gafner: Ich danke Ihnen ganz herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen und die Bestätigung im Amt als Ombudsperson der Stadt Winterthur.

Wie es Regula Keller gesagt hat, war mein Start wild. Ich werde ihn nie vergessen. Er hat am 1. April angefangen. Früher konnte man den Witz machen, es sei ein April-Scherz. Nein, es war kein April-Scherz, es war der Lockdown. Mein 4. Jahr war das erste ohne Corona-bedingte Massnahmen. Nichtsdestotrotz hat die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sehr gut geklappt, aber auch mit der Bevölkerung der Stadt Winterthur, was mich sehr dankbar macht.

Die Fallzahlen sind kontinuierlich angestiegen und letztes Jahr hatten wir einen Rekord zu verzeichnen. Wir hatten vor 13 Jahren einmal gleich viele Fälle, sonst noch nie. Das zeigt mir, dass eine Ombudsstelle wichtig und nötig ist in einer Gemeinde, in einer Stadt, in einem Kanton. Es wäre auch schön, es gäbe es beim Bund, das gibt es dort noch nicht.

Eine solche Arbeit ist sehr intensiv, sie ist aber nicht machbar ohne gute Mitarbeitende. Ich habe eine Mitarbeiterin, Sabine Müller, und auch ihr möchte ich ganz herzlich danken.

Das wäre es schon gewesen. Ich danke Ihnen. Ich freue mich sehr auf eine weitere Amtsdauer und ich hoffe, ich kann das mit Elan angehen. Danke vielmals. *(Applaus)*

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.10: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen Burak Özhan (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen Burak Özhan (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat die Präsidentin der IFK, Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor: Natascha Graf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Gibt es da Vermehrungen oder Wortmeldungen aus dem Parlament oder Stadtrat? – Das ist nicht der Fall.

Somit gilt Frau Natascha Graf als gewählt, herzliche Gratulation und einen guten Start im neuen Amt.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.89: Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000 für den Neubau der Lichtsignalanlage Knoten Auwiesenstrasse / In der Au (Projekt-Nr. 11776)

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000 für den Neubau der Lichtsignalanlage Knoten Auwiesenstrasse / In der Au (Projekt-Nr. 11776). Das Geschäft wird uns von der Referentin Kathrin Frei Glowatz vorgestellt.

K. Frei Glowatz (SBK): Ich darf Ihnen heute den Verpflichtungskredit für den Neubau der Lichtsignalanlage und die Spurerweiterung des Projekts Auwiesenstrasse/In der Au mit der Projekt-Nr. 11776 vorstellen. Der Kredit geht zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens, die Mehr- und Minderkosten, die durch Teuerung und MWSt. bedingt sind, sind natürlich einberechnet. Der Stichtag ist der 16. Dezember 2022.

Wo sind wir? Wir sind am südsüdwestlichen Stadtrand von Winterthur, in Töss. Auf diesem Bild stehen wir auf der Strasse, die dem Projekt seinen Namen gab, der Auwiesenstrasse. Wir schauen Richtung Stadt, Richtung Breite und Unterer Vogelsang. Und ungefähr in der Bildmitte sehen wir den Knoten.

Auf diesem Bild sind wir ein bisschen näher bei diesem vierarmigen Knoten und wir sehen den Einlenker, der von unten kommt, von der Zürcherstrasse her, von der rechten Seite. Dieser verbindet die Stadt eigentlich mit der Autobahn.

Hier haben wir einen Blick von der Brücke aus, die zum Dätt nau geht. Wir stehen quasi auf der Brücke zum Dätt nau und schauen hinunter auf die Verbindungsrampe, die wir vorher auf dem letzten Bild gesehen haben, und die Zürcherstrasse. Wir schauen jetzt in Richtung Zürich. In der vorderen Ecke links sehen wir die Bushaltestelle, die auch ein Teil des Projekts ist. Diese gehört zum Bus 660, der die Stadt Winterthur mit Brütten verbindet.

Jetzt sehen wir eine Übersicht des vierarmigen Knotens, um den es geht. Ich beginne ganz links. In der Ecke oben sehen Sie die Badi Töss. Die kleine Strasse, die zum Schwimmbad geht, heisst Auwiesenstrasse. Sie hört dann irgendwann auf, es ist eine Art Sackgasse. Aber um den Zugang zu dieser Badi geht es auch bei diesem Projekt.

Aber jetzt zum Hauptknoten: Wir sehen da die Strasse nach links, Vogelsang/Breite. Dann im Uhrzeigersinn die Verbindungsrampe hinunter zur Zürcherstrasse, die Brücke ins Dätt nau und dann die kleine Strasse In der Au.

Der Knoten ist seit Jahren verkehrsüberlastet. Die Verbindungsrampe, die ich vorhin schon erwähnt habe, ist oft gestaut. Dort steht der Bus im Stau. Wir sehen in der Grafik das Verkehrsaufkommen: Links, wie viele Autos es hat. Im Knoten können am Abend gut über 2'000 Autos pro Stunde gezählt werden.

Rechts ein Ausschnitt aus der Unfallstatistik: Seit dem Jahr 2020 (also nicht einmal vier Jahre) zählt man über 40 Unfälle. Zudem ist der Knoten ein Teil der Veloroute Töss-Winterthur, die wirklich auch eine Aufwertung verdient hat.

Was sind die Ziele des Projekts? Das Projekt ist eingebettet in das Konzept Regionale Verkehrssteuerung mit dem Kernpunkt, Stadtbuss als Rückgrat der städtischen Mobilität zu stärken, und natürlich Teil des laufenden Legislaturprogramms.

Es geht um die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die Sanierung des Unfallschwerpunkts. Es geht um die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs. Es geht um den Ausbau der Bushaltestelle, die wir vorher gesehen haben, gemäss Behindertengleichstellungsgesetz.

Und natürlich auch um die Werterhaltung der Strasseninfrastruktur.

Wir sehen hier den Plan dieses Projekts. Der wichtigste Kernpunkt ist die Verbindungsrampe von links unten, von der Zürcherstrasse zum Knoten. Diese Rampe wird auf drei Spuren ausgebaut, so dass der Bus nicht mehr im Stau stehen muss, sondern am MIV vorbeifahren kann, was sicher den ganzen Verkehr flüssiger macht. Der Bus hat bisher zwischen zwei Haltestellen bis zu zwei Minuten Verlustzeiten eingefahren, was natürlich auch unheimliche Kosten verursacht hat. Der Verkehr wird also flüssiger.

Im Übrigen, das ist ein grosser Kernpunkt, wird die Lichtsignalanlage erneuert. Die Kapazität des Knotens und des ganzen Systems bleibt, es wird also kein Ausbau in diesem Sinne betrieben, es gibt aber auch kein Tröpfchensystem. Denn das könnte zu einem Rückstau bis auf die Autobahn führen, was natürlich nicht erlaubt ist. Die Sichtbeziehungen werden für alle Verkehrsteilnehmenden besser, ganz besonders auch für die Fussgänger und die Velos. Die Mittelinseln werden saniert und zum Teil vergrössert und die Velospuren werden verbreitert. Für den Zugang zur Badi, den ich vorhin erklärt habe, hier rechts oben im Bild, wird es einen Mehrzweckstreifen geben mit einem grosszügigen Aufstellbereich für die Velos und die Fussgänger.

Dann nochmals: Die Bushaltestelle 660 wird behindertengerecht ausgebaut, d.h. die Bushaltekante wird auf 22 cm erhöht und der Konfliktfall der Fussgänger und Velos, der jetzt sehr gross ist, wird entschärft.

Das Verfahren wurde ordnungsgemäss durchgeführt. Wir haben heute schon von diesem 13er gehört. Er wurde bei diesem Projekt im Januar 2021 durchgeführt. Es gab damals mehrere Einwendungen von Velo- und Fussgängerseite. Es fand ein enger Austausch mit den Betroffenen, auch mit den Privaten und dem Gewerbe und der Quartierbevölkerung statt. Dann kam die öffentliche Auflage zwei Jahre später, dort kamen keine Einsprachen mehr. Dann gaben das ASTRA, die AXPO und der Kanton die Einwilligung. Die AXPO musste die Einwilligung geben, weil eine erdverlegte Leitung im Perimeter drin ist. Die Projektfestsetzung durch den Stadtrat Winterthur war letzten Winter.

Jetzt zu den Kosten. Die Bruttoinvestitionskosten dieses Projekts belaufen sich über 7 Mio., davon sind gut 5 Mio. gebunden. Der Projektierungskredit, der schon beansprucht wurde für die Planung, liegt bei 250'000 Fr. Somit bleiben total Neuausgaben von 2.2 Mio. Über diese 2.2 Mio. stimmen wir heute ab.

Von diesen Bruttoinvestitionen (ich würde sagen, es ist ein Glück) hat die Stadt am Schluss nur noch 1%, denn die gesamten Strassen sind als überkommunal klassiert, d.h. dass der Strassenfonds und die Agglomerationsprogramme fast die ganzen Kosten übernehmen werden. Es ist also quasi ein Schnäppchen für die Stadt.

Die Projektkosten, über die wir heute abstimmen, hier noch ein bisschen aufgeschlüsselt. Man sieht, den Löwenanteil macht die neue LSA aus. Der Rest geht auf Landerwerb, die neuen Mittelinseln, die Erweiterung der Fahrbahn und weiteres.

Termine: Das Ausführungsprojekt ist jetzt in Erarbeitung. Die Ausschreibung sollte im Frühling gemacht werden. Der vorgesehene Baustart ist im Herbst. Die Ausführung wird unter Verkehr laufen müssen, der Verkehr muss fliessen, was zur Folge hat, dass die Bauzeit mit 1,5 Jahren als relativ lange eingeschätzt wird.

Die Stadtbaukommission hat in zwei Lesungen sehr ausführliche und gute Erklärungen erhalten von den Fachleuten beim DBM und hat dem Projekt mit 6:2 zugestimmt.

Hier nochmals der Antrag: «Für den Neubau der Lichtsignalanlage Knoten Auwiesenstrasse / In der Au (Projekt-Nr. 11776) wird ein Verpflichtungskredit von 2'200'000.-- Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.»

Ich danke Ihnen vielmals für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Kathrin, für das Vorstellen des Geschäfts. Wenn wir schon bei Ampeln und so sind, dann haben wir hier vorne noch nicht ganz grünes Licht, sondern es sind noch ein paar auf Rot geschaltet. Wenn es jetzt dann um das Abstimmen geht, so bitte ich Euch, sicherzustellen, dass Eure Kärtchen eingesteckt sind – auch damit Ihr Euch für eine Wortmeldung anmelden könnt.

Als erstes bekommen die SBK-Mitglieder das Wort und anschliessend geht das Wort ins Plenum. Als erstes hat das Wort Selim Gfeller (SP):

S. Gfeller (SP): Der Knoten Auwiesenstrasse/In der Au ist dringend sanierungsbedürftig und die Fahrspur gleicht an einigen Stellen eher einer Buckelpiste. An dieser Kreuzung treffen Velo- und Fussverkehr und Autofahrende aufeinander und mit der Badi Töss liegt in direkter Nähe – vor allem im Sommer – ein Ort, der viel Velo- und Fussverkehr bringt. Und dazu noch die Durchfahrtsachse des Busses.

Wer diesen Knoten regelmässig befährt, der weiss, dass es dort oft zu brenzligen Situationen kommt, seien es Kinder, die zur Badi gehen oder von dort kommen, oder Autofahrende, die an diesem Knoten mit wenig Übersicht versuchen, sich irgendwie ihren Weg zu bahnen. Dort können diese Lichtsignalanlage und die verbreiterten Velostreifen die Verkehrssituation verbessern, und zwar für eigentlich alle Verkehrsteilnehmenden. Der Autoverkehr profitiert insofern, weil der Knoten übersichtlicher gestaltet wird und somit bessere Sichtverhältnisse herrschen. Eine Lichtsignalanlage ist aus unserer Sicht die beste Lösung, wir haben uns da von der Stadt überzeugen lassen, weil man den Bus priorisieren kann und man kann die Benutzung des Knotens v.a. auch für die Velofahrenden sicherer machen. Dort ist sicher ein Pluspunkt, dass man auch eine verbreiterte Stelle hat, wenn man mit dem Velo über die Auwiesenstrasse Richtung Badi fahren möchte.

Wichtig ist uns v.a., dass auch mit der Ampelanlage nicht mehr Verkehr über diese Kreuzung abgewickelt wird als heute schon, denn sonst würde der Stau einfach in die Stadt hinein verlagert werden. Und da nehmen wir die Stadt beim Wort, dass diese Lichtsignalanlage die Kapazität nicht erhöht.

Wir können dem Verpflichtungskredit unter diesen Umständen zustimmen.

L. Studer (GLP): Wir begrüssen die Lichtsignalanlage an der Auwiesenstrasse/In der Au, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben es schon gehört, es ist ein Unfallschwerpunkt. Und Unfälle gilt es zu vermeiden. Nicht dass es jetzt nicht geregelt wäre, aber mit dem Bau dieser Lichtsignalanlage gibt es da noch etwas klarere Vortrittsrechte, die gewahrt werden können.

Ein weiterer Grund ist, ein attraktiver und gut ausgebauter ÖV ist die Grundlage, damit die Verkehrswende gelingen kann, und dafür braucht es eine Buspriorisierung, die mit einer solchen Lichtsignalanlage ermöglicht wird.

Und der dritte Grund ist auch: Um die Verkehrswende bewerkstelligen zu können, ist einerseits der ÖV wichtig, aber auch attraktive Velowege. Und bei diesem Projekt wird punktuell die Situation für die Velofahrenden verbessert. Einerseits werden die Velowege breiter, das gibt auch mehr Sicherheit für die Velofahrenden, und bei der Abzweigung zur Badi gibt es einen Mehrzweckstreifen, mit dem auch ermöglicht wird, dass die Velofahrenden besser geschützt sind und einfacher abbiegen können.

Und dann haben wir natürlich noch andere Vorteile bei diesem Projekt: Das indirekte Linksabbiegen, das ermöglicht wird, und auch das Abbiegen bei Rot wird ermöglicht für die Velofahrenden.

Aus diesen Gründen sehen wir das Projekt sehr positiv und stimmen dem Antrag zu.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Es ist irgendwo in den Büschen schon am Tun, man hat es einfach noch nicht gehört, dass eine Fraktion vermutlich diesem Antrag, diesem Kredit nicht zustimmen wird, was mich persönlich erstaunt. Ich nehme es vorweg: Die Mitte/EDU-Fraktion wird zustimmen.

Ein solches Verkehrsprojekt hat normalerweise zwischen 6 – 12 Jahren Planungszeit. Und ein Kreisel war nie ein Thema, bis am 29. Januar 2024. Es gab natürlich auch für dieses Projekt ein Mitwirkungsverfahren, 2021, auch dort war ein Kreisel kein Thema.

Und ja, liebe Kollegen und Kolleginnen, die sich dann hier entsprechend ablehnend äussern werden: Ihr habt es relativ lange verpasst, Eure Kritik anzubringen. Und wenn man das jetzt noch macht, dann ist das natürlich demokratisch legitim, aber trotzdem nicht ganz verständlich – und viel Planungsgeld in den Sand gesetzt. Ihr habt es jetzt gemerkt, dass man sich früher melden könnte, und habt Euch heute zum Mitwirkungsverfahren Tösstalstrasse lautstark gemeldet. Blöd einfach da, dass Ihr Mitwirkungsverfahren, Postulat, Initiative und Referendum alles ein bisschen zusammengemischt und das heute medienwirksam, aber nicht ganz parlamentsgerecht vorgetragen habt.

Ich komme zum Projekt. Mit diesem Verpflichtungskredit ist ein gutes Projekt ausgearbeitet worden. Die Mitte/EDU-Fraktion, ich habe es gesagt, stimmt diesem zu. Es werden zwei Unfallschwerpunkte entschärft, was wir unterstützen. Mit der Busspur und der Lichtsignalanlage wird eine konsequente Busbevorzugung ermöglicht, was wir ebenfalls explizit begrüssen. Der

Knoten wird aber auch für Radfahrende entschärft und der MIV (Autos, Lastwagen, Gewerbe) profitiert ebenfalls. Namentlich das Ein- und Ausbiegen in der Au, dort Richtung Tankstelle, wird einfacher. Aber auch der Verkehr, der von der Autobahn kommt, dürfte verflüssigt werden, weil er nicht mehr durch geradeaus fahrende und links abbiegende Autos blockiert wird. Das alles kommt allen Verkehrsteilnehmenden zugute, nicht nur den Velos und dem ÖV, sondern bei diesem Projekt einmal effektiv allen. Sogar denen, die von der Autobahn kommen und beim Knoten rechts abbiegen.

Vielen Dank für die Ausarbeitung dieses guten Projekts. Wir stimmen dem Kredit zu.

R. Heuberger (FDP): Bei sämtlichen Strassenbauprojekten in der Stadt Winterthur wird derzeit mit der ganz grossen Kelle angerichtet. Dieses Projekt, diese Lichtsignalanlage mit dem Umbau des Knotens, kostet insgesamt über 7 Mio. Fr. Und ja, der Kanton wird mitfinanzieren. Aber auch wir sind der Kanton.

Die Massnahmen zum behindertengerechten Ausbau der Bushaltestelle sind unbestritten. Ginge es aber nur darum, die Kreuzung Auwiesenstrasse mit dem Weiterführen der Auwiesenstrasse zu sichern, wäre ein effizienter Kreisel, wie ihn die SVP in die Kommission eingebracht hat, ebenfalls eine zielführende Lösung. Und deutlich günstiger.

Bei jeder Vorlage heisst es, der Verkehr werde flüssiger. Nur: Die Realität zeigt etwas ganz anderes. Wir gehen davon aus, dass auch diese Lichtsignalanlage einmal mehr dazu dienen soll, gezielt den motorisierten Individualverkehr an der Stadtgrenze auszubremsen. Mit genau diesem Ziel werden auch sämtliche Strassenräume in Winterthur derzeit neu gestaltet, statt einfach und fachgerecht mit dem bestehenden Strassenraum zu sanieren und mit kontinuierlichen Verbesserungsprozessen den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. Die gezielten Ausbremsübungen des MIV machen wir nicht mehr mit. Deshalb sagen wir Nein, auch zu diesem Projekt.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die verkehrlichen Vorzüge dieses Projekts sind wohl jetzt schon hinlänglich bekannt. Deshalb möchte ich nur noch drei kleine Punkte aus dem Umweltbereich unterstreichen, ich habe mich nämlich aus drei Gründen besonders gefreut bei diesem Projekt:

1. Strassenabwasser: Das ist bis jetzt dort direkt in die Vorfluter gegangen. Dort draussen ist die Töss ja ganz nah. Ich nehme an, das Strassenwasser ist dort direkt in die Töss gegangen. Weil dieses Wasser aber sehr belastet ist, kann man das nicht mehr weiter so machen und deshalb wird die Sanierung dazu führen, dass die neuen Schlammsammler dieses Wasser in das Mischsystem und damit direkt in die ARA bringen werden. Also eine Entlastung für die Töss.

2. Bäume: Es müssen einige Bäume weichen wegen diesem Projekt, aber die Stadt hat meines Erachtens hier vorbildlich gemäss dem Alleenkonzept hingeschaut und auch mit den Privaten gesprochen und erreicht, dass sie die Pflege von einzelnen Bäumen übernehmen kann und diese somit sichern kann.

3. Ökologische Rückbau der Bauinstallationsfläche: Sie haben vorhin auf dem Foto vielleicht die grosse Bauinstallation gesehen. Dieses Land gehört dem ASTRA und dort gibt es immer wieder Bauinstallationen, sei es vom ASTRA oder sei es dann von der Stadt für dieses Projekt. Jetzt im Moment, wenn man dorthin geht, sieht man, dass dort eine sehr artenreiche Wiese am Spriessen ist, mit Kräutern und Blumen, die auf keinem Haus- oder Sportrasen zu finden sind. Das habe ich auch sehr erfreulich gefunden. Danke.

Wir stimmen natürlich zu.

M. Wackerlin (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt den Verpflichtungskredit ebenfalls ab. Gründe dazu haben wir sehr viele: Zum einen ist eine Lichtsignalanlage immer eine suboptimale Lösung, die zu vielen Totzeiten führt. Steht einmal an einem Lichtsignal und beobachtet die Kreuzung, wie häufig diese Kreuzung ganz leer ist, weil entweder jemand Grün hat, wo gar niemand wartet, oder weil eine Seite gerade Rot bekommen hat, die andere Seite aber noch nicht Grün... Es ist viel effizienter, eine Kreuzung zu bedienen ohne Lichtsignalanlage, wenn man es ein bisschen schlau organisiert.

Das Zweite ist, es gibt ja ganz viele geplante Achsen. Man hat auch gerade gehört von der separaten Veloführung, was sicher für die Velofahrer gut ist, aber was natürlich noch zusätzlich zu langen Rotlichtzeiten führt, weil noch viel mehr Varianten grüneschaltet werden müssen.

Ein Lichtsignal würde auch das Geradeausfahren zwischen Dätttau und Vogelsang stoppen, das heute ungehindert Vortritt hat.

Alternativen wie z.B. ein Kreisel wurden gar nicht richtig geprüft, das wurde schon gesagt.

Unserer Meinung nach wurden die Alternativen viel zu wenig geprüft.

Dann kommt noch dazu, dass diese Vorlage viel zu teuer ist. Und sie verursacht darüber hinaus noch fortlaufende Wartungskosten. Und wie es Romana schon richtig gesagt hat: Es kommt nicht darauf an, ob es die linke Tasche zahlt oder die rechte Tasche, am Schluss zahlt es der Steuerzahler.

Die heutige Verkehrsführung ist eigentlich fast optimal. Der Hauptverkehr fährt vom Vogelsang zur Autobahn respektive umgekehrt. Beide kommen heute fast ungehindert durch. Genauso wie der Verkehr aus dem Dätttau Richtung Vogelsang. Nur der Verkehr von der Autobahn her wird in den Stosszeiten leicht beeinträchtigt, weil der Verkehr heute einspurig bis vor die Kreuzung geführt wird. Und die Verkehrsteilnehmer, die geradeaus fahren und links abbiegen, Andreas hat das erwähnt, die blockieren dann halt diejenigen, die rechts abbiegen wollen. Und das Problem ist genau die einspurige Fahrweise. Diejenigen, die rechts abbiegen wollen, müssen dann warten, bis die Kreuzung frei ist. Und eigentlich muss man nur diesen kleinen Mangel beheben.

Die SVP befürwortet deshalb die Verbreiterung um eine Spur zwischen der Autobahn und der Kreuzung, mit zwei Spuren, die zur Kreuzung führen. Allerdings sind wir der Meinung, dass es zur Vermeidung des Staus schon genügen würde, wenn man die rechte Spur einfach als Rechtsabbieger führen würde. Und die mittlere Spur für geradeaus und Linksabbieger. Die Fahrzeuge, die dann rechts fahren, könnten (unter Beachtung des Vortritts selbstverständlich) in der Regel ungehindert fahren, denn von dieser Seite kommt kaum Verkehr. So braucht es nur geradeaus und links kurze Wartezeiten, die dann aber von der mittleren Spur abgefangen würden. Weil der Bus ebenfalls rechts abbiegt, würde damit auch der Bus automatisch beschleunigt.

Die andere Alternative, die wir sehen, ist ein Kreisel, allenfalls auch mit einem separat geführten Rechtsabbieger von der Autobahn her. Beide Lösungen würden den Rückstau beheben, ohne ein neues Lichtsignal.

Was den angeblichen Unfallschwerpunkt betrifft: Ja, da gibt es ab und zu mal Unfälle. Wir haben keine Einschätzung bekommen hier, wie schwer sie sind. Wir gehen davon aus, dass es in der Regel kleinere Blebschäden sind, weil tatsächlich dort die Situation ein bisschen schwierig ist auf gewissen Strecken. Da sind wir aber auch der Meinung, dass man mit entsprechend besserer Signalisation und besserer Spurführung mit rein passiven Elementen den Unfallschwerpunkt entschärfen könnte. Eine Notwendigkeit für ein Lichtsignal sehen wir nicht.

Und dazu kommt, was auch schon erwähnt wurde, dass wir auch schon gelernt haben in der Vergangenheit, dass Massnahmen am Schluss, selbst wenn sie nicht als solche angekündigt waren, eigentlich immer zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs gehen. Und das wäre natürlich durch die längeren Wartezeiten am Rotlicht hier auch der Fall.

Was Andreas noch gesagt hat: Ich weiss nicht, ob er es noch nicht verstanden oder ob er einfach sein Skript nicht korrigiert hat. Aber es war keine Petition, die wir eingereicht haben, sondern es war eine Liste mit Einsprachen in diesem Verfahren. Wir sind der Meinung, dass man zeigen soll, dass es eben nicht nur wenige Leute sind, die nicht einverstanden sind, sondern dass es sehr viele sind, welche die gleichen Bedenken teilen. Ich nehme an, inhaltlich stimmst Du uns bei diesem Punkt sogar zu.

Wegen dem ganzen Verfahren: Man hätte das früher machen können, rein technisch. Aber jetzt ist das Parlament dran und kann entscheiden. Wir werden dann sehen, wie ernst die Einsprachen genommen werden. Ich vermute mal, wir werden das an der Tösstalstrasse dann bis vor das Volk bekämpfen müssen, weil unsere Einsprachen – obwohl wir sie so zahlreich gemacht haben – eben nicht wirklich berücksichtigt werden.

Wie dem auch sei. Wir haben heute die Aufgabe, darüber zu entscheiden. Und genau das machen wir auch.

Und künftig wäre es vielleicht auch noch hilfreich, wenn solche Stellungnahmeverfahren vielleicht nicht gerade während den Ferienzeiten wären, sondern vielleicht zu einer Zeit, in der z.B. auch Parlamentssitzungen stattfinden. Was mir auch aufgefallen ist, wie man das Verfahren vielleicht noch etwas verbessern könnte: Ich habe nirgends ein Formular gefunden, mit dem man seinen Antrag einreichen könnte, oder eine Mailadresse, an die man es senden könnte. Das vielleicht noch als Verbesserungsvorschlag.

Zum Geschäft habe ich gesprochen. Zu dem, was Du gesagt hast, habe ich auch gesagt, was zu sagen ist. Damit haben wir geschlossen, Merci.

A. Würzer (EVP): Hätte ich gewusst, dass die SVP heute mit professionellen Fotografen aufmarschiert, hätte ich natürlich den Anzug ausgepackt...

Danke auch an Kathrin für das Vorstellen dieses Geschäfts. Wir haben es bereits einige Male gehört, die aktuelle Situation ist sehr unübersichtlich und es verwundert nicht, dass es sich hierbei tatsächlich um einen Unfallschwerpunkt handelt. Für die aktuelle Situation gilt also: Ampel auf Rot! Handlungsbedarf ist definitiv angezeigt und wir von der EVP sehen die vorliegende Umsetzungsvariante sehr positiv. Die Sicherheit sämtlicher Verkehrsteilnehmenden wird erhöht. Es geht ja nicht nur um den Autobahnzubringer und Selim hat das auch schon gesagt und auch andere sind schon darauf eingegangen; es geht auch um die wichtige Abzweigung für Velos, um zur Badi Töss zu gelangen. Also eine klare Verbesserung auch dort. Aufgrund der Verkehrshauptflüsse haben wir gewisses Verständnis dafür, dass man auf eine Kreiselösung kommen könnte. Diese Rechnung wird einfach einmal mehr ohne den ÖV gemacht. Eine Lichtsignalanlage ist ja nicht einfach dazu da, sämtliche Verkehrsteilnehmenden (und am schlimmsten natürlich den MIV) grundsätzlich mal auszubremsten. Es geht vielmehr darum, den Verkehr lenken und dosieren zu können. Und eine Lichtsignalanlage trägt natürlich auch entscheidend dazu bei, dass das Ziel «Freie Fahrt für den Bus», hinter welchem gemäss ihrer Webseite ja auch die SVP steht, zu erreichen.

Anstatt sich jetzt da mit irgendwelchen Kreiselfragen im Kreis zu drehen, bitte ich Euch also, die Ampel für dieses Projekt auf Grün zu schalten, damit diese Situation baldmöglichst verbessert werden kann. Besten Dank.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank, Kathrin Frei Glowatz, für das Vorstellen des Projekts, und den SBK-Mitgliedern für die zahlreichen Voten.

Wir haben es gehört: Der Handlungsbedarf ist sehr gross. Die Strasse ist in einem schlechten Zustand. Der Bus steht im Stau. Aber eben nicht nur der Bus: Wenn man dort an der Kreuzung steht, dann sieht man, dass auch der MIV dort im Moment im Stau steht. Und es ist ein Unfallschwerpunkt.

Und ich muss also schon auch sagen, es kratzt also die Grenzen des Zynismus schon, wenn man bei einem Unfallschwerpunkt davon spricht, dass die heutige Situation ja eigentlich ganz okay sei.

Es ist nicht so, dass man die Kreiselösung nicht geprüft hätte. Wir haben diese Kreiselösung angeschaut. Wir haben aber sehr schnell gemerkt, dass die Kreiselösung dieses Problem nicht lösen würde. Man müsste nämlich einen doppelspurigen Kreisell machen, um die Buspriorisierung machen zu können. Und für einen doppelspurigen Kreisell hat es an diesem Ort schlicht keinen Platz.

Dazu kommt noch, dass ein Kreisell nur dann Sinn macht, wenn alle Arme ungefähr das gleiche Verkehrsaufkommen haben, sonst bremst man nämlich den Arm, der weniger Verkehrsaufkommen hat, aus. Das wäre in dem Fall in der Au. In der Strasse in der Au hat es jetzt schon – mit dem «Kein Vortritt» - sehr viele Autos, die dort im Stau stehen. Mit dem Lichtsignal werden diese flüssiger in den Verkehr hineinkommen. Also es ist alles andere als MIV ausbremsen, wir verflüssigen hier auch den MIV.

Mir ist einfach noch wichtig zu sagen, dass es heute um den Kredit geht. Es geht nicht darum, das Projekt als solches zu genehmigen, sondern darum, den Kredit zu genehmigen.

Selbstverständlich ist es den Fraktionen frei, den Kredit abzulehnen. Aber das Projekt, das ist

festgesetzt. Und zwar nachdem es einen demokratischen Prozess durchlaufen hat mit einem öffentlichen Mitwirkungsverfahren, mit einer Projektfestsetzung, bei der kein Rekurs dagegen erhoben wurde.

Und ich bin Marc Wäckerlin sehr dankbar, dass er auch noch die Fristen für das Mitwirkungsverfahren kurz angesprochen hat. Ich habe ehrlich gesagt damit gerechnet, dass das schon in der Fraktionserklärung kommt, und habe mir eine kleine Milchbüchlein-Rechnung gemacht, um einfach das an diesem Punkt doch auch einmal anzusprechen.

Es ist immer wieder der Vorwurf, wir würden solche Mitwirkungsverfahren, öffentliche Auflagen, auf die Ferien legen. Das ist selbstverständlich nicht so, dass wir das gezielt machen. Aber ja, es tangiert manchmal auch Ferien. Wir haben in der Stadt Winterthur 13 Wochen Schulferien. Also wenn man das alles ausschliessen würde, dann würden 13 Wochen im Jahr nicht zur Verfügung stehen. Damit man gar keine Ferien tangiert, würden vor jeden Ferien 3 Wochen auch noch wegfallen, denn bei einem vierwöchigen Verfahren mit 3 Wochen vorher würde mindestens eine Woche in die Ferien fallen. D.h. wir hätten nochmals 15 Wochen, die auch wegfallen würden, das sind dann 28 Wochen. Wenn man dann noch den Leserbrief von Christian Hartmann dazunimmt, in dem wir lesen, dass man nicht während der Budgetberatungszeit Auflageverfahren machen darf, dann fallen nochmals 6 Wochen weg, sprich, wir hätten noch 18 Wochen im Jahr, also einen Drittel des Jahres, in dem wir Auflageverfahren machen dürften. Und ich weiss genau, was dann für ein Vorwurf kommen würde: Nämlich dass wir alles gleichzeitig machen.

Also, Sie dürfen sich darauf verlassen: Wir schauen darauf, dass wir die Ferien nicht zu stark tangieren. Aber es ist schlicht nicht möglich, das ganz zu umgehen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Christa. Somit sind wir abstimmungsreif. Es geht um die Schlussabstimmung der gesamten Vorlage.

Wer der Vorlage zustimmen möchte, wird A drücken. Wer sie ablehnen möchte, wird B drücken.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja zu 17 Nein bei 1 Enthaltung, der Verpflichtungskredit von 2.2 Mio. ist angenommen.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.90: Kehrrechtverwertungsanlage (KVA); Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 293 Mio. für den Ersatz der Verbrennungslinie 2 sowie energetischer und ökologischer Verbesserungen (Projekt Nr. 20813)

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Kehrrechtverwertungsanlage (KVA); Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 293 Mio. für den Ersatz der Verbrennungslinie 2 sowie energetischer und ökologischer Verbesserungen (Projekt Nr. 20813). Die Referentin Nora Ernst wird uns den Antrag vorstellen.

N. Ernst (UBK): Ich stelle Euch heute Abend den Kreditantrag für die Erneuerung der KVA-Verbrennungslinie 2 vor. Ich versuche das so kurz und knapp zu machen, wie es nur möglich ist beim grössten Kreditantrag, den wir hier im Parlament Winterthur je beraten haben. Auf der nächsten Folie seht Ihr, dass wir über einen Kredit über 293 Mio. sprechen. Wieso brauchen wir diesen?

Die Verbrennungslinie 2 stammt aus dem Jahr 1993 und kommt langsam aber sicher an das Ende ihrer Lebenszeit. Die Stadt Winterthur hatte als Industriestadt schon sehr früh eine

KVA, Ihr seht oben im kleinen Bild eine Aufnahme von 1965. Die KVA hat zwei Verbrennungslinien, d.h. zwei separate Ofen, die unabhängig voneinander laufen. Die Idee ist, dass man diese alternierend erneuern kann.

Die Verbrennungslinie 2 stammt wie gesagt aus dem Jahr 1993. Und die Idee bei dieser jetzt anstehenden Erneuerung ist nicht, dass die Kapazität der KVA ausgebaut wird, also dass mehr Abfall verbrannt werden würde, sondern dass die Effizienz der Verbrennungsanlage gesteigert wird. Es sollen in Zukunft 33% anstatt heute 20% des Winterthurer Wärmeverbrauchs durch die KVA abgedeckt werden.

Bei dieser Gelegenheit von der Erneuerung der Verbrennungslinie 2 soll nicht nur der Ofen selbst ersetzt werden, sondern das Projekt beinhaltet auch zahlreiche weitere energetische und ökologische Massnahmen. Die wichtigsten sind da auf der Folie aufgeführt: Es sollen z.B. die Rauchgasreinigung, der Elektrofilter und die Abwasserbehandlungsanlage ersetzt und auf den neuesten Stand gebracht werden. Und z.B. soll ein Heisswasserspeicher gebaut werden.

Wieso macht man das? Die KVA-Verbrennungsofen laufen auf konstanten Temperaturen, man kann sie nicht kurzfristig hoch- und runterfahren. Der Wärmeverbrauch fluktuiert aber im Tagesrhythmus, er ist normalerweise in der Nacht tief und am Morgen erlebt er einen grossen Peak. Und um das ein bisschen abzufedern, möchte man einen solchen Heisswasserspeicher bauen.

Ihr seht es auf dieser Folie in der grafischen Darstellung, wie das aussieht. Über die wichtigsten Elemente habe ich schon gesprochen. Ihr seht, dass die teuersten Komponenten links oben in der Ecke beschrieben sind, das sind sicher die Erneuerung des Ofens und des Elektrofilters für knapp 77 Mio. und die Abgasreinigung für 40 Mio. Der Rest sind die Einzelkomponenten, von denen ich einige angesprochen haben. Es werden u.a. zum Beispiel auch Solaranlagen gebaut. Wichtig vielleicht: Falls man die einzelnen Ausgaben sieht und sie zusammenrechnet, dann kommt man nicht auf den Gesamtbetrag der knapp 300 Mio. Im Kreditantrag für dieses Projekt sind auch Reserven eingeplant, 2 x 10%. D.h. insgesamt 50 Mio. von diesen knapp 300 Mio. sind Reserven. Das wird so gemacht, weil dieses Grossprojekt mit verschiedenen signifikanten Risiken verbunden ist. Auf diese gehe ich auf einer späteren Folie noch ein.

Zur Projektplanung sage ich nicht zu viel. Ihr seht da im Verlauf, dass das Projekt idealerweise 2024 gestartet wird und es 2031 zu einem Projektabschluss kommt. Was da wichtig zu erwähnen ist: Aufgrund der Höhe des Kredits werden wir heute Abend im Stadtparlament nicht final entscheiden, sondern es gibt zu diesem Geschäft dann auch noch eine Volksabstimmung. Diese findet voraussichtlich im kommenden September statt.

Ein kurzer Überblick, wie die Kosten (die knapp 300 Mio., über die wir heute beraten) im schweizweiten Vergleich aussehen: Ihr seht da, dass einige Projekte, einige KVAs, in Planung oder im Gange sind. Mit den 293 Mio. befinden wir uns mehr oder weniger im Mittelfeld, auch wenn diese Projekte nicht 1:1 vergleichbar sind. Das EWZ z.B. plant mit 367 Mio., dort wird aber auch noch eine neue Turbine eingebaut. Wieder andere Projekte sind als «auf der grünen Wiese» angegeben, dort ist es so, dass diese KVAs ganz neu, also auf einem neuen Areal, geplant und gebaut werden sollen. Wichtig zu erwähnen ist, wenn man diese Zusammenstellung sieht, dass man damit rechnet, dass Abfall in Zukunft ein knappes Gut wird, ein gesuchtes Gut wird. KVAs sind heute nicht nur Kehrichtverbrennungsanlagen, sondern sind wichtige Verwertungsanlagen, die uns wertvolle Energie, wertvolle Wärme liefern.

Im Kanton Zürich sind die KVAs in der Zürcher Abfallverwertungs AG organisiert. Dieser Verband stellt die optimale Auslastung der 5 KVAs im Kanton Zürich sicher.

Zur Finanzierung dieses Grossprojekts und dem beträchtlichen Betrag, über den wir heute sprechen: Ihr seht da die Finanzierungsplanung bis in die 2040er Jahre von Stadtwerk. Man hört ja in der Diskussion zur KVA immer wieder, dass die Erneuerung der Verbrennungslinie immer wieder, dass diese gebührenfinanziert und nicht steuerfinanziert ist. Was heisst das genau? Stadtwerk hat Reserven aufgebaut für genau solche Investitionen wie die Revision der Verbrennungslinie 2. Es wird aber in den kommenden Jahren auch Fremdkapital aufgenommen werden müssen. Wir sehen auf der Folie, dass Stadtwerk dabei aber nie unter den gesetzlich vorgeschriebenen Eigenfinanzierungsgrad fallen wird.

Aufgrund der Höhe dieses Kredits ist zur Projektplanung, aber auch zu Kosten, Terminen und den wichtigen Risiken des Projekts vom Stadtrat eine Zweitmeinung eingeholt worden. Das Zweitmeinungsgutachten hat die Firma Ziegler Engineering für uns durchgeführt. Sie standen auch bei uns in der Kommission für Fragen und Antworten zur Verfügung.

Wie schon erwähnt ist dieses Projekt mit diversen Risiken verbunden, die auch in dieser Zweitmeinung vollumfänglich dargelegt wurden. Die wichtigsten sind z.B. das Kostenrisiko (aufgrund der Marktsituation fluktuieren die Kosten stark und sind schwierig abzuschätzen). Weiter unten sehen wir auch das Risiko von fehlenden Montage- und Lagerflächen auf dem heutigen Areal. Das heutige Areal der KVA ist sehr knapp bemessen, man hat nicht viel Platz für die Lagerung von einzelnen Baukomponenten. Das bringt natürlich ein gewisses Termin- und damit auch Kostenrisiko mit sich.

Zudem wird die Verbrennungslinie 2 bei laufendem Betrieb erneuert. Ich habe es schon gesagt: Die Verbrennungslinie 1 wird in dieser Bauzeit wie normal weiterlaufen. Dadurch erhöht sich das Unfallrisiko dieses Bauprojekts, aber es hat natürlich den Vorteil, dass man die Wärmeversorgung so sicherstellen kann. Wir haben über das Risiko von knappen Ressourcen gesprochen, dieses Risiko ist sehr vielschichtig. Es entsteht bei Planenden, bei Lieferanten, aber auch bei Stadtwerk selbst.

Und wir haben über das Risiko CCS in der Kommission ausgiebig gesprochen. CCS steht für Carbon Capture and Storage, das sind CO₂-Abscheidungen, die geplant werden, was wir uns noch auf einer separaten Folie anschauen können.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Zweitmeinungen das Gutachten, die Planung, die Kostenschätzung und die Einschätzungen zu den CO₂-Abscheidungen als realistisch einstufen, dass auch die Budgetplanung als realistisch angeschaut wird; dass man aber empfiehlt, dass man auch im Hinblick auf die CO₂-Ausscheidungen sich frühzeitig um die Sicherung von Platzreserven kümmert.

Auch das CCS oder eben das Carbon Capture and Storage gehe ich auf dieser Folie noch schnell ein. Es ist ein wichtiges Thema, gerade wenn man eine solche Revision einer KVA anschaut, im Hinblick der Ziele von Netto Null 2040, die wir uns gesetzt haben, aber auch im Hinblick auf die totalen CO₂-Emissionen, welche die KVAs in der Schweiz verursachen, das sind nämlich schweizweit 5% unserer gesamten Treibhausbilanz. Stadtwerk hat die Möglichkeit von CCS, von CO₂-Abscheidungen, geprüft im Rahmen dieses Projekts, aber aufgrund des heutigen Stand der Technik es als nicht möglich befunden, CCS als Teil dieses Revisionsprojekts anzugehen. Gründe dafür sind v.a. der hohe Platzbedarf heutzutage. Beim heutigen Stand der Technik spricht man da von ca. 20'000 m², die nötig werden, um eine solche Anlage zu bauen und die ganze Logistik dazu zu organisieren, dass man das CO₂ wegschaffen kann. Zum Vergleich sieht man, dass das heutige KVA-Areal 24'000 m² gross ist. Es ist also eine beträchtliche zusätzliche Fläche, die notwendig ist.

Weitere Gründe, weshalb man CCS heute nicht angehen möchte, sind der hohe Energiebedarf mit den heutigen Technologien und die hohen technischen, finanziellen und rechtlichen Risiken und Unsicherheiten, welche die Planbarkeit sehr schwierig machen.

Es ist noch wichtig zu wissen, dass es weltweit nur zwei KVAs gibt, die Carbon Capture and Storage im industriellen Massstab integriert haben, eine in Holland und eine in Japan. Und dass es in der Schweiz die KVA Linth in Glarus als Pilot gibt, dort wird zurzeit eine Machbarkeitsstudie zu CCS durch den VBSA (Verband für die Betreiber von Schweizer Abfallverwertungsanlagen) und die ETH Zürich durchgeführt. Als Mitglied des Verbands VBSA investiert die Stadt Winterthur jährlich 60'000 Fr. in die Förderung dieser CCS-Technologie.

Wir haben in der Kommission von Stadtwerk, aber auch durch das Zweitgutachten bestätigt bekommen, dass wir mit diesem Bauprojekt, das wir angehen würden, CCS-ready wären, also dass man vorbereitet ist, wenn dann die Technologie, aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben sind, dass man CO₂-Ausscheidungen in der KVA Winterthur durchführen könnte. Die Empfehlung des Zweitgutachtens ist auch ganz klar, dass man den Landkauf, den zusätzlichen Landkauf, angehen muss. Die KVA Winterthur ist da ein ziemlicher Spezialfall, weil sie mitten im Stadtgebiet liegt. Das gibt es nicht häufig. Das bringt die Schwierigkeit von Landknappheit mit sich. Aber da haben wir aus den Medien auch entneh-

men können, dass Stadtwerk Gespräche führt, u.a. mit Fenaco, um umliegendes Land zuzukaufen, mit dem man sicherstellen könnte, dass wenn die Technologie bereit ist, die Stadt Winterthur auch bereit für CCS ist.

Zum Schluss noch kurz zur Diskussion in der Kommission: Wir wurden von Stadtwerk sehr ausführlich zu diesem wichtigen und grossen Geschäft informiert. Wir haben drei Lesungen zum Geschäft abgehalten, bei denen wir Punkte diskutiert haben wie die Prognosen zu den künftigen Abfallmengen und Unsicherheiten, mit denen diese Prognosen behaftet sind, bei denen wir die sonstigen Projektrisiken besprochen haben, Fragen zu CCS und zur Finanzierung dieses Projekts gestellt haben und auch über die Wärmeversorgung und die energetischen Verbesserungsmassnahmen gesprochen haben. Wir haben dann einem Kommissionsantrag zugestimmt, der fordert, dass die UBK jährlich detailliert über die Entwicklung des Bauprojekts, aber auch über die diversen Planungsrisiken, die diversen Unsicherheiten im Hinblick auf CCS und auch darüber hinaus informiert wird. Und wir haben dem Kreditantrag des Stadtrats einstimmig zugestimmt.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Nora. Hier schon mal die Frage: Gibt es weitere Anträge, die bekannt wären? Schliesst sich der Stadtrat der Änderung der UBK bezüglich der Ziffer 2 an?

Stadtrat St. Fritschi: Ja, dem schliessen wir uns an.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, damit haben wir das schon geklärt. Dann erhalten jetzt für die Diskussionseröffnung zuerst alle UBK-Mitglieder das Wort, dann geht es weiter in das Parlament. Das erste Votum hat Stefan Gubler (SVP).

St. Gubler (SVP): Danke, Nora, für die Vorstellung dieses Projekts. Der Ersatz der Verbrennungslinie 2 ist die grösste Investition der Stadt Winterthur, aber wie schon in der Präsentation geht es nicht nur um die 2. Verbrennungslinie, sondern auch um grosse Investitionen, welche die ganze KVA betreffen. Die Verbrennungslinie 2 besteht seit 1993 und ist end of life. Es ist wie bei einem alten Auto: Will man es ersetzen und bezahlt 1 Mal mehr oder behält man es, bis die teuren Reparaturen vorprogrammiert sind? Zudem muss man in diesem Fall mit langen Stillstandszeiten der Verbrennungslinie rechnen, weil Ersatzteile nicht einfach verfügbar sind. Die Firmen, welche die Linie gebaut haben, gibt es so nicht mehr in diesen Bereichen, z.B. Sulzer.

Wenn man nur die Verbrennungslinie 2 anschaut, dann belaufen sich die Kosten auf ca. 77 Mio. Es werden aber einige kostenintensive Projekte dazukommen, welche die ganze KVA betreffen. Um nur einige zu nennen: Ersatz Rauchgaswäsche Linie 1 und 2 (40 Mio.), Ersatz Abwasserbehandlungsanlage (16 Mio.), Neubau Aschesilo (4 Mio.), damit die Lastwagen schneller und besser beladen werden können, Neubau Heisswasserspeicher für Fernwärme (8.5 Mio.), Photovoltaikanlagen, Fassadenbegrünungen usw.

Es ist eine grosse Investition, aber wir haben Ja zur Fernwärme gesagt und dann muss man sich auch bewusst sein, was ein Nein zum Ersatz der Verbrennungslinie 2 bedeutet.

Wir haben auch den Vergleich zu anderen Abfallverbrennungsanlagen in der Schweiz gesehen und da sind wir gut dabei.

Was uns in der SVP-Fraktion gefehlt hat, waren konkrete Wirtschaftlichkeitsanalysen, die man aber bei Stadtwerk anscheinend nicht braucht, weil man ja gebührenfinanziert ist, was für die Einwohner eventuell nicht optimal ist in der Zukunft – vor allem, wenn dann die Prognose zu den Abfallmengen nicht stimmt, mit der man kalkuliert hat.

Wir von der SVP-Fraktion stimmen geteilt ab. Ich habe es wahrscheinlich nicht gut genug präsentiert in der Fraktion.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

R. Diener (Grüne/AL): Ich freue mich, dass ich da noch etwas dazu sagen darf. Wir haben ein ausgezeichnetes und ein ausgereiftes Projekt vor uns. Das im Gegensatz zu verschiedenen kritischen Voten, die wir heute schon gehört haben und die noch kommen werden. Das

Projekt verdient Vertrauen und unsere Unterstützung. Es ist ausgereift und es ist in der Kommission von unabhängigen Experten auch bestätigt worden. Die Grünen/AL werden diesem Projekt zustimmen. Ich danke Stadtwerk für diese gute und wichtige Vorlage zugunsten der Zukunft von Winterthur. Nicht nur für die Abfallbeseitigung, aber natürlich auch.

Aber die Erneuerungen und Ergänzungen dienen genauso oder sogar noch fast mehr der klimafreundlichen und ökologischen Energieversorgung der Stadt Winterthur, wir haben es gehört. Die KVA ist eigentlich unser grösstes Kraftwerk, das wir haben in der Stadt Winterthur. Und sie leistet einen sehr grossen Beitrag zur Wärme- und Stromversorgung. Eine Steigerung der Energieausbeutung um 30% oder einen Drittel, wie man sagen kann, kann sich sehen lassen. Und das bei ökologischen Verbesserungen, auch sonst noch rundherum. Und ohne 1 Tonne Abfall mehr zu verwerten.

Es ist eine grosse Kiste, das haben wir gehört. Die grösste, die wir je in der Stadt Winterthur verabschiedet haben, und über die das Volk abstimmen wird. Aber man muss auch wissen: Die Ersatzlösung, die wir bei der ersten Verbrennungslinie hatten vor einigen Jahren, war fast gleich teuer, wenn man dort die Teuerung aufrechnen würde.

Ich danke Nora für das Vorstellen des Projekts und die ausgezeichnete Präsentation.

Die Befürchtungen und Ängste von gewissen Kreisen aus diesem Parlament bezüglich der Risiken, vielleicht noch etwas dazu: Aus unserer Sicht sind diese eigentlich völlig aus der Luft gegriffen bzw. gegenstandslos, weil sie nicht aussergewöhnlich sind bei einem solch grossen Projekt. Und sie sind auch in der gegenwärtigen internationalen Lage natürlich nicht aussergewöhnlich. Und müssen selbstverständlich, das ist auch im Projekt so vorgesehen, immer wieder bewertet und evaluiert werden. Aber wir als Parlament können da wenig dazu beitragen, auch wenn wir das in der Kommission vorgetragen bekommen, wie die Situationen sind. Gemacht werden und umgesetzt werden müssen die entsprechenden Massnahmen von der Projektleitung und letztendlich in der Verantwortung des Stadtrats.

Auch das «Gesürmel» (ich kann es nicht anders nennen), das um die CO₂-Abscheidungen und v.a. um die Risiken der CO₂-Abscheidung durchgeführt wurde, das zum Teil in die Öffentlichkeit ging, das können wir nicht nachvollziehen. Das wird ein nächstes Grossprojekt geben, wir haben es gezeigt bekommen, das wir dann separat anpacken müssen. Die Verknüpfung des Reportings, das in diesem Zusatzantrag drin ist, den wir da vorne präsentiert sehen, die Verknüpfung dieses Reportings mit der CCS-Abscheidung, das praktisch die letzten drei Zeilen dieses Punktes sind, ist unseres Erachtens gegenstandslos bzw. fast ein Witz. Denn es ist nicht dieses Projekt, das da betroffen ist von diesem Thema. Das Projekt, das wir jetzt verabschieden, ist der Ersatz der Verbrennungslinie 2. Und es wird entsprechend im Projekt Vorbereitungen geben für den Einbau einer späteren CCS-Lösung. Das ist schon längstens auch von Stadtwerk berücksichtigt worden. Wir können diese Art von Evaluation, die jetzt da noch vorgetragen werden sollen, je nachdem bedeutungslos, je nachdem auch schmunzelnd oder kopfschüttelnd, einfach hinnehmen. Es wird nichts ändern an dem, was da jetzt läuft. Die CCS-Vorbereitungen für diese Abscheidung sind bereits berücksichtigt. Und, wir haben es auch schon gehört, die notwendigen Raumsicherungen, die Stadtwerk jetzt angeht, um überhaupt so etwas ins Auge fassen zu können, sind auch am Laufen.

Ich habe geschlossen. Ich danke für die Unterstützung dieses Projekts.

U. Bänziger (FDP): Jetzt kommt eben das Gesürmel...

In der Weisung können Sie lesen, dass auf den Bau einer Anlage zur Abscheidung von CO₂ verzichtet wird und dass dadurch die KVA in der städtischen Treibhausbilanz unverändert mit einem Ausstoss von jährlich rund 100'000 Tonnen CO₂ zu Buche schlagen wird. Das ist relevant, weil mit dieser Aussage der Stadtrat unmissverständlich eingesteht, dass Netto Null CO₂ 2035 für die Stadtverwaltung nicht erreicht wird.

Nochmals: Das von Ihnen, liebe linke Ratsseite, und Stadtrat versprochene Ziel von Netto Null 2035 ist gescheitert.

Was aber schlimmer ist, das ist, dass Sie bereits an dem Tag, an dem Sie das der Winterthurer Bevölkerung versprochen haben, Sie wussten, dass Sie das nicht liefern können. In der Vorwoche des Tages von Ihrem Versprechen, am 31. Mai, haben Sie das Netto Null-Ziel der Vorlage noch um 10 Jahre nach vorne geschoben, selbstredend ohne den Massnahmenplan

der Stadtregierung anzupassen. Groteskerweise hat sich sogar der Stadtrat der Zieländerung angeschlossen, obschon er ja den Massnahmenplan auf eine andere Zeitachse ausgerichtet hat. Ja, Sie mussten es wissen, denn Sie haben ja den Massnahmenplan des Stadtrats 2021 gut gelesen und unter F.3.1 die Massnahme «Strategie für den Umgang mit Treibhausgas/Senkung/Kompensationsprojekte erarbeiten» zur Kenntnis genommen. Zuständig: Direktor von Stadtwerk; Umsetzung bis 2028; jährliche Mehrkosten: Null; zusätzlicher Stellenaufwand: Null. Bis 2028 eine Strategie erarbeiten und ab 2035 dann alles CO₂ magisch aus der Atmosphäre entfernen zu können – die Wahrscheinlichkeit, das erreichen zu können: Zero. Lesen Sie doch nochmals die ganzen Reden, die Sie und wir alle am 31. Mai geschwungen haben. Von unserer Verantwortung für unsere Kinder und die Welt. Und was machen Sie als Erstes, genau an diesem Abend? Sie geben den Winterthurer/-innen das Versprechen ab, von dem Sie wussten, dass Sie es nicht halten werden können. Und das ist nun erst der KVA-relevante Teil. Bereiche wie persönlicher Konsum oder Isolation von Gebäudehüllen sind genau gleich gelagert. Ich glaube, es ist langsam Zeit, mit Liefern zu beginnen und nicht nur zu lafern.

So, nach diesem Ausflug in die Niederungen des politischen Populismus ein paar weitere Gedanken zu dieser Weisung. Generell störend ist, dass in der Weisung die Energie aus der KVA als nachhaltig bezeichnet wird, so z.B. auf Seite 3. «Jede in der Winterthurer KVA verwertete Tonne Abfall substituiert etwa 300 Liter Heizöl und reduziert damit die Kohlendioxyd (CO₂)-Emissionen massgeblich.» Im Kanton Zürich ist das heute schlichtweg eine Falschaussage, denn würde der Betrieb der KVA morgen eingestellt, könnten keine fossile Heizungen neu installiert werden. Der CO₂-Abdruck der Stadt Winterthur würde sich drastisch verbessern. Würden Sie diese Energie ersetzen durch das Stromprodukt Bronze von Stadtwerk, das 7.4 g CO₂-Emissionen pro kWh hat (Verhältnis zu 717 g CO₂ pro kWh Energie aus der KVA), würde sich der Ausstoss in der Stadt um 97% reduzieren.

Also wieso unterstützt dann die FDP diese Weisung trotzdem? Nachdem man möglichst viel recycelt hat, ist die Verbrennung des Kehrichts sinnvoll. In der Winterthurer KVA werden rund 190 Tonnen Kehrrecht jährlich verbrannt, aber nur 15% davon stammt aus Winterthur selbst. 15% stammt aus den umliegenden Gemeinden. Und 70% sind industrielle Abfälle, die ab und zu auch aus dem Ausland kommen. Um die Klimaziele der Schweiz erfüllen zu können, ist es aber zwingend notwendig, dass bei der KVA eine CO₂-Abscheidung gemacht wird. Es ist effizienter, CO₂ aus Verbrennungsgasen zu filtern als aus der Luft, weil die CO₂-Konzentration höher ist. Weil die KVA in Winterthur die Möglichkeit hat, Energie in grossen Mengen an die Fernwärme zu liefern, ist die Effizienz hoch. Andere KVA in der Schweiz können das nicht. Sollten die Abfallmengen in der Zukunft sinken, weil z.B. die Kosten von Carbon Capture and Storage auf den Preis von Abfall geschlagen werden, ist es sehr wahrscheinlich, dass KVAs mit höherer Effizienz weiterbetrieben werden, wo andere dann möglicherweise ihren Betrieb einstellen müssen.

Die Logistik von CO₂ in grossen Mengen ist anspruchsvoll. Wenn Sie die Rechnung machen: Alles, was Sie als Tonne hineinliefern, bekommen Sie als Tonne CO₂ zurück, dann können Sie sich vorstellen, wie viele Lastwagen das ungefähr gibt, wenn man alles entfernen will. In Zukunft wird das wahrscheinlich idealerweise mittels Pipelines stattfinden - auch da hat Winterthur deutlich bessere Karten als z.B. eine Anlage im Oberwallis.

Entsprechend kommen wir zum Schluss, dass eine moderne KVA für Winterthur gut ist, falls die Risiken – und da widersprechen wir natürlich der grünen Fraktion – die Risiken, die durch die zukünftige Verpflichtung von Carbon Capture and Storage auf Ebene Bund und Kanton entstehen, aktiv bewirtschaftet werden. Deshalb hat die FDP genau diesen Änderungsantrag für Ziffer 2 gestellt, der in der UBK gegen 1 angenommen wurde.

Die FDP-Fraktion unterstützt dieses Geschäft und empfiehlt das allen anderen auch, das anzunehmen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Und falls ich es vergessen habe: Besten Dank an Nora Ernst für die Vorstellung.

Ph. Weber (SP): Danke, Nora, für die Vorstellung des Geschäfts. Ich freue mich einmal mehr darüber, dass Urs Bänziger meinen Traum von einer abfalllosen Gesellschaft teilt. Und ich

werde probieren, ab jetzt jedes Mal mindestens 1 x pro Sitzung zu sagen: Der einfachste Weg dazu ist die Überwindung des Kapitalismus und dem damit verbundenen Konsum. Wir würden uns wünschen, dass weniger Abfall produziert wird. Es ist aber leider ein Fakt, dass dies nicht passiert. Und solange dieser Abfall produziert wird, muss er verbrannt werden. Und wir haben das Gute daran in Winterthur, dass wir mit diesem Abfall sogar einen riesigen Teil unseres Wärmebedarfs decken können. Da freue ich mich besonders darüber, denn ich hänge an dieser Anlage und ich habe es immer schön warm zuhause, weil ich Stefans Cervelat-Verpackungen verbrennen kann und damit meine Wohnung heize. Im Gegensatz zu Dir, Stefan, habe ich dieses Geschäft in der Fraktion gut verkauft. Wir stehen geschlossen hinter diesem Projekt.

Wovor ich aber ein bisschen Angst habe, ist, dass unsere Basis – und vielleicht auch die Basis der Grünen – durchaus noch Bedenken haben diesem Geschäft gegenüber. Ich glaube, da würde sich die Verwaltung mit unserer Unterstützung Gutes tun, wenn wir – bevor wir in diese Volksabstimmung gehen – dieses Geschäft noch ein bisschen sexy verpacken. Denn das sind fast 300 Mio. Franken, über die wir abstimmen. Das ist relativ viel und das für Abfallverbrennung – das kommt bei uns nicht nur gut an.

Nichtsdestotrotz hat insbesondere Raphael Zwicky von Stadtwerk, der heute bei uns Gast ist, uns gut erklärt (in sogar vier Lesungen und nicht nur drei, wie Nora behauptet hat), wieso wir das Projekt brauchen. Er hat uns gute Gründe gegeben, dass wir diesem Projekt vertrauen können.

Es ist eine grosse Ehre gewesen für mich als Kommissionspräsidenten, das grösste Geschäft, das wir je hatten, beraten zu dürfen, mit den Herren von Stadtwerk. Und ich kann guten Gewissens nach dieser Sitzung Stefan Fritschi mein Portemonnaie geben, damit er mit der Kommissions-Kreditkarte diese 300 Mio. abheben darf. Danke vielmals.

D. Roth-Nater (EVP): Danke vielmals, Nora, für die Vorstellung des Geschäfts.

Wir wissen, diese Kehrrichtverwertungsanlage ist 1965 gebaut worden. Das ist schon eine Weile her. Und jetzt sind wir dran, den Ersatz der Linie 2 zu bewilligen oder in Gang zu setzen.

Auch bei grossen Bemühungen zur Abfallverminderung und Kreislaufwirtschaft wird es auch in Zukunft eine konstante Abfallmenge zu bewältigen geben. Deshalb ist die Revision der zweiten Ofenlinie unerlässlich und aus unserer Sicht nicht in Frage gestellt.

Das geplante Projekt umfasst nicht alleine diese Revision, sondern ist ganzheitlich gedacht. Weitere Verbesserung der Rauchgasreinigung und Abwasserbehandlung und auch die Nutzung der Abwärme für die Fernwärme und Stromproduktion, dem wird Rechnung getragen. Der Verzicht auf CO₂-Abscheidung und Aufbereitungsanlage ist meines Erachtens richtig so und ich habe es verstanden. Ich verstehe Urs nicht ganz, es ist einfach ein bisschen ein Bashing, das Du uns wieder über den Kopf gezogen hat, mit dem Du versuchst, die FDP auf den Klimaziel-Sockel zu stellen, auch wenn sowohl Du wie ich wissen, dass es zurzeit weder realistisch noch effizient noch überhaupt möglich ist, eine solche CCS-Anlage auf ein Grundstück, das nicht vorhanden ist, zu stellen. Ich bin überzeugt, der Stadtrat bleibt dran. Sobald es realistisch wird, wird er sich diesem Thema widmen.

Ja, es ist richtig viel Geld. Bereits der Kreditantrag der letzten Erneuerung, der Ofenlinie 1, im Umfang von 187 Mio. Franken, den die Stimmbewölkerung 2007 angenommen hat, war damals ein Rekordbetrag. Der vorliegende ist zwar nochmals deutlich höher, liegt allerdings im Rahmen von ähnlichen Projekten in der Schweiz. Insgesamt bringt das Projekt nicht nur eine Erneuerung, sondern vor allem auch eine Verbesserung. Und damit einen wichtigen Beitrag an die energie- und klimapolitischen Ziele der Stadt. Und auch des Kantons.

Deshalb unterstützen wir von der EVP-Fraktion diesen Antrag sowie den Änderungsantrag.

N. Ernst (GLP): Ich möchte mich im Namen der GLP-Fraktion ganz herzlich beim Stadtrat und auch bei Stadtwerk für die ausführliche und transparente Information zu diesem grossen und wichtigen Geschäft bedanken. Ich habe Euch einen kurzen Abriss gegeben, in diesen Lesungen ist es sehr schnell auch sehr technisch geworden. Und wir haben es hingekriegt,

dass wir uns doch alle sehr gut informiert gefühlt haben zu diesem Geschäft – und dass es sogar so spannend war, dass mir vier Lesungen wie nur drei vorgekommen sind.

Die GLP-Fraktion unterstützt die vielseitigen energetischen und ökologischen Verbesserungen, die Teil dieser Projektplanung sind. Wir unterstützen diese, zum einen, weil unsere KVA ein bisschen ein Exot ist und mitten im Stadtgebiet liegt und das wichtig ist für die Winterthurer Bevölkerung. Aber zum zweiten, und das ist ein Aspekt, über den wir heute Abend noch nicht gesprochen haben, unterstützen wir diese auch aus wirtschaftlichen Gründen. Es ist nämlich so, wir haben das angetönt: Der Abfall wird im Kanton Zürich verteilt. Und da hat die Stadt Winterthur ein Interesse daran, dass der Abfall auch nach Winterthur kommt und in der Winterthurer KVA verbrannt wird. Und das passiert nur, wenn unsere KVA den Standards genügt oder sogar über den Standards liegt bezüglich den Umweltanforderungen, denen eine solche KVA unterliegt.

Bezüglich CO₂-Ausscheidungen – und da sprechen wir sicher im nächsten Traktandum nochmals dazu – hoffen wir, dass die Stadt die Vorbereitungen in Hinblick auf das schnell näherrückende 2040-Ziel (ich glaube, da sind wir uns alle einig) nicht auf die lange Bank schiebt und den möglichen Landkauf zur Landsicherung weiter vorantreibt in den nächsten Jahren.

Danke.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich darf das Votum anstelle von Simon halten.

Abfall ist nicht nur die Kehrseite des Konsums, sondern auch, wenn man es richtig macht, eine nicht zu vernachlässigende Rohstoffquelle. In diesem Sinne hat die KVA eine grosse Bedeutung für Winterthur: Nicht nur für die saubere und öko-effiziente Verarbeitung des Abfalls, sondern auch als zentrales Element der Fernwärme-Versorgung und immer noch wichtigstem Stromproduzenten in Winterthur.

Wir haben verstanden, dass die jetzige Verbrennungslinie saniert werden muss. Angesichts des Investitionsvolumens von rund 300 Mio. haben sich für uns aber doch einige Fragen gestellt: Die neue KVA wird auf ein jährliches Volumen von rund 190'000 Tonnen ausgelegt und darauf basieren auch die Rentabilitätsüberlegungen. Wir wissen alle, dass es zurzeit auf allen Ebenen grosse Bemühungen gibt, die Abfallmengen zu reduzieren (Stichwort Zirkularwirtschaft). Und Nora hat auch angetönt, dass es zum Kampf um den Abfall kommen könnte. Unsere Bedenken, dass die KVA überdimensioniert ist, konnten leider vom Stadtrat nicht vollständig ausgeräumt werden.

Wir sind sehr froh, dass in der heutigen Vorlage auf die CO₂-Abscheideanlage verzichtet wird. Eine solche Anlage hätte – isoliert betrachtet – zwar auf die KVA einen gewissen positiven Effekt gehabt, aber in einer Gesamtbetrachtung doch erhebliche Nachteile. Bevor diese Idee weiterverfolgt wird und auch z.B. Land erworben wird, möchten wir gerne die Auswirkungen auf die wichtige Fernwärmeversorgung und das nicht zu vernachlässigende Potenzial, Strom in Winterthur zu produzieren, besser verstehen.

Die beantragte Investitionssumme von 293 Mio. Franken ist sehr gross, das haben wir schon mehrmals gehört, und wir erwarten schon, dass der Stadtrat alle notwendigen Massnahmen ergreift, damit diese Summe nicht überschritten wird, sondern eher nicht voll ausgeschöpft wird. Dazu braucht es nicht nur eine entsprechende professionelle Projektorganisation, sondern auch ein umfassendes Projektcontrolling und Risikomanagement. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er dieses Thema sehr ernst nimmt und die zuständige Kommission laufend offen und transparent über den Projektverlauf informiert.

Und da vielleicht die Klammerbemerkung: Simon fehlt. Wir von der Kommission haben ein bisschen weitergehende Vorstellungen als das, was der Kommissionsantrag ist. Vor allem sind uns die Gesamtkosten wichtig. Es geht nicht nur um Baukosten, sondern es geht auch um die Anlagekosten und Vertragsmanagement, aber der Stadtrat darf das gerne aufnehmen in die Berichterstattung.

Angesichts der Höhe der Investitionen und der damit verbundenen Risiken befürchten wir, dass Gebührenerhöhungen in der Zukunft doch höher ausfallen werden als in der Weisung dargestellt. Wir sind deshalb der Auffassung, dass in den Abstimmungsunterlagen stärker darauf hingewiesen werden muss, dass die Sanierung der KVA zu höheren Abfallgebühren führen könnte.

Trotz der genannten Bedenken sagt die Mitte/EDU-Fraktion Ja zum beantragten Kredit. Danke.

Ch. Hartmann (SVP): Ich möchte noch ein - nach Reto Diener überflüssiges - Votum halten. Das sind vermutlich alle Voten, die nicht auf seiner Linie sind. Wenn Reto es schlecht findet, dass gewisse Diskussionen im Umfeld der KVA und dem KVA-Projekt in die Öffentlichkeit kommen, dann zeigt das nur ein sehr eigenes Verständnis von Öffentlichkeitsinformation und letztlich von Demokratie.

Es ist vermutlich hier drinnen nicht unbekannt und auch die Redaktion des Landboten weiss, dass wir mit dem Landboten nicht immer das Heu auf der gleichen Bühne haben. Wir sind aber ausdrücklich der Meinung, dass es Aufgabe ist einer Zeitung, auch Berichterstattung über ungewünschte Elemente der eigenen Politik zu bringen. Wir erleben das zwischendurch selbst und müssen sagen, das passt uns auch nicht – aber zulässig muss das sein.

Warum spreche ich jetzt nochmals? Wir sind uns in der SVP-Fraktion, Stefan Gubler hat es gesagt, nicht einig bei der Beurteilung der KVA. Und weil wir nicht so etwas haben wie einen Einstimmigkeitszwang, Gioia Porlezza, in unserer Fraktion, haben wir jetzt halt abweichende Meinungen. Und das ist etwas, mit dem ich als Fraktionspräsident nicht nur leben kann, sondern ich finde das eigentlich gut. Das gibt dann auch die spannenden Diskussionen.

Damit wir uns richtig verstehen: Auch diejenigen, die das Geschäft ablehnen, sind der Meinung, wir brauchen eine KVA, wir brauchen eine Revision oder einen Neubau der zweiten Ofenlinie. Und ja, wenn wir herumschauen, das kostet ungefähr 300 Mio. Franken. Und das muss halt vielleicht auch eine Stadt, die im Prinzip kein Geld hat, aufrühren.

Wir machen uns Sorgen um die Wirtschaftlichkeit. Wir sehen da Risiken. Andere Vorredner von mir sehen keine Risiken. Sie haben in dieser Partei auch keine Risiken gesehen beim Wärmering und sie sahen keine Risiken beim Biorender-Desaster. Und wir möchten einfach nicht irgendwie in ein KVA-Desaster hineinlaufen.

Eine Wirtschaftlichkeitsrechnung, welche diesen Namen verdient, wurde nicht vorgelegt.

Auch nicht auf Nachfrage. Das grösste an Details war die Grafik, welche die Referentin gezeigt hat ganz am Anfang. Details so waren nicht erhältlich. Wir finden das schwach. Mit einer Wirtschaftlichkeitsrechnung, wie sie uns bei dieser Vorlage vorliegt, bekäme man bei keiner Bank einen Kredit.

Wir machen uns Sorgen um die Auslastung der KVA. Als man am Anfang über das gesprochen hat, hat der Kanton, der diese Planung macht, vorgesehen, die KVA Horgen (die klein ist) abzuschalten. Jetzt wollte Horgen diese behalten wegen der Fernwärme. Tja, man kann auch so die Kehrlichtverbrennung planen. Jedenfalls fällt das weg.

Wir konnten vor einigen Monaten in der Zeitung lesen, dass es Gemeinden gibt, die ihren Abfall nicht mehr nach Winterthur liefern, weil man das billiger machen kann. Das heisst, die Einlieferpreise kommen unter Druck.

Auf der anderen Seite hat man sicher Erträge aus der Fernwärme, aber die kann man auch nicht wahnsinnig nach oben schrauben, denn irgendwann wird das dann unfair gegenüber denen, denen man die Fernwärme auf das Auge drückt.

Uns hätten hier detailliertere Berechnungen mehr Sicherheit gegeben als nur Hinweise, wie Stefan Gubler gesagt hat, dass es ja gebührenfinanziert sei und dass man das nicht im Detail berechnen müsse. Das finden auch wir schwierig. Es fehlt einfach ein bisschen viel.

Wenn die Frage ist, weshalb die Strompreise in Zukunft steigen, und die Antwort ist, das sei eine Annahme. Und wenn bei der Frage, wieso die Güsselpreise, nachdem sie jetzt sinken, dann wieder hinaufgehen sollen, die Antwort ist «Das muss so sein», dann finden wir das wirklich sehr schwierig.

Es lässt uns auch ein bisschen zweifeln an den Berechnungen, die Stadtwerk an sich macht. Wir erinnern uns, dass der Stadtrat hier drinnen vehement erklärt hat, dass Stadtwerk auch in anderen Bereichen nur rentable Projekte macht. Das Beispiel war Projektmanagement der Wärmeerschliessung am Eigenheimweg. Nachdem der politische Druck zugenommen hat, dass man das doch machen müsste (auch von Leuten hier drinnen, die am Eigenheimweg

wohnen, was ja fair ist), hat der Stadtrat in seiner Allwissenheit beschlossen, dass das gleiche Projekt jetzt rentabel ist. Ähm, ja. Entweder haben das unterschiedliche Leute gerechnet oder – ich weiss nicht. Der Stadtrat weiss es sicher besser.

Wir sehen das anders. Wir hätten mehr Informationen gewollt. Wir sind der Meinung, die Berechnungen, die gemacht wurden, geben nicht wahnsinnig viel Vertrauen. Wir können nicht ausschliessen, dass es gut kommt. Aber nicht ausschliessen können, dass es gut kommt, das ist kein vertretbares Risikomanagement. Und deshalb gibt es einzelne Vertreter der SVP-Fraktion, welche dieses Geschäft ablehnen werden. Danke.

U. Bänziger (FDP): Nur noch kurz zu Daniela Roth-Nater: Im Gegensatz zu Dir habe ich am 31. Mai 2021 hier drinnen der Bevölkerung nicht ein Versprechen gegeben, dass wir bei Netto Null sind für die Stadtverwaltung 2035. Genau auf der Basis davon, dass es damals schon sehr unwahrscheinlich war, dass Carbon Capture and Storage da implementiert werden kann.

Und wie Du richtig gesagt hast, ich finde die Entscheidung von Stadtwerk nachvollziehbar. Wie man auch schon im Massnahmenbericht lesen konnte, war es sehr klar, dass man dieses Versprechen nicht wird einlösen können.

R. Diener (Grüne/AL): Ganz eine kurze Replik auch nochmals zur Seite links von mir: Christian Hartmann, Du vergisst, dass die KVA nicht ein Renditeprojekt ist, sondern die KVA ist eine öffentliche Dienstleistung, welche den Abfall verwerten muss. Das ist geregelt, da haben wir keinen Spielraum. Wir können nicht einfach optimieren und am Schluss sagen, wir machen es nicht, weil es zu teuer wird. So einfach lässt sich das hier nicht lösen, Christian.

Und nochmals zu Urs: Wenn Ihr von Eurer Partei her Euren Departementsvorsteher derart in die Pfanne haut mit einem öffentlichen Statement, bei dem Ihr sagt, das Ganze sei so ein «Schmarren», auf gut Deutsch gesagt, dann ist das Bashing vom Schlimmsten. Und aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar. Denn wie gesagt: Die Risiken dieser Anlage sind natürlich primär und in erster Linie diejenigen für den Ersatz der Verbrennungslinie. Und das sind Risiken, die halt im normalen Prozess vorhanden sind, die nichts Spezielles sind, die man kennt bei so grossen Anlagen und die immer bei so grossen Anlagen behandelt, bearbeitet und evaluiert werden müssen. Dazu braucht es kein Bashing.

Euer Bashing ging insbesondere um diese CO₂-Abscheidung, die jetzt nicht implementiert wird. Und die kann man nicht implementieren, das wisst Ihr ganz genau. Es ist völlig schräg, wenn Ihr jetzt mit solchen Informationen kommt, man hätte das machen müssen, weil man sonst Netto Null nicht erreicht. Wenn wir Netto Null nicht erreichen, dann liegt das auch an Eurer Partei und an Eurer Basis, die sich nicht wirklich und ernsthaft bemüht, unseren Verbrauch zu senken, unseren effektiven Ausstoss zu reduzieren versuchen. Und die CO₂-Abscheidung, die wir in der KVA irgendwann noch machen werden, da war von Anfang an klar, dass das nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen wird, um Netto Null zu erreichen. Diese Diskussion müssen wir nicht nochmals führen. Diese haben wir schon vor einiger Zeit geführt. Danke für die Kenntnisnahme.

Ch. Hartmann (SVP): Lieber Reto, wir nehmen zur Kenntnis, dass es für Dich wahrscheinlich schon «Gewinn erzielen» ist, wenn man keinen massiven Verlust macht. Das ist unser Ziel. Und alles andere ist – das Wort im Mund gedreht.

Man finanziert sich durch Gebühren. Ein gebührenfinanzierter Betrieb, das weisst Du genauso, darf, soll und muss keinen Gewinn machen, auch unserer Meinung nach nicht.

Es ist aber so: Wenn er Verlust macht, dann kann man natürlich die Gebühren erhöhen, soweit es geht. Wenn das aber nicht reicht zum Sanieren eines Eigenwirtschaftsbetriebs, dann muss nach 5 Jahren der Steuerhaushalt, der Steuerzahler kommen und den heruntergewirtschafteten Betrieb sanieren. Um das geht es uns.

Stadtrat St. Fritschi: Ich kann immer noch lachen, auch wenn ich von der eigenen Partei gasht werde, aber ich versuche, das zu überleben.

Es ist wirklich der grösste Betrag, den wir im Parlament hatten. Aber es ist auch der grösste Betrag, den wir im Stadtrat hatten. Es ist auch der grösste Betrag, über den das Volk von Winterthur abstimmen durfte. Einfach, damit Ihr ein bisschen eine Grössenordnung habt, nachdem wir gestern so glorreich gegen den FC Yverdon gewonnen haben, möchte ich ein bisschen in die Fussballszene wechseln: Mbappé hat von einem arabischen Club 300 Mio. Euro (das ist ein bisschen weniger als 293 Mio. Schweizer Franken) angeboten bekommen. Er hat dann aber abgesagt, er geht nicht nach Arabien. Ich möchte nur sagen: Im Fussball ist man sich an solche Beträge gewohnt, aber bei uns in der Stadt Winterthur nicht. Und das ist auch richtig so, dass man diese Beträge dann auch wirklich seriös anschaut.

Ich muss da auch noch erwähnen: Das ist eine freiwillige Vorlage, die wir hier dem Parlament und dem Volk unterbreiten. Denn damals, als wir den ersten Projektkredit gesprochen haben, war das der Wunsch des Parlaments und der zuständigen Kommission, dass man da nicht auseinander nimmt, was gebunden ist und was nicht gebunden. Nach dem alten Gesetz war das noch möglich. Und deshalb unterbreiten wir den ganzen Betrag dem Parlament und dem Volk. Und erreichen so am Schluss auch die grösstmögliche demokratische Legitimierung dieser grossen Vorlage.

Wir haben das wirklich ernst genommen. Wir haben auch eine Zweitmeinung eingeholt. Das tönt jetzt noch gut: Wir haben das ernst genommen und Nora Ernst hat es gut vorgetragen, das mit der Zweitmeinung. Wir haben es seriös angegangen und versucht, neutral zu begutachten, ob das eine gute Vorlage ist. Und wir haben beim meisten, also bei fast allem Technischen, viele Komplimente erhalten, dass wir das sehr gut vorbereitet haben. Da möchte ich natürlich dem Projektleiter, Raphael Zwicky, ganz herzlich danken, und anderen Leuten vom Projektteam.

Unsere KVA ist vorbildlich. Sie ist ein Vorzeigeunternehmen, auch wenn sie manchmal in den Schlagzeilen einen Platz bekommt im Landboten, den sie eigentlich nicht verdient, was die betrieblichen Herausforderungen betrifft. Aber die KVA ist eine Vorbildanlage, sowohl was die Ökologie wie auch die Wirtschaftlichkeit betrifft. Das ist wirklich eine Anlage, für die wir uns nicht schämen müssen, auf die wir stolz sein können. Vom In- und Ausland kommen Leute, um sie anzuschauen, denn man kann es gar nicht glauben, dass eine solche Anlage mitten im besiedelten Raum so sauber sein kann, dass man daneben wohnen kann, nebendran eine Bäckerei hat und einen Aldi, wo man einkaufen geht. Das kann man sich fast nicht vorstellen, aber unsere Anlage ermöglicht das.

Die St. Galler haben auch eine vorbildliche Anlage. Sogar so vorbildlich, dass sie sogar noch Rebberge auf der KVA oben draufpflanzen. So mutig waren wir jetzt nicht mit dem Antrag, dass wir noch Rebberge auf dem Dach pflanzen wollten, so mutig sind nur die St. Galler. Aber Eure Anlage ist etwas kleiner, sie ist nur 75'000 und unsere ist 190'000 Tonnen pro Jahr, die sie verbrennen muss.

Es ist eine vorbildliche Anlage und es ist eine wichtige Anlage. Nicht nur für uns als Stadt, sondern auch für die Region und für den ganzen Kanton. Der Kanton setzt auf diese Anlage. Wenn wir diese Anlage nicht mehr hätten oder nur noch eine Verbrennungslinie hätten, dann würde das ganze Zusammenspiel nicht mehr funktionieren. Und da ist Horgen so klein, dass das nicht matchentscheidend ist. Auch wenn ich persönlich es auch besser finden würde, wenn Horgen nicht mehr laufen würde, so ist das nicht matchentscheidend für die Gesamtplanung des ganzen Kantons.

Übrigens: Das kann der Kantonsrat schlussendlich noch entscheiden. Also alle diejenigen, die wollen, dass man Horgen trotzdem abstellt, die können Einfluss nehmen bei den Kantonsräten und Kantonsrätinnen und dann könnte man das im Richtplan doch noch hinbringen. Also wir haben es gehört: Diese Anlage ist sehr wichtig für uns, um den Abfall zu verwerten. Aber was heute ebenso wichtig ist, ist, dass man den Abfall sinnvoll verwerten kann, damit man nachher diese Energie auch möglichst effizient weiter braucht. Und wir haben das Ziel, dass wir am Schluss 45% des Wärmebedarfs der ganzen Stadt Winterthur von der KVA und durch Fernwärme und durch Quartierwärmeverbünde liefern können. Das ist viel, das ist schweizweit ein Rekord, 45%. Nur 55% unserer Wärmeenergie wird am Schluss individuell von Privaten selbst organisiert. Alles andere liefern wir von Stadtwerk. Und dazu braucht es effiziente Wärmeerzeuger. Und eine der effizientesten bei uns in der Stadt ist die KVA. Und

dass sie noch effizienter wird, damit sie noch 30% effizienter wird, braucht es diese Vorlage, die wir jetzt auf dem Tisch haben.

Klar, Urs Bänziger hat jetzt vieles ein bisschen ins negative Licht gesetzt, aber das mag ich ihm ja verzeihen, schlussendlich ist er ja in der gleichen Partei wie ich. Und wenn Urs Bänziger sagt, man dürfe das nicht als ökologisch anschauen, was die KVA am Schluss liefert, weil sowieso jeder Hausbesitzer eine ökologische, nicht fossile Heizung bauen muss – das stimmt. Aber wir merken einfach, es ist ein grosses Bedürfnis in dieser Stadt – und ich glaube, in anderen Städten wie Zürich oder St. Gallen auch, um nur zwei Beispiele zu nennen – dass ganz viele Leute an die Fernwärme angehängt werden wollen. Und wieso wollen sie an die Fernwärme angeschlossen werden? Weil es eine so grosse Service-Dienstleistung ist, bei der man nichts mehr machen muss, es kommt einfach. Jeden Tag, an dem man das möchte, kommt Wärme ins Haus und man muss keinen Kaminfeger mehr bestellen, man muss nicht mehr den Heizungsmonteur kommen lassen, alles wird geliefert und man hat noch nicht einmal wahnsinnig hohe Kosten. Das ist etwas, was die Leute schätzen an der Wärmelieferung der Fernwärme.

Es ist so: Philippe Weber ist ja nicht gerade ein wahnsinniger Verfechter und Freund des Kapitalismus. Aber ich muss Dir trotzdem sagen, auch Nordkorea – ich habe jetzt einfach ein Beispiel genommen, das ich jetzt nicht gerade zur kapitalistischen Region zähle – auch in Nordkorea hat es Abfall. Nur: In Nordkorea haben sie keine KVA. Dort hat es einfach Deponien, bei denen sich 300 Haushaltungen zusammen tun und den Abfall regelmässig auf die Deponie werfen. Das ist auch eine Möglichkeit, aber in der Schweiz wäre das nicht mehr erlaubt. Und dass Du mir dann noch die Kreditkarte gibst – das ist ja ein Symbol des Kapitalismus - das nehme ich natürlich gerne entgegen, aber in Nordkorea würdest Du keinen Meter weit kommen mit einer Kreditkarte, diese wird dort nämlich nirgends anerkannt. Aber wir nehmen es natürlich gerne entgegen, dass Du dieser Vorlage zustimmst, Kapitalismus hin oder her.

Ich muss auch Christian Hartmann Recht geben: Keine Bank würde das finanzieren, was wir da machen. Keine einzige. Es gibt auch keine einzige KVA in der Schweiz, die nicht in öffentlicher Hand ist. Genau deshalb, weil nämlich kein Privater ein solches Risiko auf so lange Zeit auf sich nehmen würde. Aber trotzdem sind wir uns wohl einig, dass wir etwas machen müssen mit dem Abfall. Und deshalb schliessen sich entweder Gemeinden zusammen oder es gibt Gemeinden, die diese Verantwortung übernehmen (wie jetzt wir als Stadt Winterthur), eine überregionale Verantwortung einnehmen und ein gewisses Risiko auf sich nehmen. Aber ich muss Euch auch sagen: In einem gebührenfinanzierten Gebilde wie der KVA ist dieses Risiko überschaubar. Und das sage ich hier drinnen offen: Wenn am Schluss das Geld nicht reicht, dann werde ich als letztes den Antrag stellen, dass wir Steuern hineinbuttern, sondern es wird dann mit den Gebühren finanziert. Und wir haben da verschiedene Gebühren, die Hebel sind. Wir haben nicht nur die Einliefergebühren des Abfalls; wir haben auch die Wärme, die wir herausnehmen, die auch jemand zahlen muss und wo man heute immer mehr bereit ist, dafür zu zahlen. Diese Wärme ist heute noch sehr günstig, da hätten wir noch Potenzial und könnten noch Mehreinnahmen generieren. Da gibt es verschiedene Hebel. Ich möchte es nicht ausreizen, aber die Steuern kommen als allerletztes. Das meide ich wie der Teufel das Weihwasser, dass man in einer gebührenfinanzierten Einheit Steuern als Erste Hilfe braucht. Ich bin der Meinung, eine KVA ist eine so wichtige Infrastrukturaufgabe, dass die Institutionen, die Firmen, die Leute, welche die KVA brauchen, auch bereit sind, ihren Teil dazu zu zahlen. Es wird teurer in Zukunft. Eine Ökologisierung unserer Wärme und unserer Anlagen – im Kanton Zürich haben wir sehr hohe Standards – das kostet. Das ist alles nicht gratis. Aber ich bin der Meinung, wir sind demokratisch legitimiert, dass wir auch eine teure KVA haben können; eine, die hohe Qualität liefert, die keinen Industrieschnee liefert, die in den Abgasen sehr gute Werte liefert - und das kostet.

Ja, auch Iris Kuster kann ich bestätigen: Das Projektcontrolling und auch das finanzielle Controlling von einem solch grossen Projekt ist extrem wichtig. Dessen sind wir uns bewusst und darüber informieren wir auch gerne regelmässig in der Kommission. Aber auch zu Dir nochmals: Ich kann es nicht ausschliessen, dass es am Schluss höhere Gebühren geben wird.

Aber es ist ein bisschen schwierig, jetzt schon auf 30 Jahre sagen zu können, wann welche Gebühr stattfindet.

Christian Hartmann hätte noch ein paar weitere Wirtschaftlichkeitszahlen von uns haben wollen. Es ist nur einfach so: In der UBK waren am Schluss alle zufrieden. Niemand wollte mehr eine zusätzliche Lesung. Sonst hätte man dort ruhig noch eine zusätzliche Lesung beantragen können. Ich bin im Monatslohn bezahlt, ich wäre nochmals gekommen, es wäre nicht teurer geworden. Und wir hätten es auch vorbereitet.

Aber es ist fast verdächtig, um wieder Nordkorea zu erwähnen: Wir waren ja am Schluss bei 8:0 in der Kommission. Von daher: Ich zwingt niemanden, Ja zu stimmen. Ich möchte nur sagen: Es ist wirklich eine gute Vorlage und es ist fast ein bisschen alternativlos, denn wir haben nicht so viele andere Varianten, was wir mit dieser KVA machen können, wenn wir weiterhin eine so hohe Qualität haben wollen.

Ich kann auch sagen: Während der Sanierung wird die Verbrennungslinie, die wir ersetzen müssen, abgestellt. Das ist ja logisch, die ersetzen wir ja. Während dieser Zeit (weil das auch in den Winter hineinkommt) wird es auch eine Zeit geben, in der wir mit fossiler Energie nachheizen müssen, um unsere Wärmeverträge erfüllen zu können. Wir müssen dann auch etwas Gas nachheizen. Aber ich bitte Euch, das jetzt nicht als so kritisch anzuschauen. Denn wenn wir jetzt diese Verbrennungslinie nicht erneuern, dann hätte man nachher ganz viele Effizienzverbesserungen, die nicht erfüllt werden könnten. Das mutet mir dann an als ob man ein Haus nicht sanieren möchte, weil man Angst hat vor dem Kran, der Energie braucht. Und am Schluss die ganze Hülle des Hauses nicht saniert, was auf die ganze Zeit der Lebensdauer viel mehr CO₂ einsparen würde, als in der kurzen Zeit der Sanierung zusätzlich anfällt.

Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Infrastrukturaufgabe, die wir da vor uns auf dem Tisch haben. Bei der ich es auch wichtig finde, dass man das der Bevölkerung und dem Stimmvolk gut erklärt, was das für Vorteile sind dahinter. Ich erwähne eine ähnliche Vorlage in der Stadt Zürich, die zwischen 80-90% Ja-Stimmen hatte. Also das ist ein Benchmark, bei dem ich glaube, dass wir das nicht erfüllen in Winterthur. Das wäre fast verdächtig. Aber wir sehen: Unsere Schwesternstadt hat eine ähnliche Vorlage sehr gut bejaht bei der Volksabstimmung, weil sie eben eingesehen haben, dass es für unsere Transition, ökologische Wärme zu haben, um die Abfallmengen, die wir auch mit dem zusätzlichen Recycling auch in Zukunft haben werden, zu bewältigen, dafür brauchen wir eine zuverlässige und effiziente KVA. Und das kostet Geld. Und da müssen wir bereit sein, das am Schluss auch mit unseren Gebühren zu finanzieren. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Stefan. Es ist noch eine persönliche Erklärung eingegangen von Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Ja, lieber Stefan, es ist immer wieder spannend, Dir zuzuhören. Die launigen Voten höre ich gerne, ich bin ja der Letzte, der gegen sowas etwas haben könnte. Ich möchte nur kurz etwas sagen zu Deiner Bemerkung, dass man noch eine 5. Lesung verlangen hätte können.

Wir waren schon diejenigen, die eine 3. Lesung verlangten. Wir waren diejenigen, die eine 4. Lesung verlangten. Wir waren auch diejenigen, welche die Wirtschaftlichkeitsrechnung verlangt hatten und nicht bekamen. Und dann muss ich sagen, dann erschöpft sich der Sinn von weiteren Lesungen. Und deshalb sind wir jetzt hier und stimmen halt über dieses Geschäft ab.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Somit gehen wir zum Abschluss dieses Geschäfts. Wir werden zwei Abstimmungen durchführen. Bei der ersten geht es um die Genehmigung oder Ablehnung des Kredits von 293 Mio., der dann nachher auch vor das Volk geht. Und die zweite Abstimmung geht dann darum, ob der geforderte jährliche Bericht an die UBK stattfinden soll oder nicht.

Die erste Abstimmung geht jetzt um den Kredit. Wer dem zustimmen möchte, wird A drücken, wer ihn ablehnen möchte, drückt B.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 50 Ja zu 4 Nein bei 0 Enthaltungen, dem Verpflichtungskredit wurde zugestimmt.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Bei der zweiten Abstimmung geht es darum, ob der Bericht, der von der beratenden Kommission, der UBK, gefordert wurde, der jährlich stattfinden soll, eingefordert werden möchte oder nicht.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 54 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen, der Antrag der UBK auf den jährlich stattfindenden Bericht ist angenommen.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.53: Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), A. Würzer (EVP) und K. Vogel (Die Mitte) betr. Verwendung der CO₂-Abscheidung aus der KVA Winterthur

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Dieses Traktandum ist von der Thematik her ähnlich und wir werden noch einsteigen in dieses Geschäft vor der Nachtesenspause. Beantwortung der Interpellation betreffend Verwendung der CO₂-Abscheidung aus der KVA Winterthur. Wer von der GLP wird für den abwesenden Markus Nater das Wort übernehmen? Nora Ernst, darf ich Dich bitten, sein Votum zu halten.

N. Ernst (GLP): Ich spreche heute Abend im Namen des Erstinterpellanten Markus Nater, der heute abwesend ist.

Danke vielmals für die vertieften Abklärungen zur CO₂-Ausscheidung, die sicher auch durch diese IP der GLP ausgelöst worden sind. Auch dadurch konnte sichergestellt werden, dass im Rahmen dieses Projekts alle Vorbereitungen getroffen wurden, um eine CCS-Anlage installieren zu können.

Was aus der Antwort auch klar herauskommt, ist, dass die CO₂-Abscheidungen für die KVA in Winterthur zwingend notwendig sein werden, um Netto Null 2040 in Winterthur zu erreichen. Deshalb sind die Empfehlungen von Ziegler Engineering zügig umzusetzen und entsprechende Landreserven zu sichern, damit der Bau einer CO₂-Abscheidung in naher Zukunft möglich ist. Auch wird es in wenigen Jahren ein Wettbewerbsvorteil sein, wenn man aus diesem Abfall nicht nur Energie gewinnen kann, sondern auch die Möglichkeit hat, CO₂ abzuscheiden. D.h. dass es jetzt wirklich wichtig ist, an dieser Technologie dranzubleiben, damit bald klar ist, wann eine solche CO₂-Abscheidung in Winterthur möglich ist.

Es wird in der letzten Antwort dargelegt, dass der Bau einer Anlage zur CO₂-Abscheidung mit hohen finanziellen und technischen Risiken verbunden ist. Und daher in der Projektierung auf die Kostenabschätzung verzichtet wurde. Da möchten wir von der GLP daran erinnern, dass das Stimmvolk bis 2040 Netto Null erwartet. Und hohe finanzielle und ökologische Risiken damit verbunden sind, wenn wir dieses Ziel nicht erreichen.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich gehe davon aus, dass mein heutiges Votum weniger Emotionen hervorruft als das letzte. Obwohl es eigentlich bei dem hier um weitaus mehr geht. Ich bin der Parlamentsleitung dankbar, dass sie darauf bestanden hat, dass wir eine separate Antwort auf die Interpellation bekommen.

Die Antwort vom Stadtrat ist für mich nachvollziehbar. Einerseits fehlt der Platz, andererseits wird die Energie für die Fernwärme und Stromproduktion gebraucht. Ich finde es aber auch richtig, dass die Stadt bestrebt ist, die entsprechenden Landstücke zu erwerben. Wir wissen

heute noch nicht, wie sich die Situation entwickelt und ich finde es darum sinnvoll, dass zwar zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit der konkreten Planung angefangen wird, dass aber der Platzbedarf für eine solche CO₂-Abscheidungsanlage nicht ausser Augen gelassen wird. Die Mitte/EDU-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

A. Würzer (EVP): Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation. Ebenso bedanke ich mich bei der Parlamentsleitung, die sich für eine separate Beantwortung und damit gegen die Abschreibung dieses Vorstosses eingesetzt hat.

Wie in der Antwort des Stadtrates mehrfach erwähnt wird, handelt es sich bei den zwei Technologien Carbon Capture Use (CCU) und Carbon Capture Storage (CCS) um Themen, mit denen sich auch die Stadt Winterthur in Zukunft, und wohl schon in naher Zukunft, weiterhin und vermehrt intensiv beschäftigen werden darf.

Inhaltlich hat Nora bereits im Rahmen der KVA-Präsentation viel dazu gesagt. Ich möchte deshalb auch die anwesenden Gäste nicht noch länger damit plagen.

Ich kann aus Sicht als Mitglied des Parlaments noch dazu sagen: Es hilft für die künftige parlamentarische Bearbeitung dieser Thematik (und es dürfte wohl kaum der letzte Vorstoss in diese Richtung bleiben), dass diese wichtigen Fragen auf dem ordentlichen Weg beantwortet werden. Verwaltungsökonomische Einbussen, wie sie vom Stadtrat ins Feld geführt wurden, dürften sich ja in Grenzen gehalten haben, zumal ja bereits viele Antworten im Rahmen des vorherigen Geschäftes zur KVA vorlagen. Aus Parlaments-ökonomischen Gründen hingegen ist zu begrüßen, dass diese Interpellation nicht einfach viel heisse Luft produzierte, die nicht wiederverwendet werden kann.

Weiter nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass Stadtwerk an verschiedenen Stellen die Entwicklung dieser Technologien mitunterstützt und somit hoffentlich eng am Ball bleibt. Die vom Stadtrat aufgezeigten aktuellen Risiken sind aus unserer Sicht (Daniela hat das auch bereits erwähnt) nachvollziehbar. Auch die fehlenden Landreserven sind Fakt. Da nehmen wir auch positiv zur Kenntnis, dass der Stadtrat da ja offenbar dran ist.

Von daher: Besten Dank.

R. Diener (Grüne/AL): Ich danke ebenfalls dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen in dieser Interpellation. Gleich vorab: Es ist in keiner Weise bestritten, dass es diese Technologie zur Erreichung von Netto Null letztendlich benötigen wird. Aber wir sprechen da von Netto Null 2040, das eingehalten werden muss, nicht von Netto Null 2033, wie es vorhin Urs Bänziger gesagt hat.

Wie aber bereits beim letzten Geschäft diskutiert wurde, wir haben es gehört, war es nicht möglich, in keiner Weise, diese Technologie jetzt schon in den Umbau oder die Sanierung der KVA-Verbrennungslinie 2 mitaufzunehmen. Dagegen hat nur schon der Platzbedarf gesprochen, den wir nicht zur Verfügung haben; aber auch die verfügbaren Rahmenbedingungen, die letztendlich noch gar nicht vorhanden sind in der Schweiz. Und das weiss auch ein Herr Urs Bänziger sehr genau: Man kann in der Schweiz nichts bauen, wenn nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht tatsächlich vorgegeben und definiert sind.

Was hingegen bei der heutigen Anlage ja gemacht wird, das sind die Vorbereitungstätigkeiten, darüber haben wir gesprochen.

Nochmals kurz zum Platzbedarf – das ist nämlich wichtig zu sagen: Eine solche CO₂-Abscheidung gemäss der gegenwärtigen Technologie und dem Kenntnisstand, den man hat – und es gibt ja bereits Referenzanlagen dazu – ist faktisch eine Verdoppelung des Platzbedarfs, den wir heute für die KVA haben. Das ist also erheblich. Und deshalb kann man das nicht einfach schnell hineinposten in ein bestehendes Projekt hinein.

Stadtwerk hat mit den Grundeigentümern, die rundherum sind, bereits Kontakt aufgenommen, um dieses Areal zu sichern. Und es muss selbstverständlich das Ziel sein, das wurde auch zugesagt und zugesichert, dass das jetzt möglichst schnell stattfindet.

Aber eben, das reicht noch nicht. Wir müssen auch die Rahmenbedingungen noch haben.

Weder ist regulatorisch noch finanziell geklärt, wie die CO₂-Abscheidungstechnologien heute umgesetzt und finanziert werden können.

Und ich erinnere auch da nochmals daran: CO₂-Abscheidungen oder CO₂-Reduktion müssen wir nicht nur in Winterthur machen, sondern in der ganzen Schweiz, weltweit. Das heisst, wir brauchen Lösungen für die ganze Schweiz, die das mindestens abdecken können.

Auch die Technologien sind noch nicht wirklich 100% geklärt, was mit diesem CO₂, das abgeschieden werden soll, gemacht wird. Ob das irgendwo in der Schweiz gelagert wird, ob das nach Norwegen transportiert und dort in die Gasfelder gepumpt wird oder wir das sogar für irgendetwas brauchen, bei dem man allenfalls auch noch etwas herausholen könnte (z.B. in der Zementindustrie) – das ist alles noch nicht wirklich geklärt.

Deshalb ist es auch richtig, dass man jetzt intensiv an diese Themen herangeht und sich diese Geschichten auch gut überlegt. Dafür gibt es jetzt auch die Pilotprojekte, von denen wir gehört haben, z.B. Linth in Glarus. Erst in einigen Jahren werden die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sein und die Technologien bekannt sein. Und dann ist es auch Zeit, um tatsächlich ein Projekt auch in Winterthur anzupacken. Aber ich gehe eigentlich nicht davon aus, dass Winterthur die erste Stadt sein wird, die so etwas macht. Da gibt es auch ganz viele Rahmenbedingungen dazu, die wir hier auch schon diskutiert haben, die wahrscheinlich dazu führen werden, dass wir nicht zuletzt wegen der Situation, dass wir sehr viel Wärme produzieren mit unserer KVA, dies für die Wärmeversorgung der Stadt nutzen und damit auch CO₂ sparen, das sonst für alternative Energieprojekte bereitgestellt werden müsste.

Und deshalb ist die Sache jetzt eigentlich aufgegleist und wir sind in der Lage (das unterstützen wir natürlich auch), diese Interpellation mit positiver Kenntnisnahme abzuschreiben. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Reto. Wir machen hier einen Unterbruch und werden die Interpellationsantwort nach der Nachtessenspause noch fertigberaten.

Ich bitte alle IFK-Mitglieder und die anwesenden Parlamentarier/-innen aus St. Gallen, sich direkt hier vorne im Foyer vor der Garderobe zu besammeln und dann zügig ins Restaurant zu verschieben.

Allen eine gute Pause.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir haben uns jetzt gerade beraten, ob wir starten dürfen, wenn der Parlamentsschreiber noch nicht hier ist, aber er muss noch die Rechnung begleichen der St. Galler.

Wir haben entschieden, dass wir ohne den Parlamentsschreiber starten dürfen, da es ein Geschäft ist, bei dem es nachher keine Abstimmung gibt. Und deshalb fahren wir jetzt weiter bei der Beantwortung der Interpellation zur Verwendung CO₂-Abscheidung aus der KVA Winterthur weiterfahren. Wir haben vor der Pause schon die ersten Voten gehört und fahren jetzt weiter mit dem nächsten Redner, der sich angemeldet hat. Das ist Stefan Gubler (SVP).

St. Gubler (SVP): Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung. Im Moment ist das Thema CO₂-Abscheidung ein bisschen wie Kaffeesatz lesen. Es gibt erst zwei Anlagen weltweit, die eine CO₂-Abscheidung testen und es gibt noch keine konkreten Lösungen.

Was mir gefällt, ist, dass die Stadt schon mal schaut, wo man eine solche Anlage bauen kann, optimal neben der KVA.

Was aber völlig offen ist: Wie lagert man das CO₂ unter Druck? Wie wird es abtransportiert und wo wird das Endlager sein? Im sogenannten CO₂-Lager im Meer? Aber wie kommt es dorthin? 200'000 Tonnen CO₂ jährlich, mit Lastwagen wären das über 25 Lastwagen pro Tag. Die Alternative ist die Bahn, es bräuchte eine Bahnanbindung oder Pipeline, aber wo geht diese durch?

Und wir sehen schon in der Stadt bei der Fernwärme, wie schwierig das ist, Leitungen in den Boden zu legen und wie teuer das ist. Bei dieser Pipeline muss sie wohl bis Basel gehen und von da mit dem Schiff. Winterthurer sind aber nicht die einzigen.

Wie müssen die Lastwagen gebaut sein für den Transport?

Am besten wäre, man würde das CO₂ gleich in die Bierbrauereien liefern, aber die brauchen wohl nicht so viel und wie wir gehört haben, geht es den Brauereien in Winterthur auch nicht so gut.

Wir müssen abwarten, welche Entscheidungen der Bund trifft. Und können erst dann überlegen, wie wir sie umsetzen. Im Moment wäre es noch wie Fischen im trüben Wasser.

Wir nehmen die Antwort positiv zur Kenntnis.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Stefan. Somit haben sich die Voten aus dem Rat bereits erschöpft. Stadtrat Stefan Fritschi, möchtest Du noch etwas dazu sagen?

Stadtrat St. Fritschi: Nein, ist gut.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da es sich um eine Interpellationsantwort handelt, gilt sie als erledigt. Wir haben keine Abstimmung dazu.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.13: Antrag und Bericht zur Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (Die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft. Das langersehnte – oder auch nicht – aber auf jeden Fall immer wieder traktandierende Geschäft Münzkabinettt.

Als erstes ist zu sagen: Benedikt Zäch wird in den Ausstand treten. Er wird das jetzt begründen.

Anschliessend bitte ich dann die Referentin Gabi Stritt, das Geschäft vorzustellen.

Jetzt erhält zuerst das Wort Benedikt Zäch für seine Ausstandsabsicht-Erklärung.

B. Zäch (SP): Ich muss wohl nicht lange begründen. Wie die meisten in diesem Saal wissen, bin ich Leiter des Münzkabinetts und damit von diesem Geschäft direkt betroffen. Ich trete deshalb in Ausstand.

G. Stritt (SP): Es ist schon ziemlich lange her, dass die Motion 2022.13 eingereicht wurde, nämlich ziemlich genau 2 Jahre. Da es schon eine Weile her ist und diese Motion auch einen ziemlich bewegten Weg ging, blende ich ein bisschen zurück und gebe einen kleinen Überblick über den Prozess.

Die Grundlage dieser Weisung 2022.13 ist die Motion, die am 28.02.2022 von der GLP, der Mitte, der FDP und der SVP eingereicht und am 28.03.2022 vom Parlament an den Stadtrat überwiesen wurde. Dies mit folgendem Antrag: «Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament einen Beschluss-Entwurf vorzulegen, um das Münzkabinettt und die Antikensammlung in eine passende gemeinnützige Trägerschaft zu überführen.» Am 14. September 2022 hat der Stadtrat dazu einen ausführlichen Bericht vorgelegt. Dieser Bericht gibt Auskunft über die Geschichte und die Sammlungsbestände des Münzkabinetts und gibt auch einen Überblick über die bisherigen Organisationsüberprüfungen, denn die Existenzberechtigung des Münzkabinetts wurde nämlich schon mehrfach in Frage gestellt.

Ein kurzer Blick zurück in die Vergangenheit: Im Rahmen von «effort14+» und «Balance» sowie der neuen Finanzplanung hat das Amt für Kultur vom Stadtrat den Auftrag bekommen,

die Frage nach einer Ausgliederung des Münzkabinetts aus der Stadtverwaltung und seine Überführung in eine andere Trägerschaft – verbunden mit einem Sparziel von 208'000 Fr. – zu klären. Zur Abklärung des rechtlichen Handlungsspielraums für eine solche Lösung hat das Amt für Kultur André Raschèr mit einer Expertise zuhanden des Stadtrats beauftragt. Bei diesem Auftrag des Stadtrats ging es eigentlich um die gleichen Fragen, wie sie auch in dieser Motion gestellt werden.

Im Rahmen der neuen Finanzplanung 2022 – 2024 hat das Amt für Kultur dem Stadtrat ein Konzept für eine Minimalvariante Münzkabinett vorgelegt. Das Fazit des Stadtrats war aufgrund aller dieser Prüfungen, die aufgrund dieser Motion wiederholt und vertieft stattgefunden haben, dass die Stadt mit einer neuen Trägerschaft für das Münzkabinett nicht aus der Verantwortung entlassen wird und die Sammlung nicht ohne Prozessrisiko abgestossen werden kann. Es finden sich aufgrund des Umfangs und der Kosten des Unterhalts auch sonst keine Abnehmer für diese Sammlung.

Deshalb hat der Stadtrat die Strategie verfolgt, dass man das «Münzkabinett light» weiterverfolgt und hat auch den folgenden Antrag gestellt, der dann die Grundlage für den Start der Diskussion in der BSKK war.

Ich gehe auf den Prozess, der sonst nebensächlich noch gelaufen ist, nicht mehr näher ein. Aber ich gebe jetzt einen Überblick über den Prozess, über die Beratung in der BSKK, der doch auch relativ lange gedauert hat. Wir haben am 21. November 2022 einen ersten Überblick erhalten. Am 12. Dezember hat die BSKK das Münzkabinett und das Depot besucht und hat sich einen Überblick verschaffen können über die Grösse und die Aufgaben dieser Kulturinstitution. Am 20.03.2023 hatten wir die 3. Lesung und die Abstimmung mit dem Antrag an das Parlament, die Motion als erheblich zu erklären. Die Erheblicherklärung hat aber beinhaltet, dass man sich wieder auf die Trägerschaft bezieht. Die BSKK war sich aber eigentlich einig, dass die Stossrichtung mit dem «Münzkabinett light» richtig ist, wollte aber den Stadtrat mehr in die Pflicht nehmen. Im Anschluss an die BSKK-Sitzung vom 20.03. wurde, gestützt auf Art. 84, ein Rückkommensantrag gestellt, damit der Antragstext angepasst werden kann. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der Kommission gestützt und das Geschäft wurde dann abgesetzt von der Parlamentssitzung vom 03.04.2023, wo es geplant gewesen wäre, und ging erneut in die BSKK zur Beratung. In zwei weiteren Lesungen hat dann die BSKK über die Abänderung der ursprünglichen Anträge diskutiert. Die Anträge, welche die BSKK dann gefasst hat und die jetzt auch zur Diskussion stehen, sind die folgenden:

Ziffer 1: unverändert.

Ziffer 2: Die Motion wird erheblich erklärt. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament den Neuerlass oder die Änderungen von bestehenden rechtlichen Bestimmungen vorzulegen, um das Münzkabinett und die Antikensammlung in eine light-Form im Sinn des Berichts zu überführen.

Neue Ziffer 3: In Abweichung von Art. 84 Abs. 5 der Organisationsverordnung Stadtparlament hat der Stadtrat der Motion in der geänderten Fassung gemäss Ziff. 2 innert zweier Jahre zu entsprechen.

Diese Anträge sind in der Kommission einstimmig unterstützt worden. Und das sind jetzt auch die Anträge, über die wir heute abstimmen werden.

Besten Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Gabi. Gibt es weitere Anträge? Schliesst sich der Stadtrat diesen an?

Stadtpräsident M. Künzle: Ja.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Somit starten wir jetzt mit der Diskussion. Zuerst bitte ich die Mitglieder der BSKK, sich einzuloggen, dann geht es weiter in das Plenum. Wir beginnen mit Daniela Roth-Nater (EVP).

D. Roth-Nater (EVP): Ja, unser Münzkabinett. Es hat immer wieder Gesprächsstoff verursacht, wie es Gabi ja auch präsentiert hat. Danke vielmals, Gabi, für die Präsentation dieser Vorlage.

Auch in den vergangenen inzwischen gut 12 Monaten (es ruht jetzt schon eine Weile, ich habe dieses Statement schon vor einer Weile vorbereitet gehabt) haben wir viel diskutiert und allerhand Szenarien durchgespielt, so wie wohl auch viele dieser Münzen solche Geschichten erzählen könnten. Genauso geht es mit ihrem Ausstellungsort und der dafür zuständigen Kommission.

Ich schätze die Institution Münzkabinett als wichtiges Kulturerbe und auch sein Daheim kommt attraktiv daher. Klein und fein. Unterdessen ist auch ein bisschen Schwung und ein aktuellerer Lebensstil Routine geworden, mit der Digitalisierung der Sammlung.

Wir von der EVP sind überzeugt, dass der Lebensstil «Münzkabinett light» dieser Ausstellung und dem Geschichten erzählen im Besonderen für alle Wissbegierigen - von denen es viele gibt -, und v.a. auch Schulkinder gut ansteht. In dem Sinne freue ich mich, dass alle die doch zum Teil intensiven Verhandlungen und der gegenseitige Austausch zu einem Konsens geführt haben, den wir als EVP voll unterstützen.

Danke nochmals all den involvierten Gesprächspartner/-innen für die Konsens-Suche.

Ch. Maier (FDP): Die Motion Münzkabinett hat eine bewegte Geschichte, das passt ja irgendwie auch noch zu dieser Institution. Aber diese Geschichte endet voraussichtlich heute. Die Kommission hat mit der Rücknahme der Motion und der Anpassung des Motionstextes gleich zwei seltene Mittel genutzt, um dem Parlament die heutige Abstimmung zu ermöglichen. Herzlichen Dank dem Parlamentsschreiber Marc Bernhard, dem Kommissionspräsidenten Martin Zehnder und Felix Helg, dem Ingenieur hinter diesen seltenen Prozessen, für ihren Einsatz, damit das möglich ist heute Abend.

Wieso machen wir das Ganze?

1. Wir werden nie eine neue Trägerschaft für das Münzkabinett finden, was das ursprüngliche Ziel der Motion war. Das hat der Stadtrat klar und nachvollziehbar dargelegt.

2. Der Stadtrat skizziert in seiner Motionsantwort aus eigener Initiative ein «Münzkabinett light». Das war nicht Teil des Auftrags – aber eine gute Idee. Und diese Idee hat eine Mehrheit der Kommission und auch unsere Fraktion eine gute Idee gefunden.

Zugegeben fände unsere Fraktion eine Version «Münzkabinett ultralight» besser als «light», aber uns ist vor allem die Stossrichtung wichtig. Der Vorschlag des Stadtrats wird durch die Anpassung des Motionstextes jetzt rechtlich bindend und das finden wir eine gute Sache.

Deshalb herzlichen Dank für die Unterstützung und wir freuen uns auf die Umsetzung vom «Münzkabinett light».

M. Zehnder (GLP): Ich muss vielleicht zuerst etwas vorweg schicken: Wir haben in der GLP-Fraktion normalerweise die Arbeitsaufteilung so, dass Nicole Holderegger jeweils die Voten im Rat hält und ich mich um die Planung der Sitzungen der BSKK kümmere. Heute kann leider Nicole Holderegger nicht hier sein und deshalb werde ich ihre Voten halten. Weil aber Nicole besser schreiben kann als ich lesen kann, habe ich diese Voten für mich ein bisschen gekürzt.

Ich danke zuerst Gabi Stritt für die Vorstellung des Geschäfts. Wir Grünliberalen haben schon in vergangenen Budgetdebatten angeregt, dass die Ausgaben des Münzkabinetts zu kürzen sind. Zwar handelt es sich beim Münzkabinett um eine Kulturperle, andererseits ist das Kabinett aber auch ein bisschen eine Quelle von fortlaufenden Ärgernissen. Wird doch viel Geld ausgegeben für ein Museum, das auch mit viel Anstrengung längerfristig kaum substanziell mehr Publikum generiert oder die angepriesenen Leistungen für den Kanton kostendeckend verkauft, so dass damit allenfalls mehr Einnahmen hätten gemacht werden können.

Um den finanziellen Aufwand zu reduzieren, wurde die Motion eingereicht mit der Forderung, dass man die Antikensammlung in eine passende gemeinnützige Trägerschaft überführt. Der Stadtrat empfiehlt in seiner Weisung, das nicht so zu machen, man könne sie nicht aus der Stadtverwaltung ausgliedern, sondern er schlägt vor, dass man es in das «Münzkabinett light» überführt, das die Kosten dauerhaft auf unter 600'000 Fr. pro Jahr senken soll.

Die Kommission hatte insgesamt 5 Lesungen mit diesem Geschäft, unter anderem konnten wir auch eine interessante Führung geniessen – vielen Dank, Benedikt Zäch. Für den anstehenden Entscheid ist aber wichtig zu wissen, dass erstens aus juristischer Sicht das Gutachten des Berichts Raschèr sagt, dass sich juristisch nichts geändert hat, und zweitens der Stadtrat glaubhaft machen konnte, dass es trotz Anstrengungen auf beiden Seiten keine geeignete Trägerschaft für das Münzkabinett gibt. Man konnte niemanden finden, der die Trägerschaft übernehmen würde.

Der jetzt auf dem Tisch liegende Kompromiss oder Kommissionsvorschlag trägt dem Umstand Rechnung, dass der Stadtrat das so sieht. Wir nehmen dabei den Stadtrat beim Wort, dass er einen Weg findet, das «Münzkabinett light» innert der gesetzten Frist von 2 Jahren umzusetzen und damit die angestrebte Kostenreduktion endlich realisiert.

Aus Sicht der GLP-Fraktion ist der Vorschlag ausgewogen und wir unterstützen die drei Anträge, die da formuliert sind, den bisherigen und die zwei neuen. Vielen Dank.

P. A. Werner (SVP): Liebe Gabi, danke für die Präsentation des Münzkabinetts. Ich schliesse mich den Voten von Christian Maier und der GLP an. Inhaltlich ist die SVP-Fraktion gleicher Meinung. Wir nehmen den Bericht des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis. Und wir sind der Meinung, dass das Führen und Unterhalten einer solchen Institution nicht Sache der Stadt Winterthur ist.

Wir sind gespannt auf den weiteren Verlauf der Führung in light-Form im Sinne des Berichts. Danke für die Kenntnisnahme.

M. Lischer (Grüne/AL): Ich bin erst vor kurzem in die BSKK gestossen und konnte die ganze Vorgeschichte nicht im Einzelnen mitverfolgen. Der Bericht des Stadtrats ist für uns aber sehr überzeugend.

Mit der Ausarbeitung eines «Münzkabinett light» präsentiert uns der Stadtrat seinen eigenen Gegenvorschlag, der die bedeutende Sammlung als Ganzes bewahrt und gleichzeitig die parlamentarischen Vorgaben erfüllt. Mit diesem neuen Konzept werde die finanzielle Situation gegenüber heute deutlich verbessert und gleichzeitig könne das Kabinett seine Rolle als Kompetenzzentrum für Münz- und Geldgeschichte und als Hub für die Lehr- und Forschungsunterstützung wahren, schreibt der Stadtrat in seinem Bericht.

Wir Grünen begrüssen die neue Ausrichtung.

Dass die kantonalen Aufträge seit kurzem nach dem Vollkostenprinzip entschädigt werden und damit der Eigenfinanzierungsgrad verbessert wird, ist in neuen Konzept verankert. Sicher ist es sinnvoll auszuloten, wo überall Sparpotenzial ist. Der Stadtrat präsentiert mit seiner Strategie «Münzkabinett light» plausibel, wie er die finanzielle Zielsetzung, den Nettoaufwand bei 650'000 Fr. zu begrenzen, erreichen möchte.

Aber genauso wichtig wie die finanziellen sind die kulturpolitischen Aspekte, dass die Geschichte der Sammlungen unmittelbar mit der Geschichte der Stadt Winterthur als Industrie- und Handelsstandort mit einer mäzenatischen Tradition zusammenhängt, ist vielleicht nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Die Bedeutung der historischen Münzsammlung widerspiegelt sich nach aussen aber sicher auch in der überdurchschnittlichen Nachfrage nach museumspädagogischen Veranstaltungen.

Die neue Ausrichtung finden auch wir Grünen zukunftsgerichtet. Sie ermöglicht dem Museum, seine Stellung als international anerkanntes Kompetenzzentrum zu behalten. Uns Grünen ist es wichtig, dass die Stadt ihren Auftrag als Bewahrerin des Kulturerbes wahrnimmt. Wir sind für die Umsetzung des «Münzkabinett light» und stimmen beiden Anträgen des Stadtrats zu.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Ich mache es relativ kurz. Mehrheitlich werde ich mich dem Votum der FDP anschliessen. Das Münzkabinett ist eine etwas dramatische Geschichte. Seit Jahren war es immer wieder ein Thema, auch da bei uns im Parlament und nicht nur in der Kommission. Die rechtlichen Herausforderungen wurden dargelegt seitens Stadtrat, dass diese Münzsammlung nicht einfach an eine andere Trägerschaft übergeben werden kann. Das hat eingeleuchtet.

Seitens der Kommission war es uns einfach noch wichtig, dass wir da noch einen zeitlichen Faktor einbauen wollen und noch ein bisschen mehr die Verantwortung in den Vordergrund stellen wollen. Und deshalb stimmen wir allen Anträgen der BSKK zu. Vielen Dank.

Stadtpräsident M. Künzle: Auch wenn es nun nicht genau so schriftlich formuliert ist, wie wir es eingegeben haben, aber weil es im Kern um das «Münzkabinett light» geht, das unsere Idee war und ich sehr dankbar bin dafür, dass man diese Idee aufgenommen hat, sind wir auch mit den neuen Fassungen einverstanden, denn es geht letztendlich um das «Münzkabinett light».

Es wurde gesagt, das hat mich sehr gefreut, Martin, Du hast es als «Kulturperle» bezeichnet. Ich habe mir notiert, dass ich sage, es ist ein «Juwel». Und es geht bei weitem nicht nur um Münzen, sondern es geht um Geschichte, es geht um Geschichtsvermittlung.

Benedikt Zäch hat in seinen über 30 Jahren aus dieser Institution ein Kompetenzzentrum gemacht, das wurde auch schon erwähnt, und wird jetzt dann, in diesen Tagen, den Stab der Führung des Münzkabinetts übergeben an Gunnar Dumke, einen Altertumshistoriker und Archäologen, der mit dieser Materie vertraut ist. An dieser Stelle herzlichen Dank an Benedikt Zäch für die lange, lange Zeit, in der Du dieses Münzkabinett geführt hast, und für das, was Du aus diesem Münzkabinett gemacht hast.

Einher geht, das wurde auch gesagt, dass wir das Globalbudget sehr genau im Auge haben. Wir haben diverse Punkte aufgeschrieben, mit denen wir die 650'000 Fr. unterschreiten wollen, und wir haben das auch mit Gunnar Dumke bereits besprochen, und das wird sicher eine seiner grossen Aufgaben sein, dass wir auch mit den Finanzen dort ein bisschen hinunterkommen. Aber das heisst nicht, dass wir einfach nichts mehr machen, sondern wir reduzieren den Ausstellungsbetrieb ein bisschen, wir machen mehr Geschichtsvermittlung, mehr Digitalisierung, wir bieten mehr schwerpunktmässig Dienstleistungen an. Aber wie gesagt, die Ausstellung ist weniger geöffnet.

Zusammengefasst: Ich danke allen Rednern, allen voran Gabi für das Vorstellen der Vorlage. Wir haben gerne ein bisschen länger gewartet, bis das Dokument jetzt da war, dafür steht Ihr hinter diesem «Münzkabinett light» und dieses Juwel kann weiter eines sein in dieser ganzen Kulturlandschaft unserer Stadt. Herzlichen Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke Mike. Wir kommen zur Detailabstimmung. Da muss nochmals gesagt sein: Es sind nicht alle auf Grün geschaltet. Prüft bitte nochmals, ob Eure Karten gut stecken, damit Ihr abstimmen könnt.

Wir werden die Abstimmung gemäss Kommissionsbeschlussblatt machen. Zuerst geht es um die Kenntnisnahme des Berichts, ob man zustimmende Kenntnisnahme oder ablehnende Kenntnisnahme machen möchte. In einer zweiten Abstimmung geht es dann um die Erheblichkeitserklärung mit der Änderung der Kommission und allenfalls, falls das angenommen werden würde, ist dann die Fristerstreckung noch die dritte Abstimmung.

Abstimmung zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme des Berichts.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 51 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen, es ist eine einstimmige zustimmende Kenntnisnahme.

Abstimmung über die Erheblichkeitserklärung mit den Änderungen der Kommission. A ist Zustimmung, B ist Ablehnung respektive Abschreibung.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 52 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen. Es hat eine Vermehrung gegeben um eine Stimme, aber immer noch zu Null. Die Motion mit den Änderungen der Kommission ist einstimmig erheblich erklärt.

Abstimmung Fristerstreckung Umsetzung, Fassung BSKK.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 52 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen, die Fristerstreckung Umsetzung gemäss Fassung BSKK ist einstimmig genehmigt.

Damit ist dieses umfangreiche Geschäft erledigt und ich bitte Benedikt Zäch, zurück in unsere Reihen zu kommen für das nächste Traktandum.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.7: Begründung der Motion G. Stritt (SP), M. Lischer (Grüne/AL) und N. Holderegger (GLP) betr. Einführung einer Ernährungsberatung im schulärztlichen Dienst

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Begründung der Motion betreffend Einführung einer Ernährungsberatung im schulärztlichen Dienst. Die Referentin ist ebenfalls Gabi Stritt.

G. Stritt (SP): Eine gesunde Ernährung verbunden mit genügend Bewegung verringert das Risiko, übergewichtig oder adipös zu werden. Und Übergewicht ist ein grosser Risikofaktor für Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bestimmte Krebsarten im Erwachsenenalter. Zudem wirkt sich Übergewicht auch auf die psychische Gesundheit und die Lebensqualität der Betroffenen aus. Und nicht zuletzt belasten die Folgen von Übergewicht auch die Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Winterthur gehört neben Basel-Stadt zu denjenigen Städten mit dem höchsten Anteil an übergewichtigen und adipösen Kindern und Jugendlichen. Das ist ein klarer Hinweis, dass ein verstärktes Engagement angezeigt ist und sich lohnen würde. Das auch deshalb, weil die frühe Kindheit oder die Kindheit eine entscheidende Phase ist, um sich ein ausgewogenes Essverhalten anzueignen.

Die Gesundheitsförderung Schweiz, die ein regelmässiges Gewichtsmonitoring in den Schulen der grösseren Städte durchführt und entsprechende Statistiken veröffentlicht, stellt fest, dass sozio-ökonomische Ungleichheiten das Übergewichtsrisiko erhöhen, aber auch mit zunehmendem Alter der Anteil der übergewichtigen Kinder und Jugendlichen zunimmt. Sind in Winterthur auf der Unterstufe ca. 12% der Kinder von Übergewicht betroffen, sind es auf der Mittelstufe bereits fast 22% und auf der Oberstufe über 24%. Winterthur führt auf der Mittelstufe das negative Ranking mit dem höchsten Anteil im Vergleich zu den anderen Städten sogar an.

Gemäss Auskunft des schulärztlichen Dienstes werden die Kinder aus Familien mit einem tiefen sozio-ökonomischen Hintergrund oftmals nicht von einem Kinderarzt oder einer Kinderärztin betreut und die Betroffenen mit Übergewicht fallen erst bei den schulärztlichen Untersuchungen auf. Eine Unterstützung der betroffenen Kinder und Jugendlichen mit einem niederschweligen Angebot durch eine Ernährungsfachperson wäre eine Möglichkeit, dass allen – unabhängig vom Elternhaus – ein gesundes Essverhalten nähergebracht werden kann. Zudem könnte dieses Thema mit altersangepassten Projekten in Schulklassen bearbeitet werden. Gerade bei Jugendlichen ist es wichtig, dass man Kommunikationskanäle wählt, die für sie angezeigt sind. Und auch da kann man gerade in Gruppen viel erreichen, weil der Einfluss der Gleichaltrigen da auch sehr bedeutend ist.

Die Stelle einer Ernährungsfachperson ist ergänzend zu verstehen zu den bestehenden Angeboten wie z.B. Kochen, wo man sicher auch gesunde Ernährung vermittelt bekommt. Und natürlich würden die Massnahmen, insbesondere Einzelbehandlungen, auch über die Krankenkassen abgerechnet.

Im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch mit dem Blick auf die gesundheitlichen Risiken und Folgekosten, die durch Übergewicht entstehen, hoffen wir auf die Unterstützung bei der Überweisung dieser Motion. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Gabi. Es ist ein Ablehnungsantrag gemeldet worden, der zur Begründung vorgezogen wird. Ich gebe das Wort Christian Maier (FDP).

Ch. Maier (FDP): Der Anteil der Übergewichtigen steigt, nicht nur in den USA und in Mexiko, nein, auch bei uns. Übergewicht ist schlecht für die Gesundheit, aber auch für die Ökologie – heisst es doch, dass man mehr isst und trinkt und damit mehr produziert als nötig. Vor diesem Hintergrund spricht die Motion ein wichtiges Thema an, trotzdem sind wir aber gegen die Motion und stellen damit den Ablehnungsantrag.

Übergewicht führt zu Kosten für die Allgemeinheit, die wir vor allem über unsere hohen, viel zu hohen Krankenkassenprämien tragen. Somit sollte die Bekämpfung des Übergewichts auch aus dieser Kasse finanziert werden. Ganz allgemein ist aber mehr Eigenverantwortung auch im Gesundheitswesen sinnvoll und unumgänglich.

Ernährungsberatungen werden von Privaten in genügender Menge und in guter Qualität angeboten. Die Stadt muss sich in diesem Bereich deshalb nicht zusätzlich engagieren, sondern höchstens die Zielgruppen über bestehende Kanäle (z.B. den schulärztlichen Dienst) besser informieren und sie aufklären, wie sie eine Beratung und deren Finanzierung über die Krankenkasse organisieren können.

Nehmen wir die Motion an, dann ist der direkte Effekt nur einer: Nämlich dass die Stadt eine zusätzliche Stelle schafft und damit einmal mehr Geld ausgegeben wird, das wir gar nicht haben.

M. Lischer (Grüne/AL): Die Förderung der Gesundheit gehört zu den Grundrechten von Kindern. Das Fundament für eine möglichst gute Gesundheit wird in der Kindheit gelegt. In der Schweiz sind rund 10% der Kinder und Jugendlichen von Übergewicht betroffen, bei den Erwachsenen sind es sogar über 40%. Die städtische Bevölkerung ist stärker betroffen als ländliche Gebiete. Konkret sind in der Stadt Winterthur fast ein Viertel der Schülerinnen und Schüler der Oberstufe von Übergewicht und Adipositas betroffen.

Diese Zahlen sind Grund zur Sorge, denn Übergewicht kann die Lebensqualität erheblich einschränken und die Entstehung von unterschiedlichen Krankheiten fördern und zudem psychische Folgen haben und zu psychiatrischen Begleiterkrankungen führen. Die körperlichen und seelischen Folgen schränken die Betroffenen ein. Adipositas und Übergewicht haben zudem häufig auch gesellschaftliche Folgen: So kann Übergewicht zu einer gesellschaftlichen Ausgrenzung der Betroffenen führen.

Übergewicht hat also in verschiedenste Richtungen einen negativen Einfluss. Dass damit auch die Gesundheits- und Sozialkosten steigen, müssen wir ernstnehmen. Die Frage ist deshalb, wo ansetzen. Die Weichen für Übergewicht und Adipositas werden in jungen Jahren gestellt. Auf der Grund- und Mittelstufe hat sich der Anteil von Übergewichtigen in den vergangenen Jahren erfreulicherweise stabilisiert oder sogar leicht reduziert. Auf der Oberstufe jedoch nicht.

Ungünstiges Essverhalten und Bewegungsmangel führen häufig zu Übergewicht. Es hat sich allerdings gezeigt, dass auch die Staatszugehörigkeit und die Sozialherkunft auf die Übergewichtsprävalenz hat. Es braucht deshalb ein verstärktes Engagement für die Jugendliche, insbesondere für die bildungsfernen und sozial benachteiligten Gruppen. Um diese Gruppen zu erreichen, ist es wichtig, niederschwellige Angebote zur Verfügung zu stellen.

Vor diesem Hintergrund möchte die Motion, dass in der Stadt Winterthur im schulärztlichen Dienst eine Ernährungsberatung eingerichtet wird. Verschiedene Städte, darunter auch Zürich, haben das schon. Stimmen auch Sie für die Überweisung dieser Motion!

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Maria. Für die Miteinreichende Nicole Holderegger spricht erneut Martin Zehnder.

M. Zehnder (GLP): Nicole Holderegger hat schon in ihrer Tätigkeit als Schulpflegerin gemerkt, dass in der Winterthurer Primarschule zahlreiche Kinder und Jugendliche bereits übergewichtig sind. Der Handlungsbedarf ist also erstellt.

Man kann bzw. muss sich aber gerade im Hinblick auf die entstehenden Kosten fragen, ob Ernährungsberatung eine Angelegenheit des schulärztlichen Dienstes sein soll. Dabei gibt es zu bedenken, dass der Schularzt bei festgestelltem Über- oder auch Untergewicht eines Kindes oder eines Jugendlichen ohne Einwilligung der Eltern bzw. gesetzlichen Vertreter keine Handhabe hat. Es sei denn, der Fall sei derartig gravierend, dass das Kind an Leib und Leben mithin in seinem Kindwohl gefährdet ist und der Schularzt eine Gefährdungsmeldung an die KESB zu erstatten hat. Ferner kommt dazu, dass die Eltern, wenn sie auf das Über- oder Untergewicht ihres Kindes oder Jugendlichen angesprochen werden, oft mit Scham reagieren. Und aus diesem Schamerleben heraus sind sie häufig nicht kooperativ. Im Speziellen betroffen sind – und das sagt Nicole ohne Wertung – Kinder und Jugendlichen aus sogenannten bildungsfernen Schichten.

Im Gegensatz zu Erwachsenen sind Jugendliche hingegen in Bezug auf erzieherische Massnahmen wie Ernährungsberatung gut beeinflussbar, positiv beeinflussbar. Sie sind auch besonders vulnerabel und haben Schutz verdient. Aus diesem Grund zielt die Motion darauf ab, ein niederschwelliges Angebot, insbesondere auch im Rahmen von Projekt- und Präventionsarbeit in den Schulklassen, zur Verfügung zu stellen, und so alle Kinder - nicht nur diejenigen, die bereits über- oder untergewichtig sind - zu erreichen.

Ferner kommt dazu, dass mit einer guten Ernährung gesamtgesellschaftliche Folgekosten, namentlich im Gesundheitsbereich, aber auch im Sozialbereich, verhindert werden können.

Auch bei der Ernährung gilt, was wir als Erwachsene – einige von Euch wissen es aus eigenem Erleben – häufig nicht wahrhaben wollen: Vorsorge ist besser als Nachsorge.

Aus all diesen Gründen stimmt die GLP dieser Motion zu.

F. Kramer-Schwob (EVP): Wenn ich zuhause zum Fenster hinausschaue, kann ich den Kindern zusehen, die auf ihren Velos durch das Quartier kurven. Ich sehe auch diese Kinder, die eine Chips-Packung auf dem Gepäckträger mitführen. Ich frage mich immer, ob sie nicht zerbröseln... Leider haben genau diese Kinder Chips dabei, die – das ist ja dann schwer zu verstecken – bereits einen zu hohen BMI haben. Das Problem sehen wir also als EVP, vor der eigenen Haustüre. Und wir finden auch, dass es eine ungute Entwicklung ist, bei der man Gegensteuer geben sollte.

Wir unterstützen die Motion trotzdem nicht. Der Hauptgrund ist, dass die Stadt nicht Leistungen bezahlen muss, bei denen es einen anderen Leistungs- oder Kostenträger dafür gibt: Die Krankenkassen. Die betroffenen Kinder müssen eigentlich fast jährlich zum Kinderarzt und dort auf die Waage stehen. Wenn sie das nicht machen, dann müsste sie der Lehrer wahrscheinlich schicken. Aber dass das ein so grosses Problem ist, dass die Kinder nicht zum Kinderarzt gehen, das höre ich hier das erste Mal. Dann könnte sich das der Kinderarzt ja auch aufschreiben und sie anrufen. Auf jeden Fall wird jeder gute Kinderarzt das Thema ansprechen, wenn die Waage zu hoch ausschlägt. Und dann kann er per Verordnung Ernährungsberatung anordnen und organisieren. Und das wird grundsätzlich von der Krankenkasse bezahlt. Die Stadt muss da nicht ein Parallelangebot aufbauen.

Und ja, es ist gut, wenn man Kindern Wissen über gesunde Ernährung vermittelt. Meine ältere Tochter hat in ihren bisher 4,5 Jahren Schulzeit das Thema Ernährung schon 2 x durchgekaut. Das ist sinnvoll. Die Lehrpersonen scheinen das Thema auf dem Radar zu haben und haben offensichtlich auch Unterrichtsmaterial dazu. Meine Tochter kann die Ernährungspyramide. Wenn es zuhause aber nur Gemüse gibt, löst das trotzdem keine solche Begeisterung aus, wie wenn es Wienerli gibt. Und dass die Kinder besonders empfänglich sind für Ernährungsberatung sind und dann zuhause freiwillig auf die Chips-Packung verzichten würden, das ist jetzt einfach eine schöne Behauptung der GLP.

Das führt mich zum 3. Punkt: Die Eltern. Ja, die Kinder sollten unbedingt selbst Kenntnis haben über die Ernährung. Das ist wichtig für ihre Zukunft. Im Moment ist es aber doch so, dass die Eltern zuhause kochen und auch entscheiden, was im Küchenkästchen zur Verfügung steht. Und bei den Eltern, vermute ich, ist es nicht unbedingt das fehlende Wissen, welches das Problem ist – vielleicht schon auch, dann müsste man es ihnen vermitteln -, aber es ist auch einfach saumässig anstrengend, immer «Nein» zu sagen.

Und was ich so aus meinem Fenster beobachten kann, sagen viele Eltern so wenig wie möglich «Nein». Zu allem Möglichen. Da wäre also eher Erziehungsberatung erforderlich als Ernährungsberatung.

Zudem sagen Fachpersonen, dass häufig gar nicht das fehlende Wissen die Ursache für Übergewicht ist, sondern emotionale Probleme.

Zusammengefasst tönt der Vorstoss gut, wir sind für Prävention und würden eigentlich vom Herz her einen solchen Vorstoss gerne unterstützen. Aber wir werden Nein stimmen, weil er uns im Inhalt einfach nicht überzeugt.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Wie im Vorstoss erwähnt ist, habe ich in der Fragestunde vom 3. April 2023 die Frage gestellt, was die Stadt unternehme, damit die Kinder und Jugendlichen sich wieder mehr bewegen, weil sie schwerer und unbeweglicher werden. Das Problem ist bei einem ganz bestimmten Teil von der Schülerschaft aus dem bildungsfernen Milieu, wir haben es jetzt schon einige Male gehört, nämlich stark zunehmend.

In der Antwort ist auch erwähnt worden, dass eine Ernährungsberatung in der Schule sinnvoll sein könnte. Es ist offen geblieben, wie das ausgestaltet werden könne.

Die Motion von Gabi Stritt nimmt dieses Thema auf und fordert vom Stadtrat ein Konzept, das sich diesem Thema annimmt.

Ich finde es wichtig, dass die Stadt ein Konzept erarbeitet und aufzeigt, wie man ein niederschwelliges Angebot einer Ernährungsberatung mit Präventionscharakter im schulärztlichen Dienst einrichten kann.

Allerdings muss ein solches Konzept unbedingt mit der Schule und speziell mit dem WAH-Unterricht (Koch-Unterricht) koordiniert werden. Im Lehrplan 21 ist im WAH-Unterricht Ernährung und Gesundheit einer von fünf Kompetenzbereichen und umfasst in sich wiederum mehrere Kompetenzen, welche eben dieses Thema ausführlich behandeln und vertiefen. Und der WAH-Unterricht findet übrigens drei Lektionen pro Woche während mindestens einem Jahr statt. Zusätzliche Projekt- und Präventionsarbeit mit ganzen Schulklassen bringt nichts, weil das eben hier ausführlich gemacht wird.

Das wäre ja, wie wenn eine Stelle in der Berufsberatung geschaffen würde, welche die Aufgabe hätte, einmal eine Lektion in allen Sek-Klassen von Winterthur den Aufbau eines Bewerbungsschreiben zu erklären, obwohl wir ein Fach «Berufliche Orientierung» haben, in dem eben genau das in weit grösserem Umfang und vor allem spezifisch gemacht wird.

Es sollen also keine Doppelspurigkeiten entstehen, die teuer und wenig wirksam sind. Das Thema kann nicht so abgehandelt werden wie beim Schulpolizisten, der einmal pro Jahr pro Schulklasse eine Unterrichtssequenz zum Verkehrsverhalten hält. Dies habe ich Gabi Stritt damals im November schon zurückgemeldet und habe gehofft, dass Du dies inhaltlich aufnimmst.

Aus meiner Sicht müsste ein Konzept so aussehen, dass ein Angebot für besonders betroffene Personen – und nochmals - aus dem bildungsfernen Milieu geschaffen würde.

Es ist heute nämlich so, dass alle Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse vom schulärztlichen Dienst untersucht werden. Dabei wird neben dem Sehvermögen und weiteren Tests auch der Body-Mass-Index festgestellt. Im Anschluss an diese Untersuchung besprechen die Schulärzt/-innen die Feststellungen mit den Klassenlehrpersonen. Das ist heute rein informativ, weil keine Handlungsoptionen bestehen. Hier könnte man besprechen, wo es Sinn machen kann, eine zusätzliche Ernährungsberatung mit den Eltern aufzugleisen. Es gibt nämlich solche Eltern, die tatsächlich unwissend sind oder die gar nicht zuhause sind und die Kinder sich selbst überlassen. Und dort meine ich, wäre es spezifisch und nachhaltig.

Fazit: Wir unterstützen das Anliegen der Motion, dass nämlich ein Konzept hierfür erstellt wird. Allerdings müssten im Konzept die erwähnten Punkte enthalten sein, damit die Mitte/EDU-Fraktion bereit ist, das Anliegen auch innerhalb des schulärztlichen Dienstes finanzieren zu wollen. Weil das so in der vorliegenden Begründung aber fehlt, können wir den Vorstoss zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen und enthalten uns der Stimme.

Stadträtin M. Blum: Die Motionärinnen und Motionäre sprechen ein wichtiges Thema an: Gesunde Ernährung ist ein zentrales Thema und gleichzeitig eine sehr komplexe gesellschaftliche Herausforderung. Wir haben es gehört, es hängt auch zusammen mit Bewegung. Bezüglich Bewegung möchte ich nur darauf hinweisen, da haben wir freiwillige Schulsportkurse. Wir haben also ein Angebot.

Ich möchte auch nicht die Diskussion vorwegnehmen, aber einfach ein paar Fakten, weil das erwähnt wurde.

Die Studie im Jahr 2021, dort hat die Stadt Winterthur zum ersten Mal mitgemacht. Das ist die Studie, die gezeigt hat, dass wir im Vergleich zu anderen Städten eher übergewichtig sind im Schnitt. Der schulärztliche Dienst wollte aus der Studie 2021 keine voreiligen und nicht fundierten Schlüsse ziehen und wird deswegen nochmals teilnehmen. Und man ist im Austausch mit dem Bund, damit man präzise vergleichbare Messungen bekommt. Das einfach noch, um das klarzustellen: Es war eine einmalige Erhebung.

Gleichzeitig wird im Rahmen der 1. Primarklasse bei der sportmotorischen Untersuchung immer auch das Gewicht ermittelt. Und da ist in den letzten Jahren keine Erhöhung des durchschnittlichen Gewichts feststellbar. Das einfach, damit man die Fakten kennt.

Gleichzeitig wurde auch angesprochen von Gabi Stritt und noch ausführlicher von Kaspar Vogel, dass es bestehende Angebote gibt. Die Schule Winterthur macht schon einiges in den Schulen: Ernährung ist im Lehrplan 21 verankert, auf allen Stufen. Einige Schulen haben noch weitergehende Massnahmen, Projekte und Initiativen lanciert, sie sind in einem Netzwerk für nachhaltige Gesundheitsförderung in den Schulen, wo Ernährung ein wesentlicher Teil ist, sie haben Angebote wie Pausenkiosk. Und auch noch ganz wichtig: In der schulergänzenden Betreuung gibt es auch entsprechende Ernährungsrichtlinien. Und weitere Angebote Richtung Prävention gibt es auch bei der Schnittstelle von Ernährung und Zahngesundheit, wo im Rahmen der Zahnpflegerichtlinien der Stadt von Zahnprophylaxe-Personal und Lehrpersonal die Präventionsarbeit wahrgenommen wird.

Um trotzdem noch punktuelle Verbesserungen auch im Bereich Ernährungsberatung herbeiführen zu können, hat der Stadtrat im Budget 2024 auch entsprechend Sachmittel eingestellt. Und es ist geplant, ein Konzept dazu zu erarbeiten.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Martina. Somit werden wir jetzt über die Überweisung abstimmen. Wer die Motion überweisen möchte, wird A drücken. Wer ablehnen resp. abschreiben möchte, wird B drücken.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja zu 22 Nein bei 4 Enthaltungen, die Motion 2024.7 wird überwiesen.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.6: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Würzer (EVP), K. Frei Glowatz (Grüne) und G. Stritt (SP) betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Begründung des Postulats betreffend Naturnetz Winterthur und Umgebung. Vorgestellt wird das von der Ersteinreichenden Annetta Steiner.

A. Steiner (GLP): Biodiversität kennt keine Grenzen, darum ist die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden für uns äusserst wichtig. Insbesondere da ja gerade auf der Gemeindegrenze oft sehr wertvolle Natur-Gebiete liegen, welche sinnvollerweise mit den Nachbargemeinden gut vernetzt und koordiniert werden sollten.

Der Kanton fördert bereits verschiedene Naturnetze im Kanton und auch Natur- und Vogelschutzvereine sind bereits über die Gemeindegrenzen hinaus vernetzt. Es kann darum für Winterthur eine grosse Chance sein, sich innerhalb der Region zusammenzuschliessen, um sich dieser wichtigen Vernetzung anzunehmen, sie voranzutreiben und Projekte zu koordinieren und damit Synergien zu nutzen.

Im Postulatstext sind zwei ganz unterschiedliche Beispiele aufgeführt, wie sich Gemeinden links und rechts des Zürichseeufers für gemeinsame Naturvernetzung zusammengeschlossen haben. Die Organisation ist sehr unterschiedlich und als Ideengeber gedacht. Das Postulat ist darum absichtlich sehr offen formuliert, damit man für unsere Region die beste Organisationsform anstreben kann.

Auch das Parlament von Illnau-Effretikon hat das Postulat bereits überwiesen. Sinnvollerweise schliessen sich die Gemeinden der RWU zu einem solchen Netzwerk zusammen, da sie bereits mit vielen anderen Projekten gut zusammenarbeiten, weil es eine sinnvolle Grösse ist und die geografische Lage so auch sinnvoll ist.

Das Naturnetz Winterthur ist eine grosse Chance, um die Förderung der Biodiversität überregional zu koordinieren und die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel des Kantons auch zu erhalten. Dies verstärkt auch die dringend nötige Förderung der Artenvielfalt von Winterthur. Ich bitte Euch, das Postulat zu unterstützen. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Annetta. Es ist ein Ablehnungsantrag in Aussicht gestellt worden von der Mitte/EDU, dieser wird begründet von Andreas Geering.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Im Namen der Mitte/EVP, nein, der Mitte/EDU-Fraktion darf ich den Ablehnungsantrag formulieren. Ja, wer weiss, vielleicht wird ja das die Zukunft...

Ein neuer Verein braucht zuerst immer einmal ein eigenes Biotop, nämlich Vereinsorgane, ein Sekretariat, eine Kommunikationsstelle etc. Schnell muss eine administrative und organisatorische, übergeordnete Struktur geschaffen werden. Dies löst entsprechende Kosten aus, welche jährlich wiederkehrend anfallen, bevor ein einziges Käferli oder ein einziger Vogel eine Verbesserung der Biodiversität wahrnimmt.

Wir sind sehr für Verbesserungen der Biodiversität und haben in der Vergangenheit auch schon entsprechende Vorstösse miteingereicht. Hier werden aber Strukturen geschaffen, welche draussen kaum einen Mehrwert bringen. Die Absprachen mit den umliegenden Gemeinden sind nötig und sinnvoll und ohne einen neuen, übergeordneten Verein möglich.

Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt darum die Überweisung des Postulats ab und bittet Sie, das Gleiche zu tun. Vielen Dank.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ich bin da natürlich ein bisschen anderer Meinung als Du, Andreas. Und ich frage zuerst rhetorisch: Warum verdient das Postulat «Naturnetz Winterthur und Umgebung» unbedingt unsere Unterstützung? Unsere und Ihre?

Beim Blick auf die Zürcher Kantonskarte sieht man ausser dem Naturnetz Pfannenstil und dem Naturnetz Zimmerberg auch noch das Naturnetz Unteramt (südlich von Zürich) - aber bei der Region Winterthur und Umgebung leider noch einen grossen weissen Fleck. Wir haben also wirklich Nachholbedarf. Die Natur hat Nachholbedarf, könnte man sagen.

Warum? Es bringt nämlich etwas. Im Postulatstext steht ja, das Naturnetz Pfannenstil sei ein Erfolgsmodell. Ich habe ein bisschen nachgelesen und gefunden, dass das Naturnetz Pfannenstil schon 25 Jahre alt ist. Ich bin auch schon an Anlässen gewesen, wo das vorgestellt wurde, von BirdLife zum Beispiel. Und das Naturnetz Pfannenstil ist wirklich zu einem schweizweit bekannten und anerkannten ökologischen Vernetzungsprojekt geworden, das mehrere Hundert durch Verträge mit der Landwirtschaft gesicherte Naturobjekte umfasst. Es ist also nicht einfach etwas, bei dem nur eine Wasserkopf-Verwaltung produziert wird, sondern es geht wirklich um die Entwicklung, die Vergrösserung und auch die Pflege von Naturschutzprojekten und Naturobjekten, die auch durch Landwirte gepflegt werden.

Im Bereich Finanzen des Naturschutzgesamtkonzepts des Kantons kann man nachlesen, dass im Jahr 2022 bei weitem nicht alle für den Naturschutz bereitgestellten Gelder einge-

setzt werden konnten. Warum? Ja nicht etwa, weil es nicht nötig wäre, sondern weil eben genau die organisatorischen Strukturen in den Gemeinden oder zwischen den Gemeinden gefehlt haben. Das Geld des Kantons wäre da. Es ist sehr viel mehr Geld in den letzten Jahren bereitgestellt worden (ich kann leider gerade keine Zahl mehr sagen, aber das kann man nachlesen), aber zum Teil kann es nicht eingesetzt werden, weil die Projekte fehlen. Und genau deshalb wäre das Naturnetz Winterthur auf der Basis der RWU, das Naturnetz Winterthur und Umgebung, wirklich ein sehr gutes Argument und eine prädestinierte Region.

Bevor ich abschliesse, noch ein paar konkrete Vorteile: Die Bauern, die etwas für den Naturschutz machen möchten, hätten auf Gemeindeebene mehr fachliche Ansprechpartner. Und die daraus resultierenden Verträge zu diesen Projekten (z.B. Riedpflege) könnten einfacher koordiniert werden. Die Synergien von Naturschutzvereinen und privaten Initiativen könnten genutzt werden, z.B. bei der Planung von Helfereinsätzen. Und wie gesagt, für Projekte könnten Kantons Gelder beantragt werden. Last but not least: Information, Fachwissen und Erfahrungsaustausch, also Kommunikation für die Biodiversitätsförderung. Denn diese Kommunikation steht ja ohnehin am Anfang und am Schluss von jedem gelungenen Projekt.

Ich meine, alle diese Argumente sollten uns in Winterthur, als Zentrum des RWU, genügend Ansporn sein, eine Geschäftsstelle für einen Verein «Naturnetz Winterthur und Umgebung» zu gründen.

Danke für die Unterstützung.

G. Stritt (SP): Annetta Steiner hat die Gründe bereits sehr umfassend geschildert, die darlegen, warum es Sinn macht für Winterthur und Umgebung, ein Naturnetz zu gründen.

Die SP unterstützt das Postulat, da es aus unserer Sicht für die Förderung der Biodiversität und der Erhaltung des immer kleiner werdenden Naherholungsraum von Bedeutung ist, sich in einem grösseren Netzwerk mit verschiedenen Akteuren und Akteurinnen an regionalen Projekten zu beteiligen. Es ist auch sinnvoll, in einem Verbund das Naturschutz-Gesamtkonzept des Kantons Zürich umzusetzen. Man kann so besser planen, besser koordinieren und auch gezieltere Massnahmen umsetzen. Zudem ist auch eine bessere Resonanz möglich und nicht zuletzt lassen sich Aufgaben so auch optimaler verteilen.

Das Naturnetz Pfannenstil und das Naturnetz Zimmerberg und andere, die zum Teil noch in Planung sind, zeigen auch (im Speziellen das Naturnetz Pfannenstil), dass sich das sehr bewährt. Und Winterthur wäre wirklich eine grosse Region, die gute Möglichkeiten hat, sich auch so regional zu vernetzen.

Und deshalb unterstützen wir die Überweisung des Postulats. Danke.

A. Würzer (EVP): Ich kann mich noch gut an das Votum meines geschätzten Ratskollegen und offenbar neuen Fraktionskollegen Andreas Geering erinnern, im Zusammenhang mit Biodiversitätskorridoren. Er hat sich damals sehr um das Wohlbefinden des Wolfs in Winterthur gesorgt. Und er konnte auf eindruckliche Art aufzeigen, weshalb für einen Wolf ein Spaziergang entlang der Töss im Gemeindegebiet von Winterthur wohl eher traumatisierend als horizontweiternd wäre.

Ob es künftig gleich Wölfe sein müssen, die es sich in unserer Gartenstadt und den umliegenden Gemeinden gemütlich machen, lasse ich mal offen. Auf jeden Fall wollen wir mit diesem Postulat nicht erreichen, dass sich nur der Papiertiger wieder in unseren Breitengraden ansiedelt.

Im Gegenteil: Es soll ein echter Mehrwert sowohl im Bereich der Biodiversität als auch in der Förderung von qualitativ hochwertigen Freiräumen für die Bevölkerung entstehen. Naturnetze, wie sie mit diesem Postulat gefordert werden, erstrecken sich (das haben wir schon mehrfach gehört) natürlich weit über die Gemeindegrenzen hinaus und benötigen folglich vielseitige Kooperationen mit den umliegenden Gemeinden.

Dass dies gelingen kann, zeigt das Naturnetz Pfannenstil, dem 12 Gemeinden angehören. In den vergangenen 25 Jahren konnten mittlerweile rund 450 Teilprojekte umgesetzt werden. Diese Projekte beinhalten beispielsweise die Sanierung und den Bau von Trockenmauern, die Regeneration von Feuchtwiesen und Mooren, die Ausdöhlung und Renaturierung von

Fliessgewässern oder die Aufwertung von Waldrändern. Der Erfolg dieser Projekte, das haben wir auch schon gehört, ist unter anderem auf die Öffentlichkeitsarbeit und Aktionstage mit der Bevölkerung zurückzuführen. Das Naturnetz Pfannenstil ist finanziell breit abgestützt und etabliert.

Wie im Postulat bereits aufgeführt, wäre der Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) wohl das prädestinierte Gefäss dazu. Die RWU fördert die geordnete räumliche Entwicklung im Verbandsgebiet, arbeitet die dafür notwendigen regionalen Richtlinien aus und hilft mit, die Planungen der Verbandsgemeinden untereinander zu koordinieren und auf die regionalen Ziele auszurichten.

Auch das Naturnetz Pfannenstil besteht aus denselben Gemeinden wie sie in der Zürcher Planungsgruppe Pfannenstil (ZPP) – dem Pendant zur RWU – organisiert sind. Dieses Vorgehen erscheint deshalb zweckmässig, aber wie gesagt, das Postulat lässt das ja in diesem Sinne offen.

Ich möchte Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitten, dieses Postulat zu unterstützen. Besten Dank.

St. Gubler (SVP): Wir von der SVP-Fraktion unterstützen den Ablehnungsantrag der Mitte. Ich halte mich kurz: Die Idee ist ja gut, aber da werden auch wieder Stellen geschaffen, die am Schluss des Jahres Geld kosten und das Budget zusätzlich belasten.

A. Steiner (GLP): Ich möchte nur ganz kurz Stellung nehmen zum Votum von Andreas und von Stefan. Ich weiss nicht, bei wie vielen Vereinsgründungen Du, Andreas, schon dabei warst. Es ist ziemlich einfach, einen Verein zu gründen. Man kann das ziemlich einfach machen, ohne dass es einen Papiertiger gibt, wenn man das richtig macht.

Es wurde mehrfach gesagt: Ziel und Zweck des Vereins ist eben, dass man auch Mittel aufreiben kann, damit nicht nur die Stadt belastet wird (das an die Adresse von Stefan), sondern dass auch Natur- und Vogelschutzvereine, wo zum Teil noch Stiftungen angehängt sind, sich mitbeteiligen können, und damit sich vor allem der Kanton mitbeteiligt. Und von daher haben wir nachher einen grossen Gegenwert für wenig Geld. Und um genau das geht es, wenn wir nachher das «Naturnetz Winterthur und Umgebung» gründen. Besten Dank.

Stadtrat St. Fritschi: Ja, das Postulat ist schon offen geschrieben, aber es schreibt auch ziemlich klar, dass man zusammen mit der RWU und weiteren Partnern einen Verein gründen soll.

Jetzt ist es einfach so, und da spreche ich als Präsident der RWU: Die RWU ist ein Zweckverband von 22 Gemeinden der Region und sie hat ganz demokratische Strukturen. Sie hat eine Delegiertenversammlung, bei der man jährlich zusammenkommt. 8 Delegierte kommen aus Winterthur, es hat sogar Anwesende, die dort Delegierte sind (Gaby Gisler, Andreas Gering, Lisa Studer und Benedikt) und dann hat es noch drei weitere, die auch noch sind von Winterthur, die Parteien sind dort alle vertreten. Und an diesen Delegiertenversammlungen kann man Anträge stellen und dann Mehrheiten bilden. Und das wäre die Aufgabe, das wäre genau die Aufgabe dieser Delegierten: Mehrheiten zu finden in dieser Region, damit man politisch legitimiert ist in der Region, mit der RWU einen solchen Verein zu gründen.

Es ist eine unmögliche Aufgabe, wenn Ihr einfach dem Stadtrat sagt, er solle mit der RWU einen Verein machen. Der Stadtrat kann nicht einfach mit der RWU einen Verein machen.

Wenn die RWU die Organisationsform ist, die dahinter steht, welche die Regionen abdeckt, dann müsst Ihr über die Delegiertenversammlung der RWU gehen.

Und ich möchte jetzt gar nicht darüber sprechen, ob das Postulat vom Inhalt her sinnvoll ist oder nicht, aber Ihr gebt eine Herkules-Aufgabe, die gar nicht lösbar ist, dem Stadtrat auf den Weg.

Es ist mir schon klar, dass man in einem Parlament einfacher zu einer Mehrheit findet mit einem solchen Postulat. Aber das wäre eben die Kunst, dass die Delegierten die ländlich geprägten Delegierten auch überzeugen könnten. Und erst dann ist es dann wirklich sinnvoll, wenn die ganze Region dahintersteht. Denn nur die Stadt Winterthur kann nicht mehr machen als das, was innerhalb der Grenzen ist. Und es tönt so, als wärt Ihr zufrieden mit dem,

was wir an Vernetzungsprojekten machen in der Stadt Winterthur, denn das ist in unserer Verantwortung. Aber das andere, das macht es uns sehr schwierig. Und ich habe es im Vorstand der RWU auch schon besprochen, auch mit dem Vorstoss von Illnau-Effretikon, es ist genau dasselbe: Wir können nicht viel mehr machen.

Denn wir als Vorstand, und jetzt spreche ich als Präsident der RWU, können nicht aufgrund von zwei Zweckverbandsgemeinden aktiv werden, sondern dafür müssen wir eine politische Legitimation haben. Und das reicht nicht, wenn einfach zwei Gemeinden das wollen. Das ist ein bisschen komplizierter als eine Gemeinde selbst. Ein Zweckverband muss die politischen Strukturen berücksichtigen und sich dann auch darauf abstützen. Das möchte ich einfach mit auf den Weg geben.

Wenn Ihr das unterstützen wollt, bringt Ihr uns in eine ganz schwierige Situation, denn lösen können wir das nicht. Lösen können es die 8 Delegierten, die gewählt wurden.

So ist es übrigens auch in den zwei anderen Beispielen, Pfannenstil und Zimmerberg, gelaufen. Das war nicht einfach eine Gemeinde, bei der die Exekutive das wollte. Sondern das waren Vorstösse, welche die Delegierten brachten.

Und nur weil wir jetzt auf der Karte der Naturnetze weiss sind, möchte ich als RWU schon auch noch sagen: Wir haben ein Landschaftsentwicklungskonzept (LEK), an dem wir dran sind, bei dem wir innerhalb des Vorstands und der Delegierten dahinterstehen, bei dem es darum geht, die ganze Landschaft, wo die A1 durchgeht, von Ohringen bis Wiesendangen in unserem Verbandsgebiet, dass man dort sinnvolle Projekte macht, die dann nachher, wenn die A1 verbreitert wird, der ASTRA mit auf den Weg gegeben werden können. Da sprechen wir eben genau von Vernetzungsprojekten, von Wildtierkorridoren, von zusätzlichen Erholungsräumen, die den Durchschnitt der A1 für alle Bewohnenden der Region erträglicher machen. Da denken wir auch an Lärmreduktion usw.

Ich möchte da wirklich nichts gegen den Inhalt des Postulats sagen, aber ich vermute, dass wenn Ihr das überweist, dass dann nicht eine einheimische Tierart kommt, sondern eher der Papiertiger. Und der ist leider exotisch.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Somit sind wir abstimmungsreif. Es geht um die Überweisung des Postulats. Wer es überweisen möchte, soll A drücken; wer es abschreiben möchte, drückt B.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja zu 22 Nein bei 0 Enthaltungen, das Postulat wird überwiesen.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.5: Begründung des Postulats B. Oeschger (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Würzer (EVP) und U. Hofer (FDP) betr. Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Begründung des Postulats betreffend Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt. Die Begründung des Postulats übernimmt der Erstpostulant, Benedikt Oeschger (GLP).

B. Oeschger (GLP): Was fehlt Ihnen an Winterthur?

Wenn Sie diese Frage auf der Marktgasse stellen, wird Ihnen eine Antwort in der Häufigkeitsverteilung herausstechen: Der See.

Der Zugang zum Wasser ist für den Winterthurer und die Winterthurerin eine Sehnsucht. Das zeigt auch das Bild im Sommer. Dort, wo man ans Wasser kommt und es mehr oder minder lauschig ist, sehen Sie viele Menschen. Attraktive Gewässer sind ein Bedürfnis der Bevölkerung, dem bisher zu wenig Beachtung geschenkt worden ist.

Das kann ich auf eine Art auch gut verstehen. Denn angesichts der vielen gebundenen Ausgaben und Investitionen in die grundlegende Infrastruktur wie Schulraum, ist der Zugang zum Gewässer wohl etwas Sekundäres, wofür wir in der Stadtkasse nur wenig Geld haben. Deswegen ist es von grosser Wichtigkeit, dass sich die Stadt Winterthur als zweitgrösste Gemeinde des Kantons um seine Kostenbeiträge bemüht. Zwei Programme sind hierfür besonders auffallend:

1. Das Projekt #hallowasser, welches bis zu 90 % der Projektierungs- und Baukosten von Vorhaben zur Verbesserung der Naherholungsqualität von Fliessgewässern übernimmt. Diese Gelder stammen aus der ZKB-Jubiläumsdividende.
2. Das Programm «Vielfältige Zürcher Gewässer», das ökologische Aufwertungsmassnahmen teilfinanziert.

Diese beiden kantonalen Geldbeiträge bieten der Stadt Winterthur eine ausserordentliche Möglichkeit, die Lebensqualität der Stadtbevölkerung zu verbessern und die Biodiversität der kommunalen Gewässer zu erhöhen.

Die Konzeption konkreter Projekte, das steht auch in Einklang mit der Stossrichtung der aktuellen Richtplanrevision und dem Generellen Wasserbauplan, den der Grosse Gemeinderat 2012 zustimmend zur Kenntnis genommen hat, und der Beantwortung der GLP-Vorstösse durch den Stadtrat zur Schriftlichen Anfrage «Chance ZKB-Jubiläumsdividende für Flussbadi nutzen» und zum Postulat «Mattenbach revitalisieren und vernetzen»

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung des Postulats für die Lebensqualität und Biodiversität in unserer Stadt.

Abschliessend möchte ich auch noch auf die Kolumne Stadtverbesserer des Landboten von heute Nachmittag Referenz nehmen. Es sind nicht nur wir, die Miteinreichenden und ich, die sich über die angeschwemmten Ideen zur Umsetzung des Postulats freuen, sondern auch der Stadtverbesserer.

Und vielleicht noch zum Schluss etwas, das nicht zum Geschäft ist: Alex Würzer, bezüglich Deiner Hosen – auch wenn es keine Anzugshose für den SVP-Fotografen ist, so ist mir trotzdem aufgefallen, dass Du seit gestern, wie wir Jungen alle, Spendierhosen trägst. Ich hoffe trotzdem, dass auch für Dich und für mich in der Vorsorge noch etwas übrig ist.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Benedikt. Gibt es einen Ablehnungsantrag zu diesem Geschäft? Dem ist nicht der Fall, somit ist das Postulat überwiesen, es gibt keine Diskussion mehr.

Ja, nach der Geschäftsordnung ist es so, wenn kein Ablehnungsantrag da ist, dann geht es einfach durch. Ihr habt alle Eure Voten umsonst geschrieben, aber wir sind dafür effizient. Stadträtin Christa Meier möchte sich gerne noch dazu äussern.

Stadträtin Ch. Meier: Es ist ja offensichtlich einhellige Einstimmigkeit, was dieses Postulat angeht. Und trotzdem – ich versuche es einfach. Sie rennen mit diesem Postulat offene Türen ein. Beide Förderprogramme sind uns bekannt, mit beiden sind wir am Arbeiten.

Im Förderprogramm «Vielfältige Zürcher Gewässer» haben wir bereits letztes Jahr ein Projekt umgesetzt, nämlich Beerentalbach zwischen der Linsentalstrasse und Töss. Auch für dieses Jahr sind zwei Projekte vorgesehen, Tössertobelbach und Rosentalbach. Und es ist vorgesehen, dass wir in den nächsten Jahren ca. zwei Projekte pro Jahr umsetzen werden.

Für das andere Förderprogramm #hallowasser haben wir zwar im Moment noch nichts Konkretes, aber wir haben bereits eine Arbeitsgruppe, die dran ist, geeignete Projekte zu eruiern. Und weil auch Projekte, die über Förderprogramme mitfinanziert oder finanziert sind, personelle Ressourcen binden, würden wir diese personellen Ressourcen wahnsinnig viel lieber dafür einsetzen, um diese Projekte auf den Boden zu bringen als um Postulatsantworten zu schreiben.

Und deshalb, wie gesagt, ich versuche es einfach: Eine Überweisung ist nicht nötig. Inhaltlich, wie gesagt, rennen Sie offene Türen ein.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christa. Wie gesagt: Das Postulat ist überwiesen.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2022.66: Antrag und Bericht zur Motion N. Wenger (Grüne), M. Gnesa (SP), B. Huizinga (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter. Als Erster hat das Wort der Referent Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Gerne präsentiere ich Euch die Motion «Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter». Es ist medizinisch unbestritten, dass ein möglichst geringer Stress entscheidend und positiv für eine gute Geburtsvorbereitung ist.

Es ist auch so, dass in der Stadt Winterthur 2021 ca. 80% der werdenden Mütter bereits vor der Geburt über drei Wochen krankgeschrieben wurden und die Lohnfortzahlung damals auch schon vollumfänglich durch die Stadt getragen werden musste.

Es ist aber auch bekannt, dass im März 2023 eine Motion im Nationalrat zum genau gleichen Thema abgelehnt wurde, damals aber einzig mit der Begründung der Finanzierung – und nicht über den Inhalt.

Was sind die Erwägungen des Stadtrats zu diesem Geschäft? Es ist unbestritten, dass es eine gute Vorbereitung für die Geburt ist, wenn man auch den Mutterschaftsurlaub entsprechend ausdehnt. Es gibt definitiv eine bessere Planbarkeit der Arbeit, für allfällige Stellvertretungen innerhalb der Verwaltung. Die Mehrkosten sind relativ gering. Im 2021 waren die Mehrkosten ca. 50'000 Fr., was 0,01% der damaligen Lohnsumme entsprach.

Und, das ist sicher nicht ausser Acht zu lassen: Es hilft definitiv auch, das Paradigma des Krankschreibens aufzulösen.

Was sind die Kernpunkte der Umsetzung, die sich der Stadtrat überlegt hat?

- a) Es gibt eine klare Abgrenzung vom Mutterschaftsurlaub zum Rest (z.B. Ferienbezug).
- b) Es muss sicher ein freiwilliger Bezug sein, es soll niemand dazu gezwungen werden.

Wichtig ist auch: Ein Verzicht auf den Bezug führt zu keiner Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs. Und der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub führt aber auch zu keiner Ferienkürzung der ordentlichen Ferien.

Offen, und das wird auch klar gesagt, ist noch der Umgang mit dem vorgeburtlichen Urlaub, wenn dieser zu früh angetreten wurde. Es ist noch nicht geklärt, wie man damit dann umzugehen hat.

Das Fazit des Stadtrats: Der Stadtrat begrüsst die Einführung des vorgeburtlichen Urlaubs. Die Vorbildrolle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dadurch gestärkt. Das ist ein Signal für eine attraktive Stadt mit marginalen Kostenfolgen. Er beantragt die Erheblicherklärung.

Die AK hat das Geschäft beraten und hat mit 6:3 zugestimmt.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Samy. Es wurde ein Ablehnungsantrag in Aussicht gestellt, begründet wird er von Iris Kuster (Die Mitte/EDU).

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion stellen den Ablehnungsantrag und den Antrag auf Nicht-Erheblichkeitserklärung. Wieso kommen wir zu diesem Schluss?

Wir von der Mitte/EDU haben bereits bei der Überweisung ein ausführliches Votum gehalten, weshalb wir gegen diese Motion sind. Die Gründe sind noch immer dieselben:

1. Schwangerschaft ist keine Krankheit. Wenn keine gesundheitlichen Probleme vorliegen, kann bis zur Geburt gearbeitet werden. Sofern es gesundheitliche Probleme gibt, ist eine Krankschreibung ein legitimes Mittel. Haben die Mitarbeitenden der Stadt Winterthur Angst

davor, ein Arztzeugnis vorzulegen? Dann frage ich mich eher, ob wir nicht besser über das Arbeitsklima bei der Stadt sprechen wollen anstatt über den Mutterschaftsurlaub.

2. Es ist eine Luxuslösung für städtische Mitarbeiterinnen, die ohnehin schon heute 16 Wochen Mutterschaftsurlaub haben. Und mit diesem Vorschlag haben sie insgesamt 5 Wochen mehr ausbezahlt, als es das Gesetz verlangt oder vorgibt.

3. Finanziell: Auch wenn es nicht um Millionen geht, so geht es doch um Gelder, die in der grossen Mehrheit nicht selbst erwirtschaftet werden. Das heisst, die Finanzierung findet zu Lasten der Winterthurer Bevölkerung statt. Und diese Luxuslösung jetzt einzuführen, im Wissen, dass die Stadt Winterthur einen grottenschlechten FAP hat und wir das Budget für 2024 mit einem Millionendefizit verabschiedet haben, ist ein Hohn gegenüber der Bevölkerung. Wir haben auch gesagt, dass wir die Antwort des Stadtrats auf diese Motion gespannt erwarten. Und wie befürchtet ist sie aus unserer Sicht enttäuschend. Der Stadtrat führt als einen der Gründe die bessere Planbarkeit im Betrieb auf. Sorry! Die ganze Privatwirtschaft muss mit Schwangeren umgehen können. Und wenn wir schauen: Es funktioniert doch sehr gut. Und selbst hochgeachtete Kaderfrauen schaffen es, Geburt, Kinder, Karriere und Arbeit gleichzeitig unter den Hut zu bringen, ohne drei Wochen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. Und noch eine Bemerkung zum gesellschaftspolitischen Anspruch: Diesen kann ich gar nicht nachvollziehen. Wenn der vorgeburtliche Urlaub ein Bedürfnis der Gesellschaft und der Politik wäre, so ist diesem auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene Rechnung zu tragen. Aber nicht auf kommunaler Ebene, wo nur ein sehr ausgewählter Personenkreis in den Genuss eines solchen Privilegs kommt.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion sind gegen die Erheblicherklärung der Motion und wir danken für die Unterstützung des Ablehnungsantrags.

M. Gnesa (SP): Auch diese Motion wurde schon einige Male traktandiert, umso schöner, dass es jetzt auch einmal zur Behandlung kommt.

Ich danke Samuel Kocher für die Präsentation. Wir begrüssen sehr, dass der Stadtrat die positiven Aspekte eines vorgeburtlichen Urlaubs erkannt hat und das mit der Bereitschaft, einen vorgeburtlichen Urlaub für die städtischen Mitarbeiterinnen einzuführen, würdigt. Zunächst einmal können die Mitarbeiterinnen der Stadt Winterthur aufatmen. Sie können sich bei einer Schwangerschaft drei Wochen vor dem berechneten Termin entspannt und ohne Stress auf die bevorstehende Geburt vorbereiten. Ein Umweg über eine Krankschreibung ist nicht mehr nötig. Die Lösung mit dem vorgeburtlichen Urlaub ist somit ehrlicher.

Die realitätsfremde, wohl historisch gewachsene Erwartung, dass Frauen bis zur Geburt arbeiten, wird für städtische Mitarbeiterinnen nicht länger aufrechterhalten.

Auch der Stadtrat betont wie die Motionär/-innen die Freiwilligkeit des vorgeburtlichen Urlaubs, das ist wichtig. Zu begrüssen ist auch, dass der Bezug oder Nichtbezug des vorgeburtlichen Urlaubs auf den 16wöchigen Mutterschaftsurlaub und den Ferienanspruch hat.

Die noch zu klärende Frage, wie damit umzugehen ist, wenn der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub zu früh angetreten wird, weil Kinder bekanntlich nicht immer am errechneten Termin auf die Welt kommen, das ist sicher lösbar – am sinnvollsten über eine Lohnfortzahlung.

Wir danken dem Stadtrat für die gute Beantwortung der Motion. Die SP-Fraktion befürwortet die Erheblicherklärung.

F. Kramer-Schwob: Wenn der Stadtrat selbst den Antrag auf Erheblicherklärung stellt, ist das eigentlich schon fast ein Grund, um innezuhalten und kurz ein bisschen zu feiern. Noch mehr, wenn es ein Anliegen ist, das die EVP auch teilt.

Frauen sind manchmal sehr hart zueinander. Mütter, die selbst nicht von einem solchen Urlaub profitiert haben, könnten jetzt sagen, es sei ja auch ohne gegangen. Und Nicht-Mütter könnten sagen, die Schwangeren sollten nicht solche «Sissis» sein. Wir möchten da dagegen halten. Schwangerschaft und Geburt sind und bleiben eine körperliche Höchstleistung. Wenn man sich drei Wochen vor dem Geburtstermin aus dem Arbeitsleben zurückziehen kann, ist das nicht übertrieben. Es dient sowohl der Gesundheit der Frauen als auch der Gesundheit der Kinder. Es ist heute ja gut erforscht und belegt, dass Stress bei der Mutter während der

Schwangerschaft die spätere Stresstoleranz und Stressreaktion eines Kindes nachhaltig negativ beeinflusst. Es kann zu mehr Ängstlichkeit, Aggressivität oder Schwierigkeiten bei der Aufmerksamkeit führen – und das haben wir nachher in der Schule.

Es gibt noch viele weitere gesundheitliche, gut erforschte Folgen für Kinder. Und wenn man das ein bisschen genauer studiert, so wird einem ganz schwindlig.

Wenn man also mit einem überschaubaren Aufwand – finanziell sehr interessant, weil man die Krankschreibung ja auch zahlen würde – erreichen kann, dass Frauen kurz vor der Geburt vor der Arbeitsbelastung und damit von einer möglichen, doch beachtlichen Stressquelle befreit werden können, dann finden wir das total sinnvolle Prävention für gesunde Kinder. Der dreiwöchige Urlaub hilft zudem der Familie, ein bisschen zu planen in der Zeit um die Geburt, in der man ja trotzdem immer noch genug flexibel sein muss. Von entspannten, gesunden Frauen könnten ja auch die Väter profitieren.

Und die Planung von Mutterschaftsurlauben ist aufwändig für jeden Arbeitgeber, ob jetzt öffentlich oder privat. Viele Private scheuen ja dann einfach die Anstellung von jungen Frauen. Wenn die Stadt mit dem Urlaub Planungssicherheit bekommt, finden wir das sinnvoll und unterstützungswürdig. Wir sagen gerne Ja.

M. Zundel (Grüne/AL): Danke, Samuel, für das Vorstellen. Wir von der Grünen/AL-Fraktion begrüßen es sehr, dass der Stadtrat die Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes insgesamt als angezeigt erachtet. Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass eine möglichst stressfreie Zeit vor und nach der Geburt das Beste ist für das Kind und die Mutter. Mit der Einführung eines freiwilligen, dreiwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes würden wir auch ein Zeichen setzen gegen die absurde Stigmatisierung von Schwangerschaft und Geburt als Krankheit.

Die Stadt Winterthur kann sich damit weiter als fortschrittliche und attraktive Arbeitgeberin präsentieren. Die Kosten dazu sind mit 0.01% der gesamten Lohnsumme minimal.

Eine Geburt ist ja etwas Schönes, etwas vom Schönsten, das nicht allzu häufig in der Karriere einer Arbeitnehmerin vorkommt. Es ist der Start von uns allen in ein Leben gewesen, in dem man später noch genügend «jufle» muss. Deshalb sollten die Kosten bei einem so wichtigen Moment nicht ausschlaggebend sein, gerade auch, wenn man dem Bericht des Stadtrats entnimmt, dass es mehrheitlich ein Abgleich mit der bereits vorhandenen Situation ist. Deshalb empfehlen wir dem Parlament, dem Vorschlag des Stadtrats zu folgen und diesen Antrag anzunehmen. Im Interesse aller Mütter - auch der eigenen.

S. Kocher (GLP): Das Thema «Vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub» ist nicht nur für werdende Eltern von grosser Bedeutung. Es betrifft die gesamte Gesellschaft. Die Frage, wie mir werdende Mütter unterstützen - oder genauer gesagt, noch besser unterstützen können als heute - ist von wichtiger Bedeutung. Darum ist die Erheblicherklärung dieser Motion für die GLP ein Zeichen, wie mir uns für das Wohlergehen von Familien politisch einsetzen, aber auch, wie mir die Stadt Winterthur als Arbeitgeberin positionieren wollen.

Die Zeit von der Schwangerschaft ist eine Zeit der Vorfreude, aber auch der körperlichen und emotionalen Veränderungen für jede werdende Mutter. Es ist eine entscheidende Phase im Leben, die nicht nur für die individuelle Gesundheit von der Frau von Bedeutung ist, sondern auch für das Wohlergehen vom heranwachsenden Kind. Es ist, wie schon mehrfach gesagt, unbestritten, dass der vorgeburtlichen Phase für die Entwicklung des Kindes eine zentrale Bedeutung zukommt. Diese zusätzliche Ruhezeit vor der Geburt würde nicht nur dazu beitragen, die körperliche Gesundheit der Mutter zu fördern, sondern auch Raum für die Vorbereitung auf das Elternsein bieten. Das ein verlängerter vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub nicht nur reine Theorie ist, zeigt die Tatsache, dass im Jahr 2021 über die Hälfte der werdenden Mütter in der Stadt Winterthur vorgeburtlich länger als sechs Wochen «ausgefallen» sind. Die Einführung des dreiwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes wäre nicht nur ein Zeichen von Respekt für die Bedürfnisse der werdenden Mütter, sondern auch ein Weg, um die Bindung zwischen Eltern und Kind von Anfang an zu stärken.

Doch am Ende ist es nicht allein eine Frage der Gesundheit, sondern der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub ist auch generell ein starkes Zeichen für eine aktive Familienpolitik.

Und darum setzt sich die GLP schon lange für eine Politik ein, die den Wert der vorgeburtlichen Phase anerkennt und entsprechende Massnahmen unterstützt, um das Wohlergehen von werdenden Müttern zu fördern. Der Antrag des Stadtrats zum Ausbau vom vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein klares Bekenntnis, um sicherzustellen, dass diese Unterstützung nicht erst nach der Geburt, sondern bereits während der Schwangerschaft beginnt.

Ich wiederhole es gerne nochmals: Die GLP wird den Antrag des Stadtrats für die Erheblich-erklärung unterstützen. Den Ablehnungsantrag der Mitte/EDU lehnen wir ab.
Besten Dank.

D. Oswald (SVP): Wir unterstützen den Ablehnungsantrag der Mitte/EDU-Fraktion. Ich kann das, was Iris gesagt hat, nur unterstreichen. Ich möchte noch ein paar Dinge ergänzen.

Es wurde gesagt, es sei wissenschaftlich erwiesen. Ich möchte daran erinnern: Die Wissenschaft falsifiziert. Die Wissenschaft kann nur sagen, was nicht ist, aber sie kann nie beweisen, was ist. Das könnt Ihr Euch vielleicht auch einmal zu Gemüte führen.

Die finanziellen Auswirkungen sind nicht allzu gross, von daher ist nicht wirklich der finanzielle Betrag das Problem. Es geht pro Jahr um rund 30 Fälle, die darunterfallen. Aus Vorgängervoten könnte man davon ableiten, dass es offenbar Ärzte gibt, die krankschreiben, ohne dass es gerechtfertigt ist. Von dem gehe ich nicht aus. Aber die Information heisst, dass ungefähr 80% der schwangeren Frauen ohnehin krankgeschrieben sind vor der Geburt. Also, wenn es medizinische Probleme gibt, wenn so etwas angezeigt ist (Stress usw.), dann ist der Fall gelöst. Wir wollen also wieder an einem Ort ein Problem lösen, wo gar keines besteht. Es ist einfach schlicht nicht nötig.

Und ich glaube, die drei Wochen vorgeburtlicher Urlaub sind auch nicht ein Argument, ob man Kinder hat oder nicht hat. Es ist schlichtweg nur ein Argument, welcher Arbeitgeber. Und da sind die städtischen und öffentlichen Verwaltungen ja nicht mit den Leistungen hinten, sondern sowieso eher schon vorne.

Es wird auch mit Freiwilligkeit argumentiert. Das ist allerdings ein nichtiges Argument, denn seien wir ehrlich: Wenn das bewilligt wird und die Stadt das einführt, dann wird sich jede Frau sagen, ich nehme diesen Urlaub.

Da kommt dann der wichtigste Punkt: Wir setzen einfach wieder ein Zeichen, mit dem man Leistungsfähigkeit und Leistungswillen benachteiligt und die Nehmermentalität fördert. Und das finde ich nicht gut. Es ist einfach noch zu viel Geld da, deshalb leisten wir uns solche Sachen.

Es ist im Moment halt im Zeitgeist, aber trotzdem wird die SVP den Ablehnungsantrag der Mitte/EDU unterstützen und diese Motion auch ablehnen.

R. Tobler (FDP): Die Fraktion der FDP Winterthur lehnt diesen Vorstoss ebenfalls ab, weil es wie schon gesagt ein Thema ist, das eigentlich schon bestens funktioniert. Und weil wir in der Politik ja gerne über Sachen sprechen, die eigentlich nicht relevant sind, weil sie schon bestens funktionieren, möchte ich das da am liebsten mit der Antwort des Stadtrats begründen und zitiere deshalb aus der Antwort des Stadtrats: «So oder so, die Kosten für die Abwesenheit trägt die Stadt. Grundsätzlich lässt sich auf dieser Grundlage feststellen, [...] bereits heute gute Rahmenbedingungen bietet. [...] Werdende Mütter haben auch ohne vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub die Möglichkeit, so lange wie gesundheitlich nötig ihrer Arbeit fernzubleiben, um sich für das bevorstehende anstrengende Geburtserlebnis zu erholen und vorzubereiten. [...] Schwangere Mitarbeiterinnen erfahren daher auf dem Weg der Lohnfortzahlung faktisch bereits heute schon eine vorgeburtliche bezahlte Erholungszeit, die sich nach ihren gesundheitlichen Bedürfnissen richtet.» Und so weiter, das könnte so noch ein bisschen weitergehen.

Das heisst, es ist ja heute schon ein Thema. Auch die genannten Stellvertretungen, die es braucht, auch das funktioniert heute schon und ist beim Stadtrat auch schon so. Aber wie gesagt, das Thema ist nicht wahnsinnig positiv oder negativ, auf die eine oder andere Seite. Wir lehnen das entsprechend ab.

Stadtpräsident M. Künzle: Eigentlich müsste ich gar nichts mehr sagen, denn es wurde alles aufgezeigt, was der Stadtrat für eine Meinung hat zu diesem Thema.

Wir unterstützen das Anliegen. Natürlich ist es nicht so, dass wir zu viel Geld haben, aber wir wollen gerne eine moderne, eine gute Arbeitgeberin sein. Und unter dem ganzen Thema Fachkräftemangel ist das einfach ein Aspekt, bei dem man punkten kann. Ich denke auch, es stabilisiert die Situation der schwangeren Frau. Und wir sind wirklich der Meinung, dass es gut ist, wenn wir das bei uns in der Stadt Winterthur anbieten können. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank. Somit sind wir abstimmungsreif. Es geht um die Zustimmung oder Ablehnung dieses Geschäfts.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja zu 22 Nein bei 0 Enthaltungen, die Motion ist erheblich erklärt worden.

12. Traktandum

Parl.-Nr. 2021.75: Antrag und Bericht zum Postulat G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), M. Della Vedova (GLP), R. Hugentobler (AL/Grüne) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir kommen zum letzten Traktandum heute Abend. Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe. Zuerst hält Gabi Stritt das Votum.

G. Stritt (SP): Die SP dankt dem Stadtrat für den Bericht. In diesem wird festgehalten, dass eigentlich alle Forderungen des Postulats bereits und insbesondere, dass das Konzept aus dem Jahr 2011/12 korrekt angewendet wird. Positiv hervorgehoben möchten wir aus unserer Sicht, dass das Anmeldeprozedere seit 2022 zur Entlastung der Schulleitungen neu organisiert wurde und dass die Anmeldungen früher verschickt werden. Dies ist sicher eine Entwicklung in die richtige Richtung, vor allem auch für die Eltern, die dadurch besser planen können. Im grossen Ganzen sind wir aber enttäuscht über die mut- und innovationslose Antwort. Es ist kein Interesse an der Sache erkennbar und es besteht nicht einmal die Bereitschaft, das 13-jährige Konzept zu überarbeiten. Das ist aus unserer Sicht eine verpasste Chance. Dass dem Thema keine Beachtung gegeben wird, war auch die Feststellung von drei engagierten Müttern aus dem Schulkreis Töss. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass dieses Postulat eingereicht wurde. Und sie haben mit ihrem grossen Einsatz erreicht, dass es nun wenigstens in Töss zwei zusätzliche Mittagstische gibt. Ein solches Engagement ist sicher bewundernswert.

Verlässliche Betreuungsstrukturen in der Volksschule, auch auf der Oberstufe, sollten für eine moderne und attraktive Stadt wie Winterthur aber selbstverständlich sein.

Tatsache ist, dass es für Eltern von Oberstufenschülerinnen und -schülern schwierig ist zu planen, denn der Entscheid, ob ein Mittagstisch zustande kommt oder nicht, wird erst spät gefällt. Dass Angebot und Nachfrage auseinanderklaffen, dürfte auch daran liegen, dass nur ein Mittagstisch eröffnet wird, wenn mindestens 10 Anmeldungen vorliegen. Sind es weniger, müssen sich die Eltern selbst organisieren.

Trotzdem hat sich der Bedarf seit dem Schuljahr 2018/19 bis heute von 4 auf 7 Mittagstische beinahe verdoppelt. Betrachtet man die Schülerinnen- und Schülerzahlen, waren es im Schuljahr 2018/19 97 und in diesem Schuljahr 227. Also mehr als eine Verdoppelung. Und auch prozentual hat sich dies verändert von 4.1 auf 8.3% der Schülerinnen und Schüler, die ein solches Angebot nutzen. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die Anmeldungen für nicht zustande gekommene Mittagstische.

Im Bericht spricht man zwar von einer Modellentwicklung für eine aktive Mittagszeit, es bleibt aber alles sehr vage und ohne Verbindlichkeit. Es wird erwähnt, dass die Jugendlichen abgeholt und Modelle anderer Städte beigezogen werden sollen. Was damit gemeint ist, darüber gibt der Bericht keine Auskunft. Da hätten wir uns schon einige innovative Beispiele gewünscht, z.B. wäre eine Umfrage unter den Jugendlichen interessant gewesen. Und es wäre auch gut vorstellbar, sie bei einer Konzeptentwicklung und Ideensammlung beizuziehen. Auch die Jugendarbeit und die Schulsozialarbeit könnten bei diesem Thema wichtige Player sein. Würde man die Mittagszeit z.B. mit einem niederschweligen sportlichen Angebot verbinden (da meine ich nicht eine teure Turnstunde, sondern mehr Sport integriert in den Alltag und ohne grosse Kosten) oder ein Walk-in für Lehrstellenfragen anbieten... Ich kann mir gut vorstellen, dass da einige Jugendliche zu motivieren wären.

Von solchen Ansätzen ist nirgends etwas zu lesen. Es gibt auch keinen Hinweis darauf, dass vielleicht einmal ein Versuch gemacht werden könnte mit kleineren Gruppen, im Rahmen eines Projekts. Es entsteht irgendwie der Eindruck, dass das Thema nicht wichtig ist und man es möglichst schnell vom Tisch haben möchte.

Jugendliche sind eine sensible Gruppe, auf die man achtgeben muss. Sie stehen an der Schwelle zum Erwachsenwerden und sind mit vielen anspruchsvollen Themen konfrontiert. Hier einfach festzustellen, dass sie über Mittag lieber unbetreut bleiben und sich mit Fast-Food verpflegen wollen, ist etwas einfach. Immerhin wird speziell auch bei den Jugendlichen in Winterthur festgestellt, dass eine grössere Anzahl von Übergewicht betroffen sind (ich möchte damit noch auf den früheren Vorstoss heute hinweisen), was mit einer ungesunden Verpflegung und zu wenig Bewegung begründet ist. Und da hätten Mittagstische auch eine gute Möglichkeit, ein bisschen Gegensteuer zu geben.

Bei allen Schul-Diskussionen wird immer wieder die Tagesschule als «die Lösung» angepriesen, auch im Postulatsbericht. Eine Tagesschule wird von der SP schon lange unterstützt und wir waren es auch, welche das Postulat im Mai 2017 für eine Tagesschule eingereicht haben. Seither sind bald sieben Jahre vergangen und auch wenn das Thema zu den aktuellen Legislaturzielen der Schulpflege gehört - im Moment sehen wir keinerlei Umsetzungsschritte.

Zur Beantwortung dieses Postulats wurde sogar eine Fristerstreckung verlangt vor einem Jahr. Wenn man jetzt aber das Ergebnis anschaut, ist aus unserer Sicht aber diese Frist verstrichen, ohne dass man irgendeinen Mehrwert erkennen könnte. Die Verfassung des vorliegenden Berichts wäre wohl schon vor einem Jahr möglich gewesen.

Wir sind der Ansicht, dass die Forderungen des Postulats nicht erfüllt sind. Wir nehmen deshalb den Bericht negativ zur Kenntnis und verlangen einen Zusatzbericht.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Gabi, kurz für mein Verständnis: Ihr habt jetzt einen Antrag gestellt für einen Zusatzbericht. Wird dieser von jemandem von Euch noch zusätzlich begründet oder steht der einfach mal so im Raum?

G. Stritt (SP): Weil das Postulat aus unserer Sicht nicht erfüllt ist. Wir möchten einen Zusatzbericht mit konkreten Ideen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Gut. Dann geht es jetzt weiter an die Miteinreichenden. Das Wort hat Daniela Roth-Nater (EVP).

D. Roth-Nater (EVP): Die vorliegende Postulatsantwort kommt schon sehr mut- und innovationslos daher. Eine kritische Überprüfung, insbesondere unter Berücksichtigung einiger wesentlicher Argumente, scheint mir deshalb vonnöten zu sein.

Es ist ja schon unbestritten, dass Jugendliche in der Oberstufe keine Betreuung im herkömmlichen Sinn brauchen. Und doch ist es wichtig zu anerkennen, dass sie einen Ort, einen Raum brauchen, an dem sie sich während der Mittagszeit aufhalten können. Ein niederschwelliger Treffpunkt und geeignete Räume sind entscheidend, um den Bedürfnissen dieser Altersgruppe gerecht zu werden. Ein Ort, der soziale Interaktion und Entspannung bietet.

Im Bericht fehlen konkrete Ideen komplett. Danke vielmals, Gabi, für das Aufzeigen von ein paar solcher Ideen. Es wird ganz vernachlässigt, wie man ein Mittagstischangebot für die Jugendlichen attraktiv gestalten könnte. Oder auch, wie eine Zusammenarbeit zwischen Schulhäusern aufgegleist werden könnte. Denn gerade mit einer Zusammenarbeit könnte allenfalls ressourceneffizient gearbeitet werden. Und auch ein soziales Miteinander und eine Integration könnte damit gefördert werden.

Wir sind ein bisschen stutzig und besorgt darüber, dass im Bericht keinerlei Vorschläge zur Überarbeitung des bereits über 10-jährigen Konzepts zu finden sind, denn in der vergangenen Dekade hat sich nicht nur die Schullandschaft, sondern auch die Bedürfnisse der Familien verändert, was eine Anpassung des Angebots erfordern würde.

Ich möchte an dieser Stelle Mut machen, einen innovativen Ansatz zur Gestaltung des Mittagstischangebots zu verfolgen, denn es ist entscheidend, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen ernstgenommen werden. Und dass wir bestrebt sind, unsere Schulen kontinuierlich zu verbessern und wo nötig auch anzupassen.

Wir unterstützen den Antrag der SP und verlangen einen Zusatzbericht.

M. Zehnder (GLP): Der unbefriedigende Flickenteppich in der Stadt Winterthur, sowohl in Bezug auf das Angebot wie auch in Bezug auf die Belegungszahlen, besteht weiterhin. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen Mittagstisch in der Sekundarstufe besuchen, ist mit 8% sehr tief. Ferner wird zwar anerkannt, dass Mittagstische pädagogisch wertvoll sein können, und es wird auch gesagt, dass Mittagstische Teil der Tagesschuldiskussionen sind, die WSP bleibt aber offen, wie sie die Tagesschulen innerhalb der Legislaturziele priorisiert. Auch sagt die WSP nicht, wie sie die Schulen dazu anhalten will, die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am Mittagstisch zu fördern.

Aus unserer Sicht gibt es durchaus auch Schülerinnen und Schüler, die in Eigenverantwortung ihr Mittagessen organisieren wollen und können. In der Fraktion sind wir deshalb der Meinung, dass ein Forcieren von Lösungen, die dann von den erwachsenwerdenden Jugendlichen nicht besucht werden, keine Priorität geniessen soll. Vielleicht sollte die WSP dahingehend Lösungen suchen, die es ermöglichen würden, den Kochunterricht zu einem freiwilligen Mittagstisch umzufunktionieren. So würden die Kosten insgesamt viel tiefer und die Schülerinnen und Schüler, die ja ohnehin gerade ihr eigenes Mittagessen kochen, könnten auch die Kollegen und Kolleginnen aus der Parallelklasse verpflegen.

Wir sind mit der Antwort soweit einigermaßen zufrieden und unterstützen die Forderung für einen Zusatzbericht nicht. Für uns reicht das, was wir erhalten haben.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Ich habe den Ausführungen von Gabi und Daniela eigentlich nicht sehr viel anzufügen. Vielleicht noch zur Attraktivität: Vielleicht sollte man nicht nur die Jugendlichen miteinbeziehen, sondern auch deren Eltern. Für diese könnte es auch noch attraktiv sein, wenn ihre Kinder an einen Mittagstisch können. Das wäre relativ einfach, wenn man z.B. den Brief mit den Informationen zum Mittagstisch nicht nur den Eltern weitergibt, welche ihre Kinder schon in der 6. Klasse in der schulergänzenden Betreuung haben, sondern dass man das gleich allen Eltern schickt. Das würde es vielleicht auch ein bisschen niederschwelliger machen, seine Kinder an einem Mittagstisch anzumelden.

Sonst habe ich eigentlich nichts mehr gross dazu zu sagen. Zum Zusatzbericht: Die AL wird den Zusatzbericht unterstützen, die Grünen lehnen den Zusatzbericht ab. Danke schön.

Ch. Maier (FDP): Betreuung hat immer grosse Kosten zulasten der Allgemeinheit zur Folge. Wenn diese nötig, sinnvoll und auch nachgefragt ist, dann ist es sinnvoll, diese anzubieten. Fehlt aber eine wirkliche Nachfrage – und da geht es um eine absolute Grösse und nicht um ein zugeben grosses prozentuales Wachstum -, dann muss ein solches Angebot nicht mit der Brechstange herbeigeführt werden.

Oberstufenschüler können und sollen selbständig sein, wie übrigens alle Bürger unserer Stadt und unseres Landes. Sie sind auch in der Lage, bei Bedarf in das nächstgelegene Sekundarschulhaus zu fahren mit dem Velo. Deshalb: Wenn sie nicht wollen, dann soll man sie

bitte nicht zwingen, ein solches Angebot wahrzunehmen. Lassen wir sie doch einfach mal ein bisschen in Ruhe.

Was wir aus dem Bericht erfahren, ist folgendes: «Der Anmeldeprozess wurde 2022 zur Entlastung der Schulleitungen neu organisiert. Die Anmeldungen gelangen seither nicht mehr an die Schulleitungen, sondern direkt zur Administration Schulergänzende Betreuung, welche Räumlichkeiten sucht, Personal anstellt und die Verpflegung organisiert.» Es läuft jetzt alles zentral, schulhausübergreifend.

Damit sind unsere Anliegen erfüllt und wir nehmen deshalb den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis und unterstützen den Antrag, das Postulat abzuschreiben.

Wie der Stadtrat uns im Bericht darlegt, gibt es unterschiedliche Mittagsangebote. Wir sind mit dem Ergebnis mehrheitlich zufrieden.

Wie wir es bereits bei der Einreichung hier erläutert haben, ist es uns wichtig, dass bedarfsgerechte Betreuungsangebote eingerichtet werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für uns ein zentrales Anliegen. In der heutigen Zeit ist es unabdingbar, dass adäquate Förderungsmassnahmen in der Familienbetreuung erfolgen – dort, wo auch die Nachfrage besteht und Familien entsprechend entlastet werden. Wir möchten nur dort ein Angebot haben, wo tatsächlich eine Nachfrage vorhanden ist.

Offenbar besteht ja ein gesamtstädtisches Konzept und wie es im Bericht dargelegt ist, erfolgt jährlich eine Ausschreibung und alle Schülerinnen und Schüler, auch auf Sek-Stufe, können sich anmelden. Eine separate Kommunikation erfolgt auch an die Eltern. Und je nach Anzahl Anmeldungen wird ein entsprechendes Angebot bereitgestellt, vom Aufenthaltsraum mit oder ohne Mikrowelle bis zum Mittagstisch mit Catering-Angebot. Wir begrüssen dieses Konzept und das Vorgehen, dass je nach Nachfrage ein entsprechendes Angebot bereitgestellt wird. Das soll auch so bleiben.

Was wir absolut nicht wollen, ist, dass die Wahlfreiheit der Mittagsgestaltung eingeschränkt wird. Jede Schülerin und jeder Schüler soll selbst entscheiden dürfen, ob man nach Hause geht, zu Freunden, auswärts oder in Schulräumlichkeiten den Mittag verbringen möchte. Diese Wahlfreiheit trägt sehr positiv zur Entwicklung der jungen Menschen bei und das soll unser höchstes Interesse sein.

Wie bereits erwähnt, nehmen wir den Bericht des Stadtrats positiv zur Kenntnis. Wir unterstützen den Antrag, dieses Postulat abzuschreiben. Und demzufolge unterstützen wir den Antrag der SP auf einen Ergänzungsbericht nicht, insbesondere weil es auch nicht wirklich begründet wurde. Danke vielmals.

Stadträtin M. Blum: Ich möchte betonen: Es ist eine Antwort, die den Realitäten der Schulpflege und der Schulen entspricht. Ich habe im September angefangen. Das Schulsystem ist extrem gefordert, es ist extrem am Anschlag. Wir bewegen uns in diesem Dreieck Wachstum – Finanzierung/knappe Finanzen – Verbesserung der Qualität. Und das ist wirklich eine realistische Antwort.

Wir haben das enorme Wachstum. Wir haben eine Schulbehörde, eine einzigartige Schulbehördenreform, die schweizweit wahrscheinlich einmalig ist, die noch mitten im Veränderungsprozess ist. Und wir haben eine sehr angespannte finanzielle Lage. Das erfordert Priorisierung, das wird verlangt von uns.

Nur schon in der Betreuung: Die Betreuung ist um 15% gewachsen in den letzten 16 Jahren. Das bringt alle an den Anschlag, es wurde auch genannt: Räumlichkeiten, Verpflegung etc. Wir müssen erstmal die Räumlichkeiten bereitstellen, nur schon für die schulergänzende Betreuung, aber auch für die Kinderbetreuung im Vorschulalter. Da haben wir enorme Kosten zu stemmen als Stadt.

Wir haben in der Schulpflege darüber diskutiert, ob man den Mittagstisch in der Sek forcieren will, und man hat sich mehrheitlich dagegen entschieden, aus Rücksicht auf die Ressourcen in den Schulen, die wirklich mit sehr vielen Themen sehr stark belastet sind.

Und ich möchte nochmals betonen, wie es auch in der Antwort steht: Es gibt ein bedarfsgerechtes Angebot. Wenn ein Mittagstisch eröffnet wird, dann arbeitet die Verwaltung, sucht die Räume, organisiert die Verpflegung. Also wir haben ein bedarfsgerechtes Angebot.

Wir haben niederschwellige Angebote, wir haben innovative Projekte, wie sie gewünscht wurden – die haben wir bereits. Wir haben ein Angebot, wo Jugendliche für Jugendliche kochen, also Jugendliche aus dem Profil kochen für Jugendliche aus der Betreuung, das habe ich mir neulich angeschaut. Es gibt die Jugendlichen, die für sich selbst kochen (das ist übrigens sehr anspruchsvoll, denn das kostet viel Geld, weil da immer noch ein Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin dabei ist). Es gibt diese Angebote.

Wenn man das verbessern will und das Konzept überarbeiten will, dann macht das absolut Sinn im Rahmen dann von Tagesschulangeboten und -entwicklung.

Die WSP, das möchte ich hier ausdrücklich nochmals sagen, stellvertretend als Präsidentin der WSP, anerkennt den Stellenwert von pädagogisch wertvollen Mittagstischen auch für Jugendliche. Und sie hält auch nochmals das Schulsystem an, dass sie das Angebot nochmals fördern. Es wurde schon genannt: Die Anmeldeprozesse sind vereinfacht worden, so dass das Schulhausteam entlastet ist.

Wir denken, angesichts dieses Spannungsdreieck und der Belastung mit noch ganz vielen anderen Herausforderungen im Schulsystem, ist es wirklich ein gutes Angebot. Ab 10 Anmeldungen wird das eröffnet und es gibt viele weitere niederschwellige Angebote. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Martina. Somit haben wir zwei Abstimmungen. Die erste Abstimmung geht um zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme des Berichts, die zweite wird sein, ob man der Forderung nach einem Zusatzbericht zustimmt oder nicht.

Abstimmung Kenntnisnahme Bericht.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja zu 27 Nein bei 0 Enthaltungen, der Bericht wird negativ zur Kenntnis genommen.

Jetzt geht es um den Ergänzungsbericht. Wer einen Ergänzungsbericht fordert, drückt A. Wer keinen Ergänzungsbericht möchte, drückt B.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja zu 36 Nein bei 0 Enthaltungen. Das Postulat wird abgeschrieben, der Antrag auf Zusatzbericht wurde abgelehnt.

Bevor wir die Sitzung schliessen, bleiben mir noch zwei Hinweise: Am 8. April, an der nächsten Sitzung, findet in der Abendsitzung die Fragestunde statt. Wir von der Parlamentsleitung bitten Euch, Eure Fragen bis am Donnerstag einzureichen. Was später bei uns eintrudelt, wird nicht mehr berücksichtigt.

Die Zusatzsitzung, die für den 11. März vorgesehen oder offengehalten wurde, wird sofort freigegeben für Kommissionsarbeit. Das, weil wir einfach sehr effizient in unserem Ratsbetrieb sind und wir gar nicht genügend Geschäfte hätten, um noch eine zusätzliche Doppelsitzung zu rechtfertigen.

Ich wünsche Euch somit einen schönen Abend und bis am 8. April.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
04.März.2024 17:08:55
Schlussabstimmung gesamte Vorlage

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

55
55

36
17
1

54
1

Name _____

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Banziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Porlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzer Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin
 Zundel Michael
 Zuraikat André

B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Nicht anwesend
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Enthaltung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Enthaltung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Präsident/in
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Kehrichtverwertungsanlage (KVA); Kredit Fr. 293 Mio. (Projekt 20813)**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	04.März.2024 18:17:49
Abstimmungsfrage	Schlussabstimmung Ziff. 1 (Kredit 293 Mio.)

Ergebnis

Anwesend	55
Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	4
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

<u>Name</u>	<u>Ergebnis</u>
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bänziger Urs	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bueler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Hofer Urs	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Huizinga Barbara	Präsident/in
Isler Walter	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	Nicht anwesend
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Oswald Daniel	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wackerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zehnder Martin	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

5. Kehrrichtverwertungsanlage (KVA); Kredit Fr. 293 Mio. (Projekt 20813)

Offen
04.März.2024 18:18:43
Schlussabstimmung Ziff. 2 (Jährlicher Bericht an UBK)

55

55
55
54
0
0
54
1

Ergebnis

[illegible]

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
04.März.2024 20:27:43
Kenntnisnahme Bericht

Anwesend
Stimmberechtigt
A: Zustimmungende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Enthaltung
Abgestimmt
Nicht abgestimmt

53
53
51
0
0
51
2

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Banziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Porlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzer Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin
 Zundel Michael
 Zuraikat André

[illegible]

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
04. März. 2024 20:28:48
Erheblicherklärung (Fassung BSKK)

Anwesend
Stimmberechtigt
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Enthaltung
Abgestimmt
Nicht abgestimmt

53
53
52
0
0
52
1

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Banziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Porlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzer Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin
 Zundel Michael
 Zuraikat André

A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Präsident/in
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Ausstand
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
04.März.2024 20:29:47
Fristerstreckung Umsetzung (Fassung BSKK)

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

53
53

52
0
0

52
1

Name

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Banziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Porlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzler Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin
 Zundel Michael
 Zuraikat André

A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Präsident/in
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Ausstand
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
04. März. 2024 20:51:23
Überweisung

Anwesend
Stimmberechtigt
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Enthaltung
Abgestimmt
Nicht abgestimmt

54
54
27
22
4
53
1

<i>Name</i>
Angele Philipp
Bachmann Jürg
Bänziger Urs
Bernhard Marc
Blum Martina
Bopp Kaspar
Büeler Andreas
Casutt Sarah
Cometta Kathrin
Diener Reto
Dürr Renate
Ernst Nora
Fehr Jan
Frei Glowatz Katharina
Fritts Stefan
Furrer Andrea
Galladé Nicolas
Geering Andreas
Gfeller Selim
Gisler-Burni Gabriella
Gnesa Marilena
Gonçalves Simon
Griesser Christian
Gross Michael
Gschwind Thomi
Gubler Stefan
Hager Katja
Hartmann Christian
Helbling-Wehrli Beatrice
Helg Felix
Hoeburger Romana
Hofer Urs
Holderegger Nicole
Hugentobler Roman
Huizinga Barbara
Isler Walter
Jacot-Descombes Lea
Keller Regula
Kocher Samuel
Kramer-Schwob Franziska
Künzle Michael
Künzler Fredy
Kuster Iris
Lischer Maria
Maier Christian
Meier Christa
Merz Livia
Nater Markus
Oeschger Benedikt
Oswald Daniel
Perroulaz Raphael
Porlezza Gioia
Prætorius Julius
Rednerpult
Roth-Nater Daniela
Sorgo Maria
Staub Olivia
Steiner Markus
Steiner Annetta
Stritt Gabriela
Studer Lisa
Tobler Raphael
Vogel Kaspar
Wackerlin Marc
Weber Philippe
Werner Pascal A.
Würzer Alexander
Zach Benedikt
Zehnder Martin
Zundel Michael
Zuraikat André

B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Nicht anwesend
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
Enthaltung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
Präsident/in
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Enthaltung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Enthaltung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Enthaltung

Abstimmungstitel

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

9. Begründung Postulat betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung

Offen
04. März 2024 21:11:06
Überweisung

Ergebnis

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Enthaltung

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

54
54

28
22
0

50
4

Individuelle Ergebnisse**Name**

Angele Philipp
Bachmann Jürg
Bänziger Urs
Bernhard Marc
Blum Martina
Bopp Kaspar
Bueler Andreas
Casutt Sarah
Cometta Kathrin
Diener Reto
Dürr Renate
Ernst Nora
Fehr Jan
Frei Glowatz Katharina
Fritschi Stefan
Furrer Andrea
Galladé Nicolas
Geering Andreas
Gfeller Selim
Gisler-Burri Gabriella
Gnesa Marilena
Gonçalves Simon
Griesser Christian
Gross Michael
Gschwind Thomi
Gubler Stefan
Hager Katja
Hartmann Christian
Helbling-Wehrli Beatrice
Helg Felix
Heuberger Romana
Hofer Urs
Holderegger Nicole
Hugentobler Roman
Huizinga Barbara
Isler Walter
Jacot-Descombes Lea
Keller Regula
Kocher Samuel
Kramer-Schwob Franziska
Künzle Michael
Künzler Fredy
Kuster Iris
Lischer Maria
Maier Christian
Meier Christa
Merz Livia
Nater Markus
Oeschger Benedikt
Oswald Daniel
Perroulaz Raphael
Porlezza Gioia
Praetorius Julius
Rednerpult
Roth-Nater Daniela
Sorgo Maria
Staub Olivia
Steiner Markus
Steiner Annetta
Stritt Gabriela
Studer Lisa
Tobler Raphael
Vogel Kaspar
Wackerlin Marc
Weber Philippe
Werner Pascal A.
Würzer Alexander
Zäch Benedikt
Zehnder Martin
Zundel Michael
Zuraikat André

Ergebnis

B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Nicht anwesend
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht abgestimmt
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Präsident/in
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
Nicht abgestimmt
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht abgestimmt
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
04. März. 2024 21:37:58
Erheblicherklärung

Anwesend
Stimmberechtigt
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Enthaltung
Abgestimmt
Nicht abgestimmt

54
54
31
22
0
53
1

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Banziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Porlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzer Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin
 Zundel Michael
 Zuraikat André

B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung/Abschreibung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Präsident/in
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
B: Ablehnung/Abschreibung
Nicht anwesend
B: Ablehnung/Abschreibung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung/Abschreibung

Abstimmungstitel

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

12. Antrag und Bericht zum Postulat betr. Mittagstische für Schüler/innen Sekundarstufe

Offen
04.März.2024 21:57:52
Kenntnisnahme Bericht

Ergebnis

Anwesend
Stimmberechtigt
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Enthaltung
Abgestimmt
Nicht abgestimmt

54
54
26
27
0
53
1

Individuelle Ergebnisse**Name**

Angele Philipp
Bachmann Jürg
Bänziger Urs
Bernhard Marc
Blum Martina
Bopp Kaspar
Bueler Andreas
Casutt Sarah
Cometta Kathrin
Diener Reto
Dürr Renate
Ernst Nora
Fehr Jan
Frei Glowatz Katharina
Frittschi Stefan
Furrer Andrea
Galladé Nicolas
Geering Andreas
Gfeller Selim
Gisler-Burri Gabriella
Gnesa Marilena
Gonçalves Simon
Griesser Christian
Gross Michael
Gschwind Thomi
Gubler Stefan
Hager Katja
Hartmann Christian
Helbling-Wehrli Beatrice
Helg Felix
Heuberger Romana
Hofer Urs
Holderegger Nicole
Hugentobler Roman
Huizinga Barbara
Isler Walter
Jacot-Descombes Lea
Keller Regula
Kocher Samuel
Kramer-Schwob Franziska
Künzle Michael
Künzler Fredy
Kuster Iris
Lischer Maria
Maier Christian
Meier Christa
Merz Livia
Nater Markus
Oeschger Benedikt
Oswald Daniel
Perroulaz Raphael
Porlezza Gioia
Praetorius Julius
Rednerpult
Roth-Nater Daniela
Sorgo Maria
Staub Olivia
Steiner Markus
Steiner Annetta
Stritt Gabriela
Studer Lisa
Tobler Raphael
Vogel Kaspar
Wackerlin Marc
Weber Philippe
Werner Pascal A.
Würzer Alexander
Zäch Benedikt
Zehnder Martin
Zundel Michael
Zuraikat André

Ergebnis

A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Präsident/in
A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nicht anwesend
A: Zustimmende Kenntnisnahme
B: Ablehnende Kenntnisnahme

